

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate lassen die gesetzte Beitragsrate oder deren Raum 25 Pf. bei Blattwortschrift 30 Pf. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamt-auslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im vorraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährlige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Gageskalender.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat eine Interpellation über die wahlrechtsfeindlichen Ausführungen des Reichskanzlers eingebrochen.

Der Reichstag beriet gestern den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes.

v. Bethmann-Hollweg trat mit seinen Ministern beim deutschen Landwirtschaftsrat zum Appell an.

In Berlin fanden gestern wieder Wahlrechtsdemonstrationen statt.

Die Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses beantragen Abstimmungsmäßigregeln für den Landtag.

Im Mansfelder Prozeß wurde gestern das Urteil gefällt; es wurde auf 74 Monate Gefängnis erkannt.

Der amerikanische Outmachersverband wurde zu 222 000 Dollar Boykottbuße verurteilt.

Der wahre Reichsverweser.

Leipzig, 17. Februar.

Für Herrn Bethmann kommen jetzt die Tage, von denen geschrieben steht: Sie gefallen mir nicht. Allzu sehr hat man ihm zugeföhrt, auch die süddeutschen „Bundesbrüder“ protestieren gegen seine höhnische Behandlung der Südstaaten. In dieser Not flüchtet er an den Busen seiner Freunde, der preußischen Junker, und weint sich satt. Gestern hielt die unter der pomphaften Firma des „Deutschen Landwirtschaftsrats“ vereinigte Clique ostelbischer Großgrundbesitzer ihr übliches Bankett ab, bei dem die Minister und der Reichskanzler zum Appell angetreten hatten. Bölow erschien bekanntlich stets pünktlich bei dieser Paroleausgabe der Agrarier. Hier bat er immer um gut Wetter, hier schrieb er sich die Inschrift auf seinen Leichenstein: Das ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen! Und auch Herr Bethmann legt Wert darauf, daß der deutsche Reichskanzler nach wie vor Diligentiam prästet vor den preußischen Junkern, gleichgültig, daß eben diese Junker seinen Vorgänger in die Grube gestoßen und auf seinem Grabe mit wuchtigen Stiefeln herumtrampelt haben, wie auf einem verscharrten Pferdedekader. Tut nichts! Herr Bethmann hat anzutreten und den Mörfern seines Vorgängers die

Hände zu küssen. Und er tut's, bedenklos, ekellos, mit Hingabe. Also tanzte der moderne Joshua vor der Bundeslade der Agrarier:

Für die vom Fürsten Bismarck inaugurierte und vom Fürsten Bölow fortgesetzte Wirtschaftspolitik bin ich in meinen bisherigen Amtsjahren so oft öffentlich eingetreten, doch es feiner Verfehlung bedarf, daß ich an dieser Politik festhalten werde. Pausenschläge und Gelächter! — Dann fährt er fort:

All die Hagelschauer der Kritik, die auf mich niedersausen, machen mich nicht irre, wobei mir als Wettergeschick nicht so sehr der schon etwas abgetragene Mantel des Philosophen dient, den mir freundliche Mitmenschen immer wieder um die Schultern hängen (Große Heiterkeit), als die Überzeugung, daß mir die Pflicht gegen Kaiser und Reich zu handeln gebietet, wie ich handle. (Lebhafte Beifall.)

Vor Ihnen, meine Herren, die Sie aus allen Gauen unseres Vaterlandes, auch aus dem Süden her, zusammengetreten sind, betone ich hier besonders gern die Pflicht gegen das Reich. Sie wissen, um die Angriffe besonders scharf und verlegen zu machen, stampft man mich zum preußischen Partikularisten und sagt mir Mischnacht Süddeutschens Weisens nach. Ich willje nicht, wie ich deutscher denken könnte, als wenn ich Preußens Beruf — wie ich es neulich ausgesprochen habe — darin erblicke, sich selbst stark zu erhalten, dann aber seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen.

Die „Stärke“ Preußens besteht nach Bethmann in seiner Schwäche vor den Junkern, und daß dieses derart „gestärkte“ Preußen die süddeutschen Kolonialländer schlechthin beherrscht, das ist Bethmanns „deutscher Gedanke“.

Doch wir haben weder Lust noch Beruf, uns um die Schmerzen dieses trefflichen Reichsverwesers sonderlich zu kümmern. Seine Ausführungen beweisen nur, daß die Worte Lassalles von den „klugen“ und „praktischen“ Dienern, die das Königreich habe, und die keine Schönredner seien, jetzt nicht mehr zutreffen. Daz sich vielmehr das geistige Niveau „dieser“ Diener des Junkertums in demselben Tempo gesenkt hat, wie die Unvereinbarkeit der Junkerherrschaft mit der modernen politischen Entwicklung zum Bewußtsein der Massen kommt. Das alte preußische Junkertum geht allmählich in Verwesung, und noch niemals haben die Jungen einen diesen Prozeß so drastisch repräsentierenden „Reichsverweser“ gehabt, wie eben den Melancholiker Bethmann.

Inzwischen rüttelt an den Toren des Banketthauses, wo die Jungen mit ihren Getreuen tafeln, der proletarische Volkszorn. Die lebhafte Beteiligung der Volksmassen an der Wahlrechtsagitation, die jetzt dem preußischen Ministerpräsidenten und seiner Presse ein Scheuel und ein Greuel ist, war es übrigens nicht immer. Am 9. Februar 1867, mitten in der Wahlbewegung zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag schrieb die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die jetzt strengen Befehl hat, die kämpfende Arbeiterschaft täglich zu beschimpfen:

lanen irgend 'nem cow-puncher* im County die Augen auswischen.“

„O, kann er das?“ sagte Annixter oben hin. Er schwieg ein Weilchen und setzte dann hinzu: „Gut, Billie, legen Sie meinen Sattel irgend 'nem Gaul auf. Ich will nach Los Muertos.“

„Sie werden naß werden, Herr Annixter,“ meinte Billie. „Ich denke, daß es noch vor dem Abend regnen wird.“

„Ich will meinen Regenrock mitnehmen,“ entgegnete Annixter. „Bringen Sie mir das Pferd vors Haus, wenn Sie fertig sind.“

Höchst verdächtlich ging er nach dem Hause zurück, um seinen Regenrock hervorzuholen; er vermied es unterwegs, nach der Molkerei und dem Häuschen der Trees hinzudücken.

Als er die Stufen zur Veranda hinaufstieg, hörte er das Telefon läuten. Presley rief ihn von Los Muertos an. Der hatte von Harran gehört, daß Annixter möglicherweise heut nachmittag hinaufkommen würde. Falls er käme, möchte er ihm doch sein — Presleys — Rad mitbringen. Er hätte es tags zuvor in Queen Sade zurückgelassen und dann vergessen, es sich wiederzuholen.

„Schön,“ entgegnete Annixter mit einem mürrischen Weitwinkeln seiner Stimme. „Ich wollte rüberreiten.“

„O, dann mach dir ja keine Umstände,“ beschwichtigte ihn Presley. „Es war ja meine Schuld, daß ich das Rad vergaß. Ich komme nächster Tage und hole mir's.“

Mit einem heftigen Ruck hängte Annixter das Hörrohr an seinen Platz und stampfte aus dem Zimmer, dessen Tür er hinter sich zuschlug. Draußen im Korridor stand er seinen Regenrock hängen, in den er mit einer sol-

* wörtlich: „Kuhzwicker“. — Die Ohren der Kinder werden von den cow-punchers, auch cowboys genannten, berittenen Jungen durchloch oder eingeschlagen. Diese Zeichen werden ebenso wie die Brände auf dem Rücken oder den Hinterleib als Marken des betreffenden Besitzers gerüchtig eingetragen.

Die lebhafte Beteiligung des Arbeiterstandes an der Wahlagitation für das Norddeutsche Parlament ist ebenso natürlich wie erfreulich. Während in dem seiner freiherrlichen Institutionen wegen gerühmten England der Arbeiterstand augenblicklich in Massendemonstrationen sich erschöpft, um den Wall seiner Privilegien an durchzubrechen, welche das Wahlrecht auf einen geringen Bruchteil der Nation einschränken, ist demselben bei uns durch den freien Eintritt der Regierung von vornherein die weiteste Ausdehnung gegeben worden, welche überhaupt denkbar ist. Wie dem Bessertunierten im Volle bisher schon die gleiche Verpflichtung mit dem am ungünstigsten Gefallenen zur Verteidigung des Vaterlandes oblag, so teilt der letztere mit dem ersten jetzt das vollkommen gleiche Recht an die Gewegebung. Es war selbstverständlich, daß der Arbeiterstand die hohe Bedeutung erkannte, welche ihm dadurch für die letztere (für die Gewegebung) eingeräumt wurde, und das liegt in der menschlichen Natur, daß er dieselbe zunächst zur Verbesserung seiner eigenen sozialen Lage anzubieten sucht.

Wöge der Arbeiterstand einer Bourgeoisie, welcher es zu wohl wird, überlassen, sich aus Glattis zu begeben; möge er endlich einsiehen lernen, daß unter der Herrschaft der Bourgeoisie von den Volksrechten für ihn sonst nichts absagen werde, als die Freiheit, zu darben.

So skrupellos mußten damals die literarischen Sauhirschen, wie Bismarck seine Tintenflaschen nannte, die Demagogenflöte blasen. Heute Kling's etwas anders, und wenn heute ein sozialdemokratisches Blatt so schrie, wie damals die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wäre die erste, die würdet über das „Heckblatt“, herziele.

Damals versuchte man das Proletariat im Junkt-
interesse gegen die liberale Bourgeoisie aufzuheben, die damals selbständige Politik trieb und noch im Kampfe gegen das Junktum lag. Heute hat sich die liberale Bourgeoisie zur Schutztruppe des Junktums aufgeworfen. Sie erfährt infolgedessen von der Junkt-
regierung die jährliche Schönung. Freilich hat die jüngste Regierung schon lange die tragikomischen Versuche aufgegeben, das revolutionäre Proletariat vor den Wagen des Junktums zu spannen, und es nun gar zur Eroberung von Volksrechten noch besonders auffordern zu lassen, das ist etwas, was sich die Nachfolger Bismarcks gründlich abgewöhnt haben.

Angesichts der imposanten Straßendemonstrationen wäre es in der Tat auch etwas überflüssig.

Reichstag.

37. Sitzung. Mittwoch, 10. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Ein schmunziger Antrag Ablach u. Gen. (Frei. Bp.) auf Einstellung eines Verfahrens gegen den Abg. Speithmann (Frei. Bp.) für die Dauer der Session wird debattetlos angenommen.

Den Wucht hineinführ, daß er beinahe die Nächte gesprengt hätte. Es kam ihm heut aber auch alles in die Quere. Mußte dieser Konfus, verlückte Poet Presley auch noch sein Rad vergessen — das sah ihm ähnlich!

Nun, er sollte sich's nur selbst holen. Er aber — Annixter — würde heut reiten. Als er wieder auf die Veranda trat, sah er das Rad am Zaune lehnen, wo Presley es gelassen hatte. Bleib es länger dort stehen, so mußte es gründlich verregn. Annixter stieß einen greulichen Fluch aus. Seine üble Laune wuchs von Minute zu Minute. Trotz alledem ging er, das Rad vor sich herschleißend, nach dem Stalle, bestellte das Satteln ab und ordnete an, daß sein Pferd in den Buggy gespannt werden sollte. Eigenhändig verstaute er Presleys Rad unter dem Sitz und bedeckte es sorgfältig mit leeren Säcken und einer wasserfesten Wagedecke. Während er damit beschäftigt war, tat Billie, der Stallmann, der gerade das Pferd in die Gabeldeichsel treten ließ, ein Ausruß und hielt lauschend die Hand in die Höhe. Von dem Dach des leeren Barn, von der dicken, samtgleichen Staubschicht auf dem Erdboden und den Blättern der vereinzelten nahen Bäume kam ein gleichmäßiges, murmelndes Geräusch, ein anhaltendes, einsformiges Tropfen und Nieseln, das ohne Unterbrechung von allen Himmelrichtungen gleich auszugehen schien.

„Da ist Ihr Regen,“ sagte der Stallmann, „der erste Herbstregen!“

„Und ich muß in diesem Regen draußen sein,“ brauste Annixter auf, „und diese Schweinebande wird jetzt mit der Arbeit am Barn aufhören!“

Mittlerweile war das Pferd angespannt. Annixter zog seinen Regenmantel, den er beim Verpadden des Rades abgelegt hatte, von neuem an, kletterte in den Buggy und fuhr, ohne darauf zu warten, daß Billie das Verdeck in die Höhe schlug, eine frisch angebrannte Zigarre zwischen den Zähnen, hinaus in den Regen. Als er an der Molkerei vorbeifuhr, sah er Hilma in der Tür stehen; sie blickte forschend nach dem grauen Himmel und hielt, belustigt

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.

Einzig berechtigte Übersetzung von Eugen v. Tempsky.

18]

Nachdruck verboten.

Während Annixter nach dem Stall hinüberging, überlegte er, ob er nicht mit dem Bucklin bis ans Häuschen der Trees reiten und Hilma sagen könne, daß er zum Abendbrot nicht nach Hause sein würde. Die Zusammenkunft mit den Nachbarn in Los Muertos gab ihm dazu willkommenen Aufschwung, und er beschloß jetzt, der Einladung Derrids Folge zu leisten.

Als er an der Treeschen Behausung vorüberging, bemerkte er zu seiner Genugtuung, daß Hilma in dem Vorzimmer war. Wenn er also den Bucklin auf dem Platz vor dem Stalle händigte, so mußte sie ihn sehen. Hinter dem Barn stieß er auf den Stallmann, der gerade die Achsen des Buggys schmierte, und trug ihm auf, den Bucklin zu satteln.

„Ich dachte, der ist gar nicht hier, Herr,“ erwiderte der Stallmann und blickte suchend in die Pferdestände. „Richtig! Delaney hat ihn ja gleich nach dem Essen genommen. Sein Pferd war lahmv geworden, und er mußte doch nach der Treppenbrücke, um den Zaun dort zu reparieren. Er kam gleich zurück und holte sich den Bucklin.“

„O, Delaney hat ihn, so, so!“

„Ja, Herr. Und einen richtigen Zirkus hat er mit ihm gehabt, aber er hat ihn gehörig vorgenommen. Wenn sich's um so 'nen unbändigen Gaul handelt, da kann De-

lanen irgend 'nem cow-puncher* im County die Augen auswischen.“

„O, kann er das?“ sagte Annixter oben hin. Er schwieg ein Weilchen und setzte dann hinzu: „Gut, Billie, legen Sie meinen Sattel irgend 'nem Gaul auf. Ich will nach Los Muertos.“

„Sie werden naß werden, Herr Annixter,“ meinte Billie. „Ich denke, daß es noch vor dem Abend regnen wird.“

„Ich will meinen Regenrock mitnehmen,“ entgegnete Annixter. „Bringen Sie mir das Pferd vors Haus, wenn Sie fertig sind.“

Höchst verdächtlich ging er nach dem Hause zurück, um seinen Regenrock hervorzuholen; er vermied es unterwegs, nach der Molkerei und dem Häuschen der Trees hinzudücken.

Als er die Stufen zur Veranda hinaufstieg, hörte er das Telefon läuten. Presley rief ihn von Los Muertos an. Der hatte von Harran gehört, daß Annixter möglicherweise heut nachmittag hinaufkommen würde. Falls er käme, möchte er ihm doch sein — Presleys — Rad mitbringen. Er hätte es tags zuvor in Queen Sade zurückgelassen und dann vergessen, es sich wiederzuholen.

„Schön,“ entgegnete Annixter mit einem mürrischen Weitwinkeln seiner Stimme. „Ich wollte rüberreiten.“

„O, dann mach dir ja keine Umstände,“ beschwichtigte ihn Presley. „Es war ja meine Schuld, daß ich das Rad vergaß. Ich komme nächster Tage und hole mir's.“

Mit einem heftigen Ruck hängte Annixter das Hörrohr an seinen Platz und stampfte aus dem Zimmer, dessen Tür er hinter sich zuschlug. Draußen im Korridor stand er seinen Regenrock hängen, in den er mit einer sol-

* wörtlich: „Kuhzwicker“. — Die Ohren der Kinder werden von den cow-punchers, auch cowboys genannten, berittenen Jungen durchloch oder eingeschlagen. Diese Zeichen werden ebenso wie die Brände auf dem Rücken oder den Hinterleib als Marken des betreffenden Besitzers gerüchtig eingetragen.

Das Arbeitskammergesetz.

Abg. Dr. Bill (Zentrum): Die Kommission wünschte auch eine Standesvertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Sie wünschte ferner, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat, nicht von der Landesoberbehörde zu ordnen sei. Diesen Wünschen ist im Entwurf nicht Rechnung getragen worden. Die Kommission wollte auch das aktive Wahlrecht mit dem 21., das passive mit dem 25. Lebensjahr verleihen. Der Entwurf setzt aber das Alter wieder auf das 25., resp. 30. Lebensjahr hinaus. Auf die Wählbarkeit der Arbeiterselbstredere müssen die Arbeiter bestehen. Dieses um so mehr, als die Unternehmer in der Lage sind, ihre Betriebsleiter in die Kammern zu bringen. Bleiben die Arbeiterselbstredere ausgeschlossen, so können die Kammern ihren Zweck, Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, nicht erfüllen.

Der Widerstand des Zentralverbandes der Industriedarfs für uns nicht maßgebend sein. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. von Winterfeldt-Wenckin (kons.): Die Arbeiterselbstredere können nicht zu den Arbeitskammern zugelassen werden, weil sie bezahlte Angestellte der Arbeiter sind. (Sehr! rechts.)

Abg. Horn (nat.-lib.): Wir wollten sorgfältige Prüfung der Pensionsfragen, damit die Arbeitskammern nicht wie Pilze aus der Erde schießen. Die Errichtung sollte dem Bundesrat unterstellt werden, wie die Kommission es wünschte. Bedauerlich ist der Abschluß der technischen Angestellten. Die Angestellten der Arbeiterselbstredere können nicht ständige Mitglieder der Arbeitskammern sein. Wo es nötig ist, kann ihr Rat jederzeit eingeholt werden.

Abg. Naumann (kreis. Bg.): Ob die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Tariffragen gewinnen werden, steht dahin.

Die wirtschaftlichen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den beteiligten Arbeitern und Arbeitgeberorganisationen ohne Zwischenhandlung Dritter abgeschlossen worden sind. Allerdings, wo es an fristigen Organisationen mangelt, also momentan in der Heimindustrie, können die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen wichtig werden. — Ein Grund, weshalb wir erneute Kommissionsberatung wünschen, ist n. a. die Frage der Einbeziehung der Techniker, Werkmeister usw. Sie ist von großer Bedeutung. (Sehr richtig! links.) Auch die Frage, wie weit das freie Erneutzen der Landesbehörden zu gehen hat, bedarf einer gehender Kommissionsprüfung. Das Wahlalter muss auf 21 Jahre herabgesetzt werden, wenn die Kammer für die Arbeiterinnen überhaupt eine Bedeutung haben soll. Sie sind ferner grundsätzlich für die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Die

Mitarbeit der Arbeiterselbstredere.

wäre sehr zweckförderlich. Die Arbeiter selbst können zu leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen, und wer soll sich dann noch wählen lassen? Höchstens ein allgemeines Mitglied einer gelben Gewerkschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sind etwa die Arbeiterselbstredere nicht friedliebend? Wie würde es heute im deutschen Bergbau aussehen, wenn wir nicht die Arbeiterselbstredere, die Disziplin und Organisation bei den Arbeitern hätten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man soll nicht sagen, die Arbeiterselbstredere seien keine Arbeiter, sie sind ein Bestandteil der Arbeiterschaft!

Ich kann den Widerstand der Regierung nicht verstehen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vertretung der Techniker durch soziale Organisation ist nicht angängig, daher müssten sie von diesem Gesetz ausgeschlossen werden. Ob die Errichtung der Kammern den Landesbehörden oder dem Bundesrat übertragen wird, ist eine untergeordnete Frage. Die Eisenbahnerbeiter sowie die Arbeiter des Hochofens und der Marine müssen ausgeschlossen werden, weil es sich bei diesen Truppen nicht um gewerbliche Arbeiter handelt. (Widerspruch bei den Soz.)

Das erste Erfordernis für eine erfolgreiche Tätigkeit der Kammern ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich am neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitzenden zusammenfinden. Die Verhandlenden müssen

unabhängig und an kein Programm gebunden

sein. Dieses ist aber bei den Arbeiterselbstredere nicht der Fall. Sie hindern deshalb eine begünstigende Tätigkeit. Allerdings erkenne ich die Notwendigkeit von Arbeiterselbstredere an und siehe sogar zu vielen von ihnen in guten und freundschaftlichen Beziehungen. (Höchstes bei den Soz.) An dem Wahlalter müssen wir festhalten, eine gewisse Weise müssen wir verlangen. Wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern wollen, so verlassen Sie den partitischen Boden nicht!

Abg. Legien (Soz.): Die Einwendung der verbündeten Regierungen muß man schon vom Standpunkt des Zentralverbandes der Deutschen Industriellen betrachten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gegenüber dem vorjährigen Entwurf und den Beschlüssen der Kommission ist es ein starkes Stich, diesen Entwurf einzubringen. Hat etwa die Regierung

auf eine Schwächung des Zentrums gerechnet,

über den ersten Schauer der nassen Jahreszeit, ihre Hand in den strömenden Regen. Das nahm sie verärgert in Anspruch, daß sie Annixter nicht sah und daher auch das unbeholfene Kopfnicken, mit dem er sie grüßte, nicht bemerkte.

Das hat sie absichtlich getan, dachte Annixter und biss wütend auf seine Zigarette. Sie schneidet mich, wie? Das hat gerade noch gesetzt! Sie muß weg von hier, noch ehe ich einen Tag älter bin!

Die beabsichtigte Prüfung von Saatgut und Ackergerät mußte er auf morgen verschieben, denn jetzt galt es, beizeiten Los Muertos zu erreichen. Mit dem Buggy mußte er die Fahrstraße halten, die in einem großen Umweg über Guadalajara nach Los Muertos führte. Der Regen würde aus der dicken Staubbüschel der Fahrstraße bald einen zwei Fuß tiefen, zähnen Brei machen. Voller drei Stunden konnten draufschauen, bis er sein Ziel erreichte. Jähnleinrichtend dachte er an Delaney und den Budskin. Und als diesen Berger hatte er wegen eines dummen femininen Frauenzimmers. Mit solchen Dummmheiten seine Zeit zu vertreiben! Aber jetzt war die Sache für ihn erledigt. Sein Entschluß stand fest. Sie sollte sich forschieren.

Der Regen wurde immer stärker; dabei herrschte vollkommen Windstille. Ein dichter, nasser Schleier, der den Blick in die Ferne hemmte und die Landschaft in ein förmiges Grau hüllte, schien vom Himmel senkrecht zur Erde herabzuhängen. Es galt jetzt in Strömen, und das anhaltende Platschern und Rasseln wurde immer lauter. Annixter mußte bei dem Jaunter vor Onyx Hopfenland absteigen, um das Verdeck des Buggys in die Höhe zu schlagen. Dabei passierte es ihm, daß er mit dem fleischigen Teile seiner Hand in das Gelenk des Verdeckbügels kam und sich dabei empfindlich quetschte. Das schlug dem Fuß den Boden aus — das war der Höhepunkt seiner heutigen Leiden und Vergnüsse. Im Augenblick erschreckte ihn eine berartige Wut gegen Hilma Tree, daß er seine Zigarette mit den knirschenden Zähnen mitten durchbiß.

(Fortsetzung folgt.)

wie bei der Hinonreform? Nach den Vorlegungen des Zentrumsvertreters hätte sie sich allerdings getäuscht. Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten,

dem Unternehmertum zu nützen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiterschaft hat sich gegen den Willen der Regierung in den letzten 30 Jahren selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Heute können wir

auf diese gesetzliche Vertretung verzichten

und werden es unter allen Umständen tun, wenn sie nur den Interessen des Unternehmertums dienen soll. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geleistet, daß ihm nur die Interessen der Unternehmer im Herzen liegen. Hat doch sogar sein Kollege, Herr Sydon, Minister für Handel und Gewerbe, im vorigen Jahre die Entscheidung, obwohl sie lieber die Erfindung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampfsorganisationen seien. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Vielleicht beweist der Staatssekretär jetzt seinen Kollegen zu einer ähnlichen Erklärung in bezug auf die Gewerkschaften. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber darauf werden wir wohl lange warten können. Als eine kleine Verbesserung ist es anzuerkennen, daß laut § 3 die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen. Gegenüber der

allgemeinen Verschlechterung

säßt das aber kaum ins Gewicht. Am § 2, wo es heißt, daß die Kammern den Interessen der Arbeitnehmer dienen sollen, hat man die Worte hinzugefügt: „Unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen“. Wenn man aber bedenkt, daß die Interessen der Unternehmer bereits in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Berufsgenossenschaften usw. vertreten sind, so könnte man der Meinung sein, daß bei dieser neuen Einrichtung

die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund gehören. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Nach den früheren Vorlagen waren die Gewerbebehörden in den Apotheken angenommen. Der jetzige Entwurf verschlechtert das dahin, daß sämtliche Handelsbehörden angenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker angenommen. Diese Kategorien müssen aber notwendigerweise in das Gesetz aufgenommen werden. Sie sind Arbeiter, wie alle diejenigen, die ihre Arbeitstätigkeit in den Dienst dessen stellen, der Kapital bestellt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Außerdem hat der Staatssekretär erklärt, diese Zugeständnisse bedeuten die äußerste Grenze. Sehen wir und einmal an, was die Regierung „ausgesetzt“! Über die Frage, ob die Errichtung der Arbeitskammern dem Bundesrat oder den Landesbehörden unvertraut werden sollen, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Es sei nicht der Mann, Gesetze in anderem Sinne auszusöhnen, als in dem Sinne, in dem sie beschlossen worden sind. Aber das sagte auch Herr Beilmann-Hollweg beim Reichstag.

In der Frage des Wahlalters will die Regierung, zu gestandenermaßen

auf Wunsch der Arbeitgeber,

(Lebhafte hört, hört! bei den Soz.) nicht nachgeben. Wohl aber sollen auch die Arbeiter unter 25 Jahren zu den Kosten der Kammern beitragen. (Hört, hört! bei den Soz.) Also Pflichten, aber keine Rechte!

Zur Frage der Arbeiterselbstredere hat der Staatssekretär sein

„unannehmbar“

ganz besonders unterstrichen. Nun, seit der beispielhaften Fleischfinanzreform hat das „unannehmbar“ der Regierung einen eigenartigen Beigeschmack. (Lebhafte Sehr gut! links.) Wir sind der Meinung, der Reichstag soll beschließen, was ihm gut scheint und die Verantwortung für das etwaige Scheitern dann ruhig der Regierung überlassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Zustimmung der Arbeiterselbstredere soll angeblich die Freiheit und Unbesangenhheit der Verhandlungen gefährden. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Ein armer Bergarbeiter aber, der in der Arbeitskammer seinem Bergherrn oder Direktor gegenübersteht,

der besitzt wohl die nötige „Freiheit und Unbesangenhheit“! Ich möchte wissen, von welchen Arbeiterselbstredere, mit denen er verkehrt hat, der Herr Staatssekretär seine eigentlichste Auffassung gelernt. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Das müssen Arbeiterselbstredere mit ganz eigenartiger Qualifikation sein; ich bitte ihn, doch die Namen zu nennen. Auch für die Arbeiter wären sie interessant. Rennt er sie nicht, so erlassen wir vielleicht einen Aufruf, daß sie sich melden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Herr v. Winterfeldt meinte, es ginge nicht, Arbeiterselbstredere einzulassen, weil sie die Angestellten der Arbeiter seien. Aber was man andern sagt, das beansprucht man selbst als sein gutes Recht.

Die Landwirtschaftskammern, die dürfen es.

Die dürfen nicht nur die Beamten der landwirtschaftlichen Organisationen wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit verleiht. (Hört, hört! links.)

Wer so wenig Gerechtigkeitssinn hat, dem kommt es überhaupt nicht zu, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Arbeiterselbstredere den Interessen der Arbeiter dienende Gesetze nichts andres sein, als eine Wahrnehmung der Unternehmertypen nach den Angaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller gearbeitet ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ehe man ein solches Gesetz macht, soll man es lieber ganz fallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Rennt auch die Bestimmungen, daß die Verhandlungen nicht öffentlich sind. In der Kommission war das nicht beschlossen, sondern nur von Konservativen beantragt.

Ein konservativer Antrag genügt aber der Regierung, auch wenn die Kommission ihn ablehnt. Die Öffentlichkeit ist aber notwendig, damit die Arbeiter ihre Vertreter kontrollieren können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegen die Behauptung des Staatssekretärs, die Eisenbahnarbeiter seien keine gewerblichen Arbeiter, erheben wir schärfsten Protest. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Sie werden ausgebaut, kapitalistischer Profit wird aus ihnen gezogen. Warum also sollen sie anders gestellt werden als andre Arbeiter? Gerade in den Staatswerken liegen die Dinge darart, daß

gründlich hineingelehnt

werden muß. Der Abschluß der Staatsarbeiter von den Arbeitskammern ist eine Degradation, der wir auf das schärfste widersprechen.

Und diesen verschlechterten Entwurf beschwört uns der Staatssekretär, nicht scheitern zu lassen! Ursprünglich hieß ich Kommissionsberatung für überflüssig. Nach den neuesten Veränderungen muß ich aber Berücksichtigung an eine Kommission von 28 Mitgliedern beantragen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Schmidt-Wittenburg (Reichsp.): Wir sind nicht allgemein von der Notwendigkeit der Arbeitskammern überzeugt.

Will man sie aber durchaus haben, dann sollen sie ein Friedensinstrument sein, und dann darf man die Arbeiterselbstredere nicht zulassen, daß hieße ja einen Kommandierenden General an die Spitze einer Friedensliga stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Auerbach (Pole) schließt sich der Kritik der Abgeordneten Bill, Naumann und Legien in allen Punkten an, hält aber Kommissionsberatung für überflüssig.

Abg. Behrens (wirtsh. Bg.) vertritt die Ansicht, daß das Gesetz ohne die Wählbarkeit der Organisationsvertreter gleichermaßen wertlos sei.

Die Arbeitskammern werden nicht nur von der radikalen Arbeitersbewegung gefordert. Wenn jetzt wiederum das Zustandekommen dieser Kammern scheitert, so wird das in Arbeiterskreisen, die zu Kaiser und Reich halten, weit mehr böses Blut machen, als alle die Steuern, mit denen die Linke im Lande herumtreibt. (Lebhafte links.) Vielleicht ist der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen bei Nationalliberalen, Reichspartei und selbst bei den Konservativen übermäßig. (Sehr wahr! bei der wirtsh. Bg., Zentr., Kreis. u. d. Soz.) Diese Parteien tragen (Lebhafte Beifall bei der wirtsh. Bg.)

Die Diskussion wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Hausarbeitsgesetz.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir waren bestrebt, nach Möglichkeit den Wunschen der Kommission gerecht zu werden. Die Kommission hat anerkannt, daß man auf diesem Gebiete

nur ganz schrittweise und vorsichtig,

vorwärts kommen kann. Die Kommission war der Meinung, daß speziell die Lohnverhältnisse einer Regelung bedürfen. Hiermit wäre aber der Staat in den Arbeitsvertrag eingreifen, und dieser Aufsatz stellt sich schwierigste prinzipielle Bedenken sowie auch praktische Schwierigkeiten entgegen. Den Tarifverträgen stehe ich durchaus nicht unfreudlich gegenüber, wenn sie auch einen gewissen Frieden darstellen. Ihre Förderung ist wünschenswert, doch bin ich im Laufe des Winters durch eingehende Erwägung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Möglichkeit behördlicher Förderung des Tarifvertrages noch nicht gegeben ist. Ich hoffe aber, Sie werden das Vertrauen zu mir geben, daß ich vor allem bestrebt sein werde, dem Tarifvertrag für die Handarbeit baldigst die Wege zu ebnen; nur möchte ich bitten, mit dieser Frage diesen Gesetzentwurf nicht zu belasten, sondern ihn so zu verabschieden, wie er vorgelegt ist. (Bravo!)

Abg. Dr. Pieper (Zentr.): Der Entwurf bietet den Heimatstern zwei Dinge: einmal wird das, was für die Familien zum Schutz der Gesundheit schon getan ist, auf sie ausgedehnt, einschließlich der Beschränkung der gesundheitsgefährdenden Arbeitstätigkeit. Doch wertvoller ist die zweite Gruppe der Bevölkerung, welche den Beruf macht, die niedrigen Löhne weniger auf ein Existenzminimum zu heben. In der Frage, ob eine behördliche Festlegung von Löhnen zu billigen ist, stimme ich den grundlegenden Ausführungen des Staatssekretärs zu, bemerke aber, daß in der Handarbeit folche Lohnsätze herrschen, daß eine behördliche Regelung hier eine Notstandsdaktion ist, ohne die die Heimarbeit nicht gebessert werden kann, insbesondere da eine Handarbeiterorganisation von innen heraus unmöglich ist. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Henning (kons.): Die Sozialpolitiker sollten mit der Vorlage zufrieden sein, wenn sie auch nicht alles erreichen. In solchen Dingen könne man nur langsam und schrittweise vorgehen.

Abg. Manz (kreis. Bg.): Die Gesetzgebung kann auf diesem Gebiete leicht mehr schaden als nützen. (Sehr richtig! bei den Kreis.) Den Schuhbestimmungen für Leben und Gesundheit stimmen wir zu, aber das vorgeschlagene System der Lohnsätze ist nicht genügend.

Der Registrierzwang

Wird mit dem Hinweis auf die Dämmen aus besseren Ständen bekämpft. Diese haben die Handarbeit oft sehr nötig. (Sehr richtig! bei den Kreis.) Man wird daher mindestens die Gehaltung der Eltern verlangen müssen.

Abg. Woerling (nat.-lib.): Die Notstände werden oft überleben, immerhin bedürfen sie der Einschränkung. Das Verlangen der Sozialdemokratie, in der Nahrungsmittel- und Genussmittelbranche die Heimarbeit radikal zu verbieten, wird wohl keine andere Partei des Hauses mitmachen. Hinter jedem Heimarbeiter einen Schutzmantel zu stellen, wie die Sozialdemokratie es möchte, geht entschieden zu weit. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Es ist kein erfreulicher Zustand, wenn Heim und Arbeit verbunden werden. Heimstätte und Arbeitsstätte sollten getrennt sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Heim, in dem die Arbeitsstätte aufgeschlagen ist, geht

große Gefahren für die Gesundheit und die Entwicklung der Jugend.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Unbedingt notwendig ist das Verbot der Heimarbeit für die Nahrungsmittelindustrie, welches mein Vorträger bekämpft hat. Daß es fehlt, ist ein großer Mangel des Entwurfs. Es kann kein erfreulicher und auch kein appetitlicher Zustand sein, daß Nahrungsmittel in der Heimarbeit hergestellt werden, wo jede Kontrolle fehlt. Hierin liegen Gefahren, nicht nur für die Heimarbeiter, sondern auch für die Konsumenten. Diese Zustände haben sich erst allmählich entwickelt, und diese

ungeheure Entwicklung

müssen wir zu hemmen suchen. Unfreie Heimarbeitergesetzgebung ist weit zurück hinter der andern Länder. Das französische Gesetz schafft sogar das Zwischenmelstertum aus. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das vorliegende Gesetz ist leider

ein Lohnengesetz.

Aberdins nicht für die Arbeiter, sondern für die Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was dort möglich war, warum sollte es für eine so elend entlohnende Arbeiterschaft nicht gelan werden? Dieser wichtige Punkt muss dem Entwurf auf jeden Fall zugesetzt werden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Auerkli (Pole): Das Leben des Hutmachers ist die Hölle auf Erden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dem Verlangen nach Lohnkürzung kann man nur zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsh. Soz.): Die Vorlage ist nicht ideal, aber es kann daraus etwas Brauchbares werden. Auch wie mitschen Lohnränter, machen davon aber unsre Stellung nicht abhängig. (Beifall rechts.)

Der Gesetzesentwurf wird an eine Kommission von 25 Mitgliedern verweisen.

Das Hand vertagt sich auf Donnerstag, 1 Uhr. (Toleranz, Antrag des Zentrums, Gewerbeordnungsnovelle.)

Gewerkschaftsbewegung.

Der amerikanische Hutmacherverband zu 222000 Dollar Boykottbuße verurteilt!

Aus New York wird und geschrieben: Die schärfste amerikanische Klassenjustiz hat wieder ein Urteil gefällt, das den Boykott als wirksamste Waffe im Klassenkampfe der Arbeiter tatsächlich unmöglich macht und sogar das Streitrecht in Frage stellt. Das Bundesgericht in Hartford (Connecticut) verurteilte am 4. Februar den Sekretär des Landesverbandes der Hutmacher, Martin Lawler, sowie 204 Verbandsmitglieder zur Zahlung von 222 000 Dollar (cirka 800 000 Mark!) Schadenersatz an die Hutfabrikanten Goewe u. Co. in Danbury. Das Urteil der Geschworenen hatte den der Firma durch den Boykott ausgelösten Schaden auf 74 000 Dollar beziffert, aber der Richter machte stotternd Gebrauch von einer gesetzlichen Bestimmung, die ihm erlaubt, die von der Jury ermittelte Summe zu verdreifachen. Die Verurteilung erfolgte auf Grund des sausenden Anti-Trustgesetzes, von dessen Anwendung auf die Gewerkschaften sich bei seinem Urteil die pervertierte kapitalistische Phantasie nichts trümmern ließ.

Der Prozeß zog sich seit sechs Jahren hin. Zuerst waren Goewe u. Co. mit dem Verteidigung, daß das Sherman'sche Anti-Trustgesetz sich auf den Boykott nicht anwenden lasse, abgewiesen worden. Darauf erwirkte die Firma eine Entscheidung des Oberbundesgerichts in Washington, die noch über das gegen Gompers gefällte Urteil hinausgeht und das Boykottrecht der Arbeiter direkt aufhebt. Es heißt da:

Zunächst Mitglieder von Arbeiterorganisationen zusammen, um Hutfabriken das vorhandene Abfahrgesetz wegzunehmen, indem sie die Fabriken durch den Boykott an der Herstellung von Hüten, die zum Verlust nach anderen Staaten bestimmt sind, verhindern, oder indem sie den in anderen Staaten wohnenden Kunden der fraglichen Fabrik den Weiterverkauf der Hüte unmöglich machen oder die Lust, mit den Fabrikanten in Geschäftsbeziehungen zu bleiben, vergällen wollen, so bilden sie eine Vereinigung zur Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels im Sinne des Anti-Trustgesetzes vom 2. Juli 1890. Nach Sektion 7 des Gesetzes sind die Mitglieder einer solchen Vereinigung einer Verurteilung zum dreifachen Schadenerlass unterworfen. Der Schadenerlass kann von den durch die Verlegung des Gesetzes in ihrem Geschäft oder ihrem Eigentum geschädigten Personen auch dann eingezogen werden, wenn das Geschäft der Geschädigten nur zu einem unverhältnismäßigen Teil in dem Staate, in dem seine Firma ihren Sitz hat, durch das Vorgehen der Arbeitervereinigung beeinträchtigt wurde, oder wenn die Arbeiter, die sich zur Schädigung des Fabrikanten zusammenfanden, selbst nicht im zwischenstaatlichen Handel tätig sind.

Das Oberbundesgericht wies die Sache vor das Bundesgericht in Hartford zurück, mit der Anweisung, sich an obige Entscheidung zu halten. Die Folge war das sensationelle Urteil vom 4. Februar. Bezeichnend ist die Art und Weise, wie das Urteil in Hartford stande kam. Der Richter, Platt heißt der Mann, gab den Geschworenen eine gebundene Markeoute. Er sagte ihnen, daß "eine Verbindung zur Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels" ohne Frage bestanden habe, und fuhr dann freihändig fort:

Sie (die Geschworenen) haben aber die unabreisbare Pflicht, die von mir ausgesprochene Überzeugung als Gesetzhinwendung und im vorliegenden Falle anzuwenden.

Der weise und gerechte Richter erlaubte den Geschworenen nur, über die Höhe des Schadenerlasses zu bestimmen, die er dann verdreifachte!

Natürlich werden die Hutmacher das Urteil ansehn, aber leider lädt das bereits widergegebene Gutachten des Oberbundesgerichts Ihnen wenig Aussichten. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Vollstreckung des Amtsurteils um 60 Tage verschoben. Wenn die Entscheidung aufrechterhalten wird, so führt der Hutmacherdelegierte in seinem Bericht in der Central Federated Union, dem gewerkschaftlichen Zentralbüro New Yorks, aus, „so wird sie aller zwischenstaatlichen (über einen einzigen Staat der Union hinausgreifenden) Tätigkeit der Gewerkschaften ein Ende machen. Unsre Lage erscheint ziemlich dunkel, aber selbstredend werden wir Berufung einlegen und die Sache, wenn nötig, vor das oberste Bundesstridional bringen.“

Vorher wird am 7. März ein Verhör vor Richter Platt erfolgen,

wobei die Verteidigung einen Antrag auf Auferkraftsetzung des Verdicts „wegen übertrieben hoher Schadensfeststellung“ vergründen wird.

Überflüssig, zu sagen, daß die Hutmacher hierbei einer gegen alle organisierten Arbeiter des Landes geführten Schlacht abzuwehren suchen, der, wie schon bemerkt, sogar das Streitrecht gefährdet und offenbar auf vollständige Wehrlosmachung der Gewerkschaften abzielt. „Einstweilen“, meint die New Yorker Volkszeitung, „kann noch nicht verbeten werden, daß jemand die Arbeit einstellt. Aber ein Streikbeschluss ist auf Grund des Sherman-Gesetzes wahrscheinlich schon an sich eine Verschwörung zur Einschränkung des Handels“. Ist es aber ganz sicher, wenn etwas anderes verlangt wird, als was die Streiter ganz direkt betrifft, als beispielsweise die Entlassung von Richtern, Beschränkung der Zahl der Gehilfen usw. Ferner wird der Streik ungesehlich, wenn in seinem Verlauf etwas Ungeheuerliches geschieht, was auf Zusammenwirken von Streikern zurückgeführt werden kann. Auch dann tritt das Sherman-Gesetz ein.“

Steinen Sinn erhält das Urteil von Hartford aber nicht nur durch die ungeheurelle Höhe der verhängten „Buße“ und die Begründung, sondern durch den Umstand, daß es sich als die Erkrankung eines organisierten kapitalistischen Komplotts gegen die Arbeiterklasse erweist. Wie die Verhandlung ergab, stieckte die über das ganze Land verbreitete Anti-Boykott-Association dahinter, die einen Prozesshabs von Millionen Dollar angekündigt und auch diesen Prozeß bezahlt hat, bei dem die Kapitalisten sicher waren, auf ihre Kosten zu kommen. Denn es ist ja der Kapitalismus, der in demselben Sinne, wie die Hutfabrikanten, auch die amerikanischen Gerichte „betreibt“. Deshalb auch z. B. kein üblicherlicher Hahn danach fröhlt, als der sozialistische Appeal to Reason dem Chicagoer Appellationsrichter Groskopf, demselben, dessen Willde dem Delistrat die berührte 20 000 000-Dollar-Buße erließ, längst durch fassimilierte Wiedergabe von Petitionsbriefen an Eisenbahnverwaltungen usw. gemeinsame Wehrlosigkeit nachgewies. Zum Programm gehörte es übrigens, daß bereits im Jahre 1904, als die Klage eingeleitet wurde, nicht nur das Verbandsvermögen, sondern in zahlreichen Fällen auch das pfändbare Privatvermögen der Hutmacher beschlagnommt wurde, so daß die kapitalistischen Raubkassen ihres Ob-

jects vollkommen sicher sein dürfen. Um die Freigabe der konfidierten Bankguthaben ihrer Mitglieder zu erreichen, stellte die Gewerkschaft Bürgschaft in Höhe von 180 000 Dollar.

Die Kapitalisten sind sich denn auch ihres Sieges stolz bewußt, wie schon dem Schlußplaidoyer des Anwalts der Firma Goewe u. Co. zu entnehmen war. Dieser meinte: „Die beiden Entscheidungen (das Urteil im Prozeß gegen Gompers und die Entscheidung des Oberbundesgerichts im gegenwärtigen Prozeß) gewähren zusammen sowohl den Fabrikanten, wie den unabhangigen (!) Arbeitern wirklichen Schutz; sie werden voraussichtlich in der sozialen und politischen Geschichte der Vereinigten Staaten dieselbe Rolle spielen, wie das in Tass-Vale-Halle erlangte Urteil des britischen Vorgerichtshofes seinerzeit in England.“ An dem leichten Punkte wünschten wir von Herzen, der Kapitaladvoat behielt recht. Denn die geschickliche Masse der Tass-Vale-Entscheidung bestand nicht zuletzt darin, daß sie ein politisches Erwachen der englischen Arbeiterklasse herbeiführte und ein Eingreifen der Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter zur unmittelbaren Folge hatte.

Leipzig und Umgebung.

Zur Bewegung im Steinbruchgewerbe.

Unter diesem Stichwort berichten die L. A. R., daß die Gehilfen in München einen Tarif mit übermäßigen Forderungen durchdrücken wollten. Neben die Arbeitsordnung des Schuhverbandes heißt es: „Doch dieselbe feine Anordnungen enthalten, welche für die Arbeiter unannehmbar seien, und daß sie bereits seitens des Leipziger Gewerbeamtes und der Leipziger Gehilfensabteilung (soll wohl heißen Zeitung) gebilligt wurde.“ Man erkennt hieraus wieder einmal, wie man in gewissen Kreisen mit der Wahrheit auf gewannem Fuße steht. Tatsache ist, daß die Forderungen in München, die von einem hiesigen Unternehmer, der gern von sich reden macht, als unverschämte bezeichnet wurden, mit Ausnahme der Arbeitszeitverkürzung gänzlich bewilligt wurden, und daß die Schuhverbandshauptlinge vier Tage benötigten, um die Münchner Firmen, die tariffreundlich waren, umzustimmen. Betreffs der Arbeitsordnung ist richtig, daß diese in einem Betriebe mit 12 Gehilfen hier in Leipzig eingeführt wurde, daß die betreffenden Gehilfen sich dagegen wehrten, und nur der damaligen Konjunktur ist es zuzuschreiben, wenn es nicht zur Arbeitseinstellung in dieser Firma kam. Bezeichnend für den Schuhverband ist es aber, daß er eine Mitteilung, die im Auftrage des Personals von der hiesigen Verbandsleitung an die Firma gerichtet wurde, so verdreht, daß eine Billigung der Arbeitsordnung durch die Verbandsleitung daraus wird. Es muß doch saul um eine Sache stehen, wenn man mit solchen Mitteln kämpfen muß.

Verband der Lithographen und Steindrucker. Ortsverwaltung Leipzig.

Achtung, Lithographen und Steindrucker! In der Firma C. Carl in Hamburg sind sämtliche Steindrucker wegen der Weigerung, zwei Maschinen zu bedienen, gefündigt worden. Zugang ist fernzuhalten.

Verband der Lithographen und Steindrucker. Ortsverwaltung Leipzig.

Deutsches Reich.

Zur verbotene Sammlung.

Wir berichteten schon wiederholte über die Strafsache des Arbeitersekretärs, Genossen Walter in Augsburg, der anlässlich des schwedischen Generalstreiks sich bereit erklärt hatte, die von den Gewerkschaften einkauften Unterstützungsgelder entgegenzunehmen und der deshalb wegen unerlaubter Sammlung mit einem Strafmandat in Höhe von 10 M. bez. zwei Tage Haft bestraft worden war. Gegen diese Polizeistrafe wurde ein Einspruch erhoben und am Schluß geklärt, erzielte Walter einen Freispruch. Vom Amtsgericht wurde gegen dieses freisprechende Erkenntnis Berufung eingereicht mit dem Ergebnis, daß Walter in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht für schuldig erkannt, die Strafe jedoch auf eine Mark festgesetzt wurde. Begründet hatte das Landgericht die Aushebung des erklärterlichen Urteils damit, daß bei der Ausdehnung der Sammlung auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr von einer Sammlung im engeren Kreise gesprochen werden könnte, vielmehr der Begriff: „öffentliche Sammlung“ gegeben sei, für die behördliche Genehmigung eingeholt werden müsse.

Gegen dieses Urteil legte der Verurteilte Revision beim Oberlandesgericht ein. Die Revision wurde dort losenpflichtig abgewiesen. Es bleibt also bei der einen Mark Geldstrafe. Deutlich sei, daß wohl in allen bayrischen Städten in gleicher Weise für die schwedischen Arbeiter gesammelt worden ist, außer der Augsburger Polizei ist aber keine so auf der Wacht gewesen, um die Einhaltung dieses Gesetzes zu beobachten.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. In den schlesischen Orten Bünzlau, Alt-Wartburg, Katzwang und Löwenberg haben etwa 400 Sandsteinarbeiter den Bezirkstarif gekündigt. Die Steinmeister verlangen nun, daß die Tarifkündigung zurückgezogen werden soll, weil die Steinindustrie Lohnzuänderungen nicht mehr vertragen könne. Um die Steinmeister gefügig zu machen, sind in Bünzlau Massenentlassungen vorgenommen worden. Dementelt sei, daß der schlesische Sandstein beim Arbeiten sehr viel Staub entwickelt, 87 Prozent der verforbenden Steinmeisten im schlesischen Distrikt fallen der sogenannten „Berufskrankheit“ (der Lungenschwindsucht) zum Opfer. Es ist somit ganz erklärlich, wenn die Steinmeister höhere Löhne verlangen.

Die Plastersternarbeiter und Kleinschlagschläger der Firma Sieghelm in Wildemann stehen seit 8 Wochen im Streik. Die Arbeiter wollen eine zehnprozentige Lohnreduktion abwehren. Gleichzeitig erstreben sie die Anerkennung des Koalitionsabkommens; denn Sieghelm verlangt von den Arbeitern den Austritt aus dem Steinarbeiterverband. Die Firma bietet alles auf, um Streikbrecher anzuwerben.

In Waldinstein (Dahn) stehen 32 Marmorarbeiter im Streik. Die Firma Krebs mahregelt die ganze Verbandschaft, um die Arbeiterorganisation los zu werden.

tarifkündigung im Münchener Schuhmachergewerbe. Seit 1907 besteht für das Schuhmachergewerbe in München ein Tarifvertrag, der bis 1909 Gültigkeit hatte, dann ein Jahr weiterlebt und keine der Parteien ihn kündigte. Die Gehilfen haben jetzt den Tarif gekündigt und verlangen eine Lohnzehrung, da der Verdienst außerordentlich gering ist. Nach Angaben der Innungskasse haben nur wenige Schuhmacher in München einen Tagesservice von über 8.50 M., der Durchschnittsverdienst beträgt 18.54 M. wöchentlich. Dazu kommt, daß die übergroße Anzahl der Arbeiter auch die Furnituren selbst stellen muß. Die Gehilfen verlangen 15 Prozent Lohnzehrung, sie erklären sich zu Unterhandlungen mit den Unternehmern unter Mitwirkung des Gewerbege richts bereit.

Musiland.

Der Bergarbeiterstreik in Nordengland beendet.

Das Streikkomitee der Bergleute in Northumberland hat gestern ein Mundschreiben ergehen lassen, in dem der Streik für beendet erklärt wird, und alle diejenigen, die die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, aufgefordert werden, in Unterhandlungen einzutreten, um eine Beileitung der Streitigkeiten zu erreichen.

Haus der Partei.

Heine und die Tante Voh. Die Volkszeitung bemerkt zu unserer Melbung, daß der sozialdemokratische Abg. Heine am nächsten Sonntag in Bürgerlicher Versammlung das Referat mit dem Abg. Dr. Raumann und Dr. Wiener in der großen Protestversammlung im Circus Schumann sprechen wird. Die Versammlung, in der auch ein Vertreter des Handwerkerstandes — vielleicht der Abg. Rohrbach — und ein nationalliberaler Abgeordneter sprechen sollen, ist um acht Tage verschoben worden.

Die Bergische Arbeiterstimme in Solingen bezeichnet Heines Verhalten als Verrat vor dem Feinde. Selbst der Karlsruher Volksfreund läßt ihn fallen.

Da macht Genosse Maurenbreier denn doch ganze Arbeit. Er stellt seine Arbeitskraft in den Dienst eines bürgerlichen Verlags. Wie bei seinen Christus-Vorträgen vom Vorstandstisch aus mitgeteilt wurde, waren diese Vorträge vom Buchverlag der Hilse inszeniert.

Inzwischen hat Genosse Heine dem Vorwärts folgende Bemerkung gesandt:

Ich teilte an gewisse Neuerungen von Rednern in einer früheren Versammlung des Kreises an und befürwortete, daß sich eine gewisse Enttäuschung und Missgunst gezeigt hätte, weil unser Eintreten für die Wahlreform und weil die Straßen-Demonstrationen nicht schon zu einem Erfolg geführt hätten. Ich feste auseinander, daß dies ein falscher Standpunkt wäre, daß ein solcher Kampf nicht von heut auf morgen gewonnen werden könnte, daß die Politik Geduld und einen langen Atem erfordere und zeigte dies an der Geschichte der englischen Wahlrechtsreformen. In diesem Zusammenhang sagte ich, daß auch gegenwärtig man sich auf lange und vielfach zeitige geistige Kämpfe gefaßt machen müsse. Man dürfe auch jetzt nicht glauben, mit einem Schlag viel zu erreichen. Eigentlich revolutionäre Aktionen verbieten sich durch die Machtverhältnisse und würden nur den Gegnern nützen. Der Massenstreik sei durch die wirtschaftliche Lage ausgeschlossen. Straßen-Demonstrationen blieben eben bloß „Demonstrationen“, so lange keine revolutionäre Macht hinter ihnen stecke. Ihre Bedeutung hätten sie einerseits auf innerlichem Gebiet als eine Vertheidigung des Bedürfnisses der Massen nach Ausübung ihrer Entwicklung und andererseits als Agitationsmittel, zur Auflösung der Gleichgültigen. Dagegen darf man nicht glauben, daß sie auf die Regierung und die reaktionären Parteien von Einfluß sein; sie belehren oder einschläfern würden.

Das Wesen der notwendigen politischen Arbeit sei in dem Ruf des preußischen Landesausschusses, des Parteidirektors und der Landtagsfraktion richtig gekennzeichnet. Ich gab aus diesem einige Tage wieder. Das wesentliche sei, dem ganzen politisch interessierten Volle zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratie im Kampf für die Rechte und die Kultur des Volkes an erster Stelle stünde, und daß jetzt die Erringung des gleichen und geheimen Wahlrechts für Preußen die Hauptaufgabe wäre, an der alle teilnehmen müssten, die überhaupt Interesse für Kultur hätten, ohne Unterschied der Parteistellung. Dann folgte die Mahnung, sich nicht provozieren lassen, und ich schloß mit Verlesung der Resolution.

Dies dürfte jeder, der meine Mede aufmerksam angehört hat, der Rebktion bestätigen. Ich bedauere, daß ich den Namen des Vorwärts in Anspruch nehmen muß, um diese Selbstverständlichkeit wiederzugeben. Nachdem aber die Polizei einmal begonnen worden ist, bleibt mir nichts anderes übrig. Für so gelacht hätte man mich eigentlich halten können, daß ich nicht gegen eine Aktion reden würde, von der ich hörte, daß sie im Moment stattfinden würde. Aber bei der Erörterung der Aussichten des Kampfes war es unerlässlich, jedes Kampfmittel auf seine wirkliche Bedeutung zu prüfen, um so mehr als ich den ungünstigen Einfluß übertriebener Hoffnungen, die sich an solche Schritte klappsen, beobachtet hatte.

Eine Teilnahme an dem Umzug kam für mich nicht in Frage, weil ich unmittelbar nach der Versammlung zum Bahnhof gehen und nach Halle reisen mußte, wo Montag früh eine umfangreiche Gerichtsverhandlung begann und wo ich dringendes zu tun hatte.

Halle a. S., den 15. Februar 1910.

Wolfgang Heine.

Also wieder mal das übliche „Misverständnis“. Seltsam, daß nicht nur die dem Genossen Heine so überaus gewogene Redaktion des Berliner Tageblatts ihn so mißverstanden hat, sondern auch die in der Versammlung anwesenden Genossen, die im heutigen Vorwärts ausdrücklich erklärt, daß der Berliner Tageblatt „völlig sinngemäß“ sei.

Jedenfalls ist der Genosse Heine nicht instande, den Bericht des Tageblatts platt für erkunden zu erklären.

Legte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 17. Februar. Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses setzte heute ihre Beratungen fort. Ein Antrag der Nationalliberalen, der in der Frage der Drittteilung die völlige Entziehung der Arbeiter anstrebt, wurde abgelehnt. Die Konservativen haben beantragt, das Dreitassenwahlrecht mit indirekter Stimmabgabe beizubehalten.

Berlin, 17. Februar. Die Budgetkommission des Reichstags beriet heute weiter über die Kieler Unterhüllungen. Der Staatssekretär sagte zu, daß gegen die belasteten Beamten trotz gerichtlichen Freispruchs ein Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Die Schadensumme wurde auf circa 1 Million Mark berechnet. Genosse Severling machte hierauf weitere Enthüllungen über die Münzwirtschaft in den Marinebetrieben.

Berlin, 17. Februar. Seit einiger Zeit haben zwischen dem deutschen Konsul in Montreal und dem kanadischen Finanzminister Fielding Besprechungen wegen Belastung des deutsch-kanadischen Zollkonflikts stattgefunden. Gestern ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß Kanada vom 1. März d. J. ab gegen Gewährung von 25 Sähen des deutschen Konventionaltariffs, die seit dem Jahre 1893 von den deutschen Erzeugnissen in Kanada erhobene Surtax von 33½ Prozent aufhebt. Die Verständigung ist eine provisorische und bestimmt, das Zustandekommen eines Handelsvertrages anzubahnen. Dementsprechend ist in der Vereinbarung beiden Teilen das Recht vorbehalten, zurückzutreten, falls nicht in angemessener Zeit dieser provisorischen Verständigung ein definitiver Vertrag folgt.

Berantwortlich für den redaktionellen Teile: Hermann Müller in Leipzig.

Berantwortlich für den Unterstellte: Friedrich Müller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Bibliothek
7500 Bde., geöffnet ab 8.00 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr. Mit die Jugend Mittwoch 8-9 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein für den 12. sächs. Reichstagswahlkreis

Vorstand: Volkshaus, Zeitzer Straße, Hof L, Portal rechts.

Zeitung mit über 100 Zeitungen, Journals u. Blättern.

Bezirk Norden und Zentrum. Freitag, den 18. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Öffentliche politische Versammlung in Stadt Mailand, Packhofstr. 5.

Tagesordnung:

Die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit.
[2700] J. A.: Emil Krahn, Berliner Str. 4, S. I.
Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
— in beiden Sälen des Volkshauses — **Stiftungs-Fest.**
Ausführende: Männer- u. Gemischter Chor Leipzig, Ostvorstädtischer Männerchor, Sängerchor Grosszschocher, unter glänzender Mitwirkung von Fr. Eleanor Valona (Sopran), Leipzig. Direktion: O. Rueloh, Leipzig.
Programme à 25 Pfg. sind bei den Unterlassierern und den Vertrauensleuten sowie in der Filiale der Leipziger Volkszeitung, Zeitzer Straße 22, zu haben.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Zentral-Verein der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen. Zahlstelle Leipzig.
Geschäftsstelle und Volkshaus Zeitzer Str. 32, Saalbau rechts, Zimmer 17. Arbeitsnachweis im Geschäftszelt Werkst. 8-12 u. 4-8. Tel. 7512.

Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Kolonnadenhalle, eine [2757]

Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag, Thema: Kunst und Geheimnis beim Dammskesselbetriebe. Referent: Kollege Robert Winkler. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Wintervergängen. 4. Gewerkschaftliches.

Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe.

Freitag, den 18. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr [2814]

Allgemeine Versammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der Auszubildungsbewegung. Referent: Kollege Sillier. 2. Verschiedenes. — Kollegen! Sorgt für Massenbesuch. D. V.

Achtung! Bauhilfsarbeiter von Leipzig u. Umgegend.

Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr

Versammlung im Pantheon, Dresdner Str. 20.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandsitag und unsre bevorstehende Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr

Sitzung der Listenführer u. Kolportore im Volkshaus, Zimmer Nr. 9.

[2707] Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiterverband

Zahlstelle Leipzig.

Sektion Kistenbauer.

Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

Branchen-Versammlung

[2818] Im Volkshaus, Zimmer Nr. 1.

T.-D.: 1. Vortrag des Kollegen Stephan über: Die Produktion und ihre Entwicklung. 2. Branchenangelegenheiten. Alleseitigen Besuch erwartet. Die Sektionsleitung.

Deutscher Verein für Volkshygiene

Ortsgruppe Leipzig.

Einladung zu der öffentl. Versammlung

Dienstag, den 22. Februar 1910, abends 8 Uhr im Saale der alten Handelsbörse auf dem Naschmarkt.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. med. Greibmann über: Entstehung und Ausbreitungsweise des Typhus und auf ähnlichen Wege entstehender Krankheiten.

Eintritt und Garderobe frei. [2702] Der Vorstand.

Homöopathischer Verein Leipzig-Ost

Freitag, den 18. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im großen Saale der drei Lilien, L-Reudnitz

Großer öffentlicher Vortrag

des Herrn R. Grosse, Dresden, über: Unzertum und Bleichsucht und die Gesundheitspflege des Arbeiters.

Eintritt frei. [2802] Eintritt frei.

Arbeit-Stenographenverein Vorwärts

Sonnabend, 19. Februar abends 8 Uhr im Vereinslokal Globusschänke, Nordstraße 24.

Der Vorstand. [2758]

Morgen Freitag abends 8 Uhr
Goldener Saal

Gasthof Neustadt
Grosser Gala-Abend in den schwelbenden Gärten Babylons.
Fest-Konzert v. verstärkten Willy Wolf-Orchester. — Hierauf: Garten-Fest-Ball.
Prachtvoll für diesen Abend hergerichtete Dekoration des Festsaales in babylonischem Stil. Ausgef. v. Gehr. Stetsfeld Nachf.
Grosser Festreigen, 32 Damen. — Grosses Blumen-Arrangement.

Morgen Freitag alles nach Schloss
Lindenfels zu dem grandiosen [2778]
Ball-Arrangement genannt die weisse Ballnacht Das muss man sehen! Das muss man sehen!

Pantheon Dresdner Strasse 20
Telephon 14270
Morgen Freitag bis 1 Uhr nachts
Grosser Intimer Ball.

Grüne Schänke Leipzig-Ang. Tel. 3315
die berühmten Krystallpalast-Sänger ganz vorzügliches, originelles Programm.
Nachdem **Grosser Faschingsball** im festlich dekorierten Ballsaal.
Grossartiger Verkehr und schönster Treffpunkt des Ostens.
Es lädt ergebnist ein [2787] K. Jacob.

Familienanzeigen.

Berichtigung. Die Beerdigung des Herrn **Johann Gottfried Scharrig** findet nicht, wie irrtümlich im gestrigen Inserat angegeben, Freitag 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, sondern 9 $\frac{1}{2}$ Uhr statt.

Dank! Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Huldigungsfeier unserer teuren Enkelsohnen

Hedwig Schmidt

sagen wir allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmücken, unsern innigsten Dank. Besonderen Dank ihren Mitarbeiterinnen der Firma Men & Gölich für Blumenschmuck und Gesetz zur letzten Ruhestätte. Dir aber, liebe Hedwig, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach. Berta verw. Schmidt und Bräutigam im Namen aller Hinterbliebenen. [2785]

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben, so jäh von uns gerissenen, unvergesslichen Gattin, unserer Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin, Frau **Ida Anna Baumann geb. Reinhardt** drängt es mich, allen lieben Verwandten und Bekannten, welche ihre herzliche Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust befinden sowie für den herrlichen Blumenschmuck meinen herzlichen Dank auszusprechen; ferner danke allen Vereinen für Kranz und Geleite zur letzten Ruhestätte sowie Herrn Pfarrer Lange und Kirchschulreher Clausnitzer. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

Du warst so jung undhardt so frisch
Doch wie vergessen deiner ist.

Dir aber, liebe Anna, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ in dein fröhliches Grab nach. [2784]

Großtädeln, den 17. Februar 1910.

Paul Baumann nebst Kindern u. Hinterbliebenen.

Gestern abend 8 Uhr entschlief schnell und unerwartet unser lieber Sohn, Bruder und Neffe [2788] **Willi Seifert** im 18. Lebensjahr. In tiefer Trauer **Familie Seifert**.

L.-Connewitz, Hildebrandstr. 33, II., d. 18. Febr. 1910.

Beerdigung Freitag, nachm. 8 Uhr, auf dem Connewitz-Friedhof.

Nach langem, schwerem Leiden verschied heute früh 8 $\frac{1}{2}$ Uhr mein lieber, guter Mann, unser Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Einlasserer **Friedrich Rudolf Grosse** im Alter von 85 Jahren. Dies allen Verwandten, Freunden und Bekannten nur hierdurch zur Nachricht. L.-Lindenau, den 16. Februar 1910

Hahnemannstraße 22

Frau verw. Johanne Grosse geb. Schmidt

2780 im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. Februar, vormittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Am Dienstag, den 15. Februar, starb nach langem, schwerem Leiden unsere gute Mutter

Johanne Susanne Richter

im Alter von 74 Jahren. Dies zeigen tieftreibende

2815 **Familie Paul Richter** nebst Geschwistern.

Die Beerdigung findet Freitag, mittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom

Trauerhaus, Boltzmarßdorf, Kirchstr. 25, aus statt.

Ronsumverein für Zudelhausen und Uingen.

(E. G. m. b. H.)

Halbjährl. Mitglieder-Versammlung

im **Gasthof zum Bahnhof** in Holzhausen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Verschiedenes. — Jahrzeit Besuch erwartet [2811]

Der Vorstand: M. Geiger, W. Glinzel, O. Heinhardt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer

Filiale

Sonnabend, 19. Februar Anfang Punkt 8 Uhr.

Grosses Winter-Vergnügen

im Felsenkeller zu L.-Pingwitz [2781]

unter Mitwirkung der Leipziger Krystallpalast-Sänger (siehe, älteste u. anerkannte leistungsfähige Herrengesellschaft) sowie der Leipziger Musiker-vereinigung (Dir. G. Schütze). — Nach dem Vor-

trägen: **Grosser Festball**. Reichs-Tombola. Programm im Vorverkauf 25 h, an der Kasse 30 h.

Freunde u. Gönner laden herzlichst ein. Des Festkönig.

Eintritt 25 Pfg. (inkl. Kappe).

Gäste willkommen. [2788]

Naturheilverein Leipzig II.

Sonnabend, 19. Febr. Humor-Abend im **Tivoli**, Wind-

mühlenstrasse.

Eintritt 25 Pfg. (inkl. Kappe).

Gäste willkommen. [2788]

Alter Gasthof, Mockau.

Endstation der Straßenbahn Linie, Nr. 1. — Telephon 8481.

Morgen Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr

Grosse Soiree der Leipziger Humor-Sänger.

Nachdem **BALL**. [2781]

Es lädt ergebnist ein

A. Bierögel.

Politische Uebersicht.

Die Regierungspartei.

Nachdem sich die alte Partei des ungarischen Feudaladels, die Verfassungspartei, am Anfang dieser Woche aufgelöst hatte, veröffentlichten gestern die ungarische Regierung Hedervary und deren Getreuen einen Aufruf zur Gründung einer neuen Regierungspartei. Die Partei soll den Namen Nationale Arbeitspartei führen, ihr Programm erschöpft sich in einer offenen Stellungnahme für den Dualismus und für die Aussöhnung zwischen König und „Nation“. Die Zustände sollen zurückgeschraubt werden auf die Situation, in der sich vor der Erhebung des Unabhängigkeitstreits das politische Leben Ungarns befand. Die fruchtlos verstrichene Koalitionsära habe ja genugsam bewiesen, daß die Unabhängigkeitstrebsungen gegen den Willen der dualistischen Dynastie nicht auszukommen vermochten. Von einer Wahlrechtsreform ist weiter keine Rede.

Politisch und wirtschaftlich ein offenes reaktionäres Bekenntnis, das ist das Programm der neuen Partei, die ja selbst auch nur eine Belebung der vor vier Jahren aufgelösten liberalen Partei ist. Sie unterscheidet sich von der abtretenden „sozialierten“ Regierungspartei nur in einem Bruchteil ihrer Anhänger. Während sich nämlich die „Verfassungspartei“ der Feudalen auf den Beamtenadel und den Klerus stützte, wird die Nationale Arbeitspartei eben dieser Feudalen sich auf das industrielle Kapital und auf die Handelsreibenden der Städte stützen. In dem Moment, in dem der konservativ-katholische Beamtenadel im Interesse der Bureaucratie die Magnatierung und damit die Trennung der dualistischen Institutionen forderte, mußten die Feudalen mit dieser bisher getreuen Kohorte den Kampf aufnehmen, denn die Bedrohung des Dualismus bedrohte den feudalen Großgrundbesitz mit dem Verluste des österreichischen Zollvereins als Absatzgebiet für die landwirtschaftlichen Produkte. Die neue Regierungspartei erkennt nun diese Elemente durch die großbürgerlichen Schichten der Städte, eine Parteigruppierung, die längst seit dem Ausgleich des Jahres 1867 mit kurzen Unterbrechungen das Land beherrschte.

Die neue Parteigruppierung hat auch die vornehme Aufgabe, der Krone und den Privilegierten Ungarns durch Beseitigung des Konfliktsstoffes jede Wahlrechtsreform zu ersparen, und deshalb wird es auffallen, die freisinnige Bourgeoisie des Handels und der Industrie, die neben der Zolltrennung auch die Wahlrechtsreform vertreten hatte, im Lager einer offenen Wahlrechtsfeindlichen Regierung zu finden, die entschieden für die Zollgemeinsamkeit mit Österreich eintritt. Man bedenke jedoch, daß eine soziale Klasse nicht, wie Passas Ahnene aus dem Hause des Zeus, fertig und voll gewaffnet auf den Schauplatz der Geschichte tritt, sondern daß ihre Qualitäten sich erst mit ihren Quantitäten entwickeln. Die ungarische Großbourgeoisie zählt heute nur wenige Häupter, und die Regierung ist noch in der Lage, die Mitglieder dieser Gruppe von Mann zu Mann zu bezahlen. Herr Kuhn Hedervary und sein Pylades, Graf Stefan Tisza, ist Meister auf diesem Gebiete, kein Wunder also, wenn die Freimaurer und Soziologen der Bourgeoisie mit fliegenden Fähnen in das Lager schwenken, wo Milch und Honig fließt.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns muß von dieser Entwicklung der Dinge mit bitterer Enttäuschung Kenntnis nehmen, denn kaum eine Arbeiterpartei der kapitalistischen Welt hat jemals so sehr alle Hoffnungen auf die Hilfe der Bourgeoisie gesetzt, wie die ungarische, deren geistiges Leben auch heute von Freidenkern, Demokraten und konsularen Soziologen irreguliert wird. Noch vor kaum einer Woche erklärte das ungarische Zentralorgan der Sozialdemokratie, man dürfe nicht erwarten, daß die ehrlichen Männer des Ungarischen Kaufmannsvereins fahnenstolz würden, das heißt, daß sie die vielfach beteuerte Treue zum Kampfe für das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht brechen könnten. Heute muß man selbst in der Redaktion der Nepszava daran glauben, und man trostet sich mit der Hoffnung, daß das neuerrichtete feudalliberalistische System in einigen Jahren an den eignen Widersprüchen zugrunde gehen würde, ein Trost, der so oft herhalten mußte, so oft es galt, die Kampfeslust der „leitenden“ Kreise der ungarischen Sozialdemokratie zu hemmeln. In Ungarn gibt es 10 Millionen Proletarier, deren Lage der bis in die Haupt- und Residenzstadt Budapest vorgedrungene epidemische Hungerthaus kennzeichnet. So wenig das Freimaurertum die Budapester Fabrikanten und Fabrikarbeiter abhalten konnte, sich für Trinkgelder der Reaktion zu verkaufen, so wenig dürften die ungarischen Proletarier geneigt sein, sich noch auf weitere Jahre in das von der Nepszava scheinmarxistisch gefüllte Grab zu legen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 16. Februar. Drei sozialpolitische Gesetzesvorlagen standen heute auf der Tagesordnung: Arbeitskammergesetz, Hausarbeitsgesetz und die Änderung einiger Paragraphen der Gewerbeordnung. Das Arbeitskammergesetz hatte in der vorigen Session schon die Kommission passiert, die endgültige Erledigung wurde von der Regierung, den Nationalliberalen und den Konservativen hintertrieben, weil die Kommission die Zulassung der Arbeiterssekretäre als Vertreter der Arbeiter in den Entwurf aufgenommen hatte. Im neuen Entwurf werden die Sekretäre wieder ausgeschlossen, und Herr Staatssekretär Delbrück erklärte heute, die Regierung lasse eher das Gesetz scheitern, als daß sie nachgeben werde. Auch sonst sind Verbesserungen im neuen Entwurf gegen die vorjährige Kommissionsfassung vorgenommen worden. Die Redner der konservativen, nationalliberalen und freikonservativen Partei stimmten der Regierung zu; die Redner des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen traten für Zulassung der Sekretäre ein. Am gründlichsten ging aber Genosse Legien mit dem Entwurf und mit der Regierung ins Gericht. Er erklärte, daß die Regierung nur die Unternehmerinteressen wahrte, in Diensten

für die Unternehmer sich erschöpfe, die Arbeiter aber einfach brüskiere. Ohne Zulassung unabhängiger Arbeiterssekretäre seien die Arbeitskammern nur ein Werkzeug für Unternehmerinteressen, die Arbeiter weinen deshalb dem Fall der Vorlage keine Träne nach. Es sei auch ein starkes Stück, dem Reichstag zugemutet, die Regierungswünsche, hinter denen das Unternehmertum steht, einfach zu erfüllen. Kommt das Gesetz zu stande, so müssen die Arbeiter mit für die Kosten aufkommen. Können sie aber ihre Gewerkschaftsbeamten nicht in die Kammer delegieren, sondern nur durch abhängige Arbeitsgenossen sich vertreten lassen, sind sie ohnmächtig. Mit Maßregelungen werden die Vertreter stärker gemacht. Die Regierung will also mit der von ihr beliebten Haftung ein Gesetz zur direkten Schädigung der Arbeiter schaffen, und nebenbei noch den Gewerkschaften einen Hieb versetzen. Nicht minder standhaft ist die Bestimmung, daß die Verhandlungen der Arbeitskammern nicht öffentlich sein sollen, um den Arbeitern, die doch für die Institution zahlen sollen, jede Kontrolle zu rauben. Für die Landwirtschafts- und Handelskammern existieren solche geschäftige und standhafte Bestimmungen nicht. Daß das passive Wahlrecht erst nach dem 25., das aktive Wahlrecht erst nach dem 30. Jahre eintreten soll, ist eine weitere ausgesuchte Bosheit gegen die Arbeiter, nicht minder der Umstand, daß die Handelsangestellten, die Eisenbahner und Werftarbeiter usw. nicht an den Arbeitskammern beteiligt sein sollen. Die Arbeiterfeindlichkeit der Reichsregierung und ihre gemeinschaftliche Willkürigkeit für das Unternehmertum feiert in dem Entwurf geradezu Orgien. Das mögen sich die Arbeiter merken. In der Kommission dürfte es zu lebhaften Kämpfen kommen.

Beim Gesetzentwurf über das Hausarbeitsgesetz betonte Genosse Schmidt, daß ohne Bestimmungen, die Minimallohn und Minimallarife vorseen, das Gesetz so gut wie nutzlos ist; ferner sind Lohnnächter dringend notwendig. Nicht die paar hygienischen Verbesserungen, die vielfach nur auf dem Papier stehen bleiben, wie ja der Arbeiterschutz in der Heimat fast ganz versagt, können den Heimarbeiter helfen, sondern eine entsprechende Regelung der Lohnfrage. Eingehend wies unser Genosse nach, wie die Heimarbeit zur Lohnbrüderlichkeit benutzt wird und deshalb sich auch der Vorliebe des Unternehmertums erfreut. Die Kommission werde wesentliche Vorderungen vorzunehmen haben. Natürlich sangen die bürgerlichen Redner das Vieh von der nüchternen Heimarbeit und sprachen sich gegen alle vernünftigen Forderungen aus, die zum Schutz d. r. Heimarbeiter erhoben werden müssen. Auch hierin gab die Regierung den Ton an. Ein treuer Knecht war Kridolin. Die Beratung der Abänderung bestimmter Paragraphen der Gewerbeordnung wurde vertagt. Das Haus war, wie immer, wenn Arbeiterfragen beraten werden, sehr schwach besetzt.

Ein Nachspiel zum Kieler Verfassungsprozeß.

Als die Kieler Skandale die Öffentlichkeit beschäftigten, verlangte die Presse aller Parteien gründliche Reformen. Aber was das so geht: der Skandal kommt in Vergessenheit und damit auch die Forderungen nach Reformen. Und weil Herr Tirpiz bei der Interpellation im Reichstag Reformen versprochen, obwohl er alles in Teil gut gefunden hat, defen die bürgerlichen Parteien möglichst den Mantel der Regierungsfreundlichkeit über die Dinge. Am Mittwoch gab es aber doch ein Nachspiel in der Budgetkommission. Zur Beschaffung von Materialien werden der Verwaltung riesige Fonds zur Verfügung gestellt, a. V. für Beleuchtungs- und Betriebsmaterialien in diesem Jahre 23.885.000 M., das sind 2,7 Millionen mehr als im Vorjahr. Bei der Vergabe von Lieferungen scheint die reinste Willkür zu herrschen, denn nur bestimmte Firmen erhalten sich der Zuschläge, andre erhalten nichts, mögen ihre Offerter auch noch so günstig sein; Genosse Severing konnte gestern in der Kommission drastische Beispiele dafür aufzählen. Durch den Ausschluß der Konkurrenz könnte es vorkommen, daß für dieselben Materialien erst 4,25, dann 2,75 und dann 2,10 M. bezahlt werden müßt; in einem andern Falle erst 7,10, dann 4,00 und dann 2,00 M. Das war nicht zuletzt deshalb möglich, weil die Zuschläge geheim gehalten werden, und erst aus energisches Drängen entzog sich gestern der Staatssekretär an der Julage, voran die Zuschläge öffentlich bekannt zu machen. So war Herr v. Kampf führte aus, daß bei der Holzbeschaffung, die für die ganze Marine von der Danziger Werft besorgt wird, „Schwarze Sachen“ vorgekommen seien.

Der Kieler Werft steht ein zehnähriges Direktorium vor, was selbst den marinemannen v. Thünenfeld an einem Protest Anlaß gab. Die Freisinnigen wollen sich trotz dieser Mißstände schon mit der Einholung eines Gutachtens von privaten Sachverständigen begnügen. Sie scheinen Anspruch bei Herrn Tirpiz zu suchen. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder verlangen wieder eine Untersuchungskommission; die Mehrheit wird den Antrag jedoch ablehnen. Dem Marineminister soll der Preis gewaschen werden, ohne ihn nah zu machen. Herr Seumer spielt abermals Regierungskommissar, er sieht alles in schönster Ordnung. Herr Tirpiz hat gar keine Lust, irgend etwas Gründliches zu tun; höchstens einige Aussichten will er in Privatbetrieben in die Lüche schicken. Das ist natürlich das große Nichts, denn die wirklich Fähigen dieser „Lehrlinge“ fäper einschätzen die Privatindustrie, während sich die Staatsbetriebe mit Leuten aus möglichst „guter Familie“ begnügen und zwar gerne.

Scharfe Anklagen erhob Severing, weil die Werftverwaltung die sozialpolitischen Aufgaben auf den Werften vernachlässige und so eine enorme Verschleuderung von Materialien stattfinde. Auf Drängen des Genossen Severing erklärte sich der Staatssekretär bereit, sofort telegraphisch den Befehl zu geben, daß auf der Danziger Werft nach vorschriftenmäßigem Materialien gefucht werden. Trotzdem, eben eben deswegen, weil eine Fülle begründeter Anklagen erhoben wurde, hielt der Staatssekretär eine lange Befriedigungsrede für die Werftbetriebe, die die Konservativen so sehr rütteln, daß sie am liebsten von den Kieler Vorfällen nichts mehr hören wollten. Auch das Zentrum bekannte sich als Gegnerin der von den Sozialdemokraten geforderten Untersuchungskommission, die Herr Tirpiz mit großer Schärfe ablehnte. Ihm scheint doch vor den Ergebnissen einer Untersuchung bang zu sein. Auch gegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen bestimmte Abteilungsleiter sprach er sich aus. Natürlich, denn wenn die Herren schließlich sich ihrer Haut wehren, könnten die schönsten Dinge noch zur Sprache kommen. Herr Paeschke verspottete die Redner, die verlangten, daß mehr laufmännisch verfahren werden sollte; das süßere Brot, das die Beamten genießen, lasse doch keine Regelmäßigkeit aufkommen. Die bürgerlichen Parteien wollen einfach nicht, daß Almedur geschaffen wird. Die Führung dabei haben die Freisinnigen, was besonders vermeidet werden muß. Am Donnerstag soll die Debatte weitergeführt werden.

Die Wahsprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich Mittwoch mit der Nachprüfung der Wahl in Mühlhausen-Langensalza. Die vorgenommenen Erhebungen ergeben in den meisten Fällen die Bestätigung der im Wahlprozeß erzielten ungültigen Wählern. Hauptfachlich sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Geheimhaltung der Stimme abgab in mehreren Orten nicht innegehalten worden. In einzelnen Orten haben die Wähler den Stolzraum nicht betreten, oder der Stolzraum war ungenügend. Ferner haben in mehreren Stolzräumen Stimmentzettel für den konservativen Kandidaten ausgelegt. Die Kommission mußte daher die in diesen Orten für den konservativen Kandidaten abgelegten Stimmen von dessen Stimmenzahl abscheiden. Die Berechnung ergab aber, daß der konservative Abgeordnete Ernststadt dann nicht mehr die absolute Mehrheit der Stimmen besitzt. Die Kommission erklärte daher die Wahl Ernststadt mit 8 gegen 5 Stimmen für ungültig.

Dann wurde die Nachprüfung der Wahl v. Kappenberg, Wahlkreis Ost- und West-Sternberg, vorgenommen. Der Bericht war vom Plenum in der Sitzung vom 15. Juli 1909 an die Kommission zurückgewiesen worden, weil der Aufruf für v. Kappenberg, den die Amtsvertreter des Kreises mit ihrer amtlichen Eigenschaft unterzeichnet hatten, dem Bericht nicht beigelegt war. Die Kommission kam zu dem Beschlusse, unter Aufrechterhaltung des alten, nunmehr ergänzten Berichts die Wahl des Abgeordneten Kappenberg ebenfalls für ungültig zu erklären. Im Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza hatte bekanntlich 1907 der zweimal gewählte freisinnige Abgeordnete Schäffer die Wahl abgelehnt. In der Nachwahl war dann der konservative Ernststadt gewählt worden. Das Stimmenverhältnis war in der Hauptwahl folgendes: Reichspartei 10.541, Freisinn 8117, Sozialdemokratie 8018 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt der Freisinnige 14.112, der Reichspartei 11.118 Stimmen. Bei der Nachwahl am 1. März 1907 erhielten: Konservative 11.009, Freisinn 5000, Sozialdemokratie 5610. Ernststadt war somit im ersten Wahlgange gewählt.

Ein unbesangener Zeuge.

Vor einigen Tagen führte die Kreuzzeitung bittere Klage darüber, daß die Presse der Linken und besonders der Sozialdemokratie den Titel Junter als Schelte benütze. Diese schreiende Ungerechtigkeit schlägt der Wahrheit ins Gesicht, die den den Thron umstehenden Sternenchor der Junter als Stolz des Vaterlandes erinnern müssen. Sehr zeitgemäß erinnert nun die Abwehrkette an eine Schilderung, die Gustav Freytag von den Juntens der napoleonischen Zeit gab:

Sie waren Lumpen, bei aller Rauigkeit ohne festen Nutz, sie wurden allgemein für eine Pandemie gehalten und mit Schmeißflaschen verglichen, aber sie waren bei allem hochmütige, durchaus aristokratisch gesinnte Gesellen.

Es war die Zeit, wo nach dem Urteil Freytags „die adelige Mutter ihre Tochter selbst mit Freuden in die Arme eines lieberlichen Fürsten führte, und wo der Hofmann die Gattin dem Fürsten gegen Bezahlung überließ“.

Die Wahlrechtsdemonstrationen.

Gestern abend zog in Berlin nach einer Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage ein Demonstrationzug durch die Neanderstraße, als plötzlich ein Eimer heißen Wassers aus einem Fenster auf die Demonstranten gegossen wurde, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt a. M. brachte am Dienstag eine Interpellation ein, in der der Magistrat um Auskunft ersucht wird über die Benutzung der städtischen Straßenbahnen durch die Schuhleute am letzten Sonntag. Der Oberbürgermeister lehnte es durch, daß die Interpellation vorläufig vertagt wurde, weil der Magistrat angeblich „nichts davon weiß“, daß alle Werkstätten der städtischen Straßenbahn am Sonntag mit Schuhleuten besetzt waren. Bei der Gelegenheit erklärte der freisinnige Stadtverordnete Goll, daß in Frankfurt wohl die gesamte Bürgerschaft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit empört sei über die unerhörten Brutalitäten der Frankfurter Schuhleute.

Die Montagsnummer der Darmstädter Arbeiterzeitung wurde wegen eines Artikels über die Wahlrechtsdemonstration konfisziert und 200 Exemplare beschlagnahmt. In der Redaktion wurde Haussuchung nach dem Manuskript gehalten, um den Verfasser festzustellen. Die Haussuchung war ergebnislos.

Über den Straßenkampf in Neumünster schreibt unser Kieler Parteiblatt im Gegensahe zu der uns gestern von bürgerlicher Seite zugegangenen Meldung, daß nicht 20 Schuhe, sondern nur 1 Schuh abgegeben sei. Als Schluß wird der über Nacht berühmt gewordene Herr Gutschmann, das Haupt der Polizei, genannt. Nun stürzte die gesamte Schuhmannschaft aus dem Rathause heraus und trieb die Menge über den Großflecken bis zum Kuhberg. Dabei wurde der 23 Jahre alte Arbeiter Gustav Ahrens am rechten Arm sehr schwer verletzt. Herr Dr. Kirsch legte ihm den ersten Notverband an und ließ ihn sofort ins Krankenhaus schaffen. Es wird befürchtet, daß die Amputation des Armes nötig werden wird. Ferner wurde in der Nähe der Brühnstraße der Polizist Nähler durch einen Steinwurf am Kopfe erheblich verletzt.

Konservative Terroristen.

Die konservative Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat den folgenden Antrag eingereicht:

Das Haus wolle beschließen, seine Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß wirkliche Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.

Hoffentlich währt's nicht lange.

Die preußischen Städte und die Wahlrechtsvorlage.

Wie in Berlin bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt wurde, gegen die preußische Wahlrechtsvorlage zu protestieren, so wurden gleiche Anträge auch in Charlottenburg und Schöneberg eingebracht. In Schöneberg brachte ferner die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, durch den erachtet wird, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu senden. In der Petition soll das gleiche direkt und geheime Stimmrecht aller Erwachsenen verlangt werden. Ferner soll dem Entwurf eine Neuenteilung der Landtagswahlkreise angefügt werden. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in Magde-

burg hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Stadt Magdeburg ersucht, bei dem Abgeordnetenhaus um Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts zum preußischen Landtag zu petitionieren. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Hagen beantragten desgleichen, auf die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung zu setzen: Petition an den preußischen Landtag gegen die Wahlrechtsvorlage. Der Oberbürgermeister Cuno, ein freisinniger Reichstagsabgeordneter, lehnte den Antrag kurzweg ab. Es hande sich um eine rein politische Frage, und wenn die Selbstverwaltung achtet wolle, müsse man sich hüten, die gesetzliche Grenze zu überschreiten. In der Stadtverordnetensitzung vom Montag brachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Antwort des Oberbürgermeisters zur Sprache und zeigten, daß die Stadt ein sehr hohes Interesse an der Erlangung eines vollstümlichen Wahlrechts habe. In andern Fragen sei der Oberbürgermeister nicht so engherzig gewesen, so bei dem Protest gegen § 23 des Einkommensteuergesetzes. Es nützte aber nichts. Die bürgerlichen Stadtverordneten beschlossen: Übergang zur Tagesordnung.

Mülheim-Wuppertal.

An dem Ergebnis der Wahl ist besonders erfreulich, daß unser Stimmenzuwachs, der gegen 2400 beträgt, ausschließlich auf dem Lande erzielt wurde: 1000 Stimmen in ultramontanen Domänen, der Rest in den liberalen Kreise Bummersbach. Die Industriestadt Mülheim a. Rh. hat diesmal für uns verlost, hier liegen unsere Stimmen nur von 4455 auf 4408, also nur um 43. Das Zentrum aber liegt auf 4133 oder um 510 Stimmen. Dieses Ergebnis lädt sich aus der wirtschaftlichen Krise erklären, unter der die Arbeiter am meisten zu leiden hatten. Auch die religiöse Heze, die vom Zentrum in einer Laum noch zu übertreffenden Weise betrieben wurde, kann den Stillstand erklären. Sieht man den Mülheimer Gewinn des Zentrums von seinem Gesamtgewinn ab, so ergibt sich, daß es auf dem Lande über 100 Stimmen verloren hat. Wir haben in Orten, wo wir bisher nicht so recht vorwärts kommen konnten, sprunghafte Steigerungen erreicht, während das Zentrum dort zurückging. In vielen Wahlbezirken, wo Stromleute die Zeitung hatten, waren unsere Vertrauliche schwere Körperlichen und mildlichen Beleidigungen ausgeübt. Im frommen Städchen Wuppertal wurden unsere Freunde hinausgeworfen, in einem anderen Ort holte der Kaplan den Polizeidienst herbei, damit dieser die Ausweitung vornehme. Am schlechtesten haben die Liberalen abgeschnitten. Ihnen haben die Christlichsozialen einen Teil der Stimmen abgenommen. Viele katholische Wähler von 1907 blieben diesmal zu Hause, der Rest ist zur Sozialdemokratie gekommen. Wie sich die Liberalen in der Stichwahl verhalten werden, bleibt noch abzuwarten; jedenfalls wird die Sozialdemokratie alles tun, um auch in der Stichwahl, die am 28. Februar stattfindet, in Ehren zu bestehen.

Die Würde des Lehrers.

Der Regierungspräsident zu Potsdam hat unter dem 20. Januar an die Kreisschulinspektoren eine für die Lehrer bestimmte Verfügung erlassen, in der es heißt:

Wenn es auch zu verfechten ist, daß die Regierung der Gehaltsfragen eine lebhafte Anteilnahme beansprucht, so kann es nicht die Billigung außerhalb der Lehrerschaft liegender Kreise finden, wenn zur Erreichung höherer Gehaltsätze die Mithilfe solcher Gemeindevertreter erbetet und zugesagt wurde, deren politische Stellung zu den erzielbaren und staatlichen Grundsätzen, wie sie ein Lehrer zu vertreten berufen ist, in direktem Gegensatz steht. Auch ist hier und da den Gemeindevertretern, die abweichend von der Mehrheit für höhere Entgelte gestimmt haben, der besondere Dank von Lehrervereinen ausgedehnt worden. Das ist namentlich in einer Gemeinde vorgekommen, in der eine sozialdemokratische Minderheit für höhere Gehälter gestimmt hatte, als sie von der Gemeindevertretung bewilligt wurden. Dem Ansehen und der Würde der Lehrerschaft kann mit einem beratlichen Verhalten nicht gedient sein.

Wenn aber die Junker die Lehrer mit den verschiedensten Leidenschaften bedrängen, so ist damit „dem Ansehen und der Würde der Lehrerschaft gedient“?

Berlin, 17. Februar. Die Arbeiten des Bundesrats über die Reichsversicherungsordnung sollen sich dem Abschluß nähern. Ende der Woche beginnt eine dritte Lesung in den zuständigen Ausschüssen. Das Ergebnis der Beratungen wird dann Anfang März dem Bundesrat vorgelegt werden. Es ist zu erwarten, daß bald darauf die Vorlage an den Reichstag gelangen wird. —

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Seniorennonkvent beriet heute abermals über die Einteilung der Geschäfte des Reichstags vor Ostern. Es bleiben dem Reichstage 17 Tage für die zweite Beratung des Etats. Vorgesehen sind vier Schwerinstände und für die ersten Beratungen vier Tage. Die Sitzungsfreien Tage werden sich vom 26. bis 28. Februar erstrecken. Es ist aber möglich, daß ein Schwerinstand ausfällt, weil die sozialdemokratische Interpellation über die Neuerungen des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhaus gegen das Reichstagswahlrecht auf die Tagesordnung kommen wird. Für das Reichsamt des Innern, dessen Etat am Freitag zur Beratung kommen soll, sind fünf Tage vorgesehen. Die Zahl der Beratungstage ist beschränkt worden, weil jetzt die sozialpolitischen Gesetze, Arbeitsamergesetz, Hausratgesetz, Gewerbenovelle, einen Teil des Bevölkerungsstoffs für das Reichsamt des Innern fortnehmen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsversicherungsgesetz noch eingebracht werden würde, und daß darum beim Reichsamt des Innern über diese Materie eine Debatte nicht stattfinden werde. Ferner ist das Kontrollgesetz auf die Tagesordnung zu setzen, so daß die Zeit im allgemeinen knapp bemessen ist und vielleicht Abendgesungen vorgenommen werden. Bei dieser umfangreichen Geschäftstätigkeit wurde die Notwendigkeit eines Erlasses für den kranken ersten Präsidenten besprochen und gewünscht, daß die Konservativen für ihren erkrankten Präsidenten einen Erstpräsidenten stellen sollen. Wenn die Arbeiten der Budgetkommission erfolgreicher sind, wird nach dem Reichsamt des Innern der Etat der Marine beraten, dann der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, ferner die Post und Reichsdruckerei und die weiteren kleinen Etats.

Die Wahlrechtsinterpellation der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten lautet:

Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistet ist,

gemeine gleiche geheime Wahlrecht herabzusehen und zu bedrohen geeignet sind?

Die schwere Strafe. Wie der Kölnischen Zeitung aus Bonn gemeldet wird, ist durch einstimmigen Beschluß des Akademischen Senats die Mitte November verhängte Suspension des Corps Borussia mit dem 28. Februar aufgehoben worden.

Der Kampf um die Elberfelder Stadthalle. Die Elberfelder Stadtverordnetenversammlung hatte am Dienstag nochmals zu entscheiden über die Frage, ob der sozialdemokratischen Partei die Stadthalle zu Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll, da der Oberbürgermeister Einspruch gegen den ersten, die Frage behandelnden Beschluß erhoben hatte. Mit allen gegen 4 Stimmen hielt die Stadtverordnetenversammlung ihren ersten Beschluß aufrecht. Nun soll die Entscheidung des Bezirkshauses und eventuell des Oberverwaltungsgerichts herbeiführt werden.

Frankreich.

Eine französische Niederlage in Zentralafrika.

Paris, 10. Februar. Gestern abend ist im Kolonialamt die Nachricht eingetroffen, daß am 4. Januar eine französische Kompanie in Wadi in einem Hinterhalt gelockt worden ist, der von Einwohnern gelegt war. Die Franzosen verloren einen Hauptmann, zwei Leutnants, zwei europäische und zwei eingeborene Sergeanten, sechs eingeborene Korporale und 102 eingeborene Soldaten. Das Gefecht fand bei Ubeataoul im Gebiet von Majastil unweit von Abeshr statt. Im Juli v. J. hatten die französischen Truppen in Abeshr, der Hauptstadt des Gebietes, ihren Einzug gehalten. Das Gebiet ist durch Abkommen zwischen Frankreich und England der französischen Einflusszone eingeschlossen worden. Seit dem Jahre 1904 hatten die Franzosen zahlreiche Gefechte mit den Truppen des Sultanat Daudnah.

Rußland.

Das verschleierte Gesetz.

Petersburg, 10. Februar. Entgegen dem Voranschlag des Finanzministers, der das Budgetdefizit auf 84 Millionen Rubel berechnet, hat die Budgetkommission der Reichsratsduma die Bilanz des Reichsbudgets ohne Defizit mit 2578 927 283 Rubel festgestellt.

Bei dem sattsam bekannten Stand der russischen Finanzen kann es sich natürlich nur um ein Schwundmandat bei der Zusammensetzung der Budgetpositionen handeln. Neu ist es nur, daß die Duma der Baronsataten mehr in diesen Verdummungskünsten zu tun weiß, als die Minister des Zaren.

Korruption.

Petersburg, 17. Februar. Entgegen dem Voranschlag des Finanzministers, der das Budgetdefizit auf 84 Millionen Rubel berechnet, hat die Budgetkommission der Reichsratsduma die Bilanz des Reichsbudgets ohne Defizit mit 2578 927 283 Rubel festgestellt.

Petersburg, 17. Februar. Der von der Regierung eingesehene Spezialrevisor, Senator Burzew, starrt plötzlich eines mysteriösen Todes. Es besteht der Verdacht, daß Burzew vergiftet worden ist.

Griechenland.

Zur Lage in Athen.

Konstantinopel, 17. Februar. Hier eingetroffene amtliche Nachrichten bezüglich die Lage in Athen als äußerst ernst. Es muß ständig mit dem Ausbruch eines Bürgerkrieges gerechnet werden, durch den eventuell auch die Dynastie bedroht ist. Die Spannung zwischen der Militärliga und der Marine verschärft sich immer mehr.

Militärbund und Marine.

London, 17. Februar. Die Times meldet aus Athen: Die Haltung, welche die Marine in gewissen Eventualitäten eingenommen könnte, bildet augenblicklich den Gegenstand lebhafter Erörterungen innerhalb der Militärliga. Es ist die Rede davon gewesen, die Kriegsschiffe zu darmarmen und die Schiffe über vorliegende Häfen zu vertreiben. Undersets heißt es, daß ein Teil der Torpedobootsflotte nach der Insel Melos entlanden werden soll. Ferner haben mehrere Torpedoboote bereits vom Marineminister Befehl erhalten, Granaten und sonstige Kriegsmunition auf der Insel Eros bei Salamis auszuladen. Die Befragung der Schiffe hat nur widerwillig diesem Befehl gehorcht, und der Marineminister mußte persönlich intervenieren.

Handelskriege.

Frankfurt, 17. Februar. Die Frankfurter Zeitung meldet von einer Verschärfung der Athener Handelskriege. In der vorigen Woche hätten 107 und in der laufenden Woche bereits 101 Kaufleute in Athen und am Piräus Konkurs angemeldet.

Türkei.

Die Herrschaft des Galgens.

Saloniki, 18. Februar. Der zum Tode verurteilte bulgarische Bandenführer Dinga ist in Seres öffentlich durch den Strang hingerichtet worden, zwölf zu lebenslanger Strafe verurteilte Bulgaren wurden nach Kleinasien verschickt.

So lösen die Jungtürken die Nationalitätenfrage in Mozedonien. Sie werden wohl es selber wissen, daß die Diktatur des Säbels und die Herrschaft des Galgens kein Mittel der Ruhestellung Mozedoniens ist.

China.

Eisenbahnsachen in der Mandchurie.

Peking, 18. Februar. Die japanische Regierung hat die Chinesen davon in Kenntnis gesetzt, daß sie gegen den Bau der Eisenbahn von Tschintschou nach Lüguan nichts einzubringen habe, falls Japan am Bau, an der Finanzierung und der Materiallieferung für die Bahn beteiligt werde und das Recht erhalte, japanische Ingenieure für den Bauhau zu ernennen. Die Einzelheiten über die Beteiligung Japans sollen nach Japans Vorschlag in näheren Besprechungen mit der chinesischen Regierung festgestellt werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Bergarbeiterdeputation beim Minister des Innern.

Auf der letzten Landeskongress der Bergarbeiter Sachsen wurde eine Deputation gemahlt, die noch einmal der Regierung die Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter vortrugen sollte, wegen der geradezu zum System gewordenen Entlassungen von Arbeiternvertretern. Die Deputation wurde am 12. Februar vom Herrn Minister v. Blyßheim unter Begleitung von noch drei weiteren Herren empfangen und bestand aus den Bergarbeitern Althülsch, Höhndorf, Philipp-Gersdorf, Wappeler-Planitz und dem Landtagsabgeordneten Krause-Lugau. Wenn nun auch die Deputation nicht allzuviel Hoffnungen mit in das Ministerialgebäude am Königswasser brachte, so hat sie sich jedoch von den Gedanken leiten lassen, daß die Regierung eine gewisse Pflicht hat, den Schwächen vor den Übergriffen des Stärkeren zu schützen, um so mehr, wenn es sich um Entlassung von Arbeiternvertretern handelt, die es sich zur Pflicht gemacht haben, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu beobachten und für die Arbeiter nutzbar anzuwenden. Zu dieser Auffassung ist die Deputation durch die Regierungs-erklärungen bitter enttäuscht worden. Man erklärt ruhig, daß es doch unmöglich sei, den Unternehmern zu verbieten,

Arbeiter zu entlassen, die ihnen als möglichst bekannt seien ebenso wie es sich die Arbeiter nicht gefallen lassen würden wenn man ihnen das Streiken verbieten wollte. Diese Auffassung der Regierung wurde von der Deputation als irrig bezeichnet, da es sich nicht um die Entlassung der Arbeiter im allgemeinen, sondern um gesetzlich gemahnte Arbeiterversetzer handelt. Es wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß deswegen gegen den Vorsitzenden der Knappischaftrankenkasse in Geroldsdorf, Direktor Kreisel, Beschwerde geführt werden mußte, ebenso gegen Herrn Pfeilsticker von Vereinigsfeld. Die Handlungswise des Herrn Pfeilsticker wurde auch von der Regierung als nicht angemessen, und zwar vom rein menschlichen Standpunkt aus, aber, erklärte der Herr Minister: „Wir haben keine Wach und auch kein Recht, das zu verbieten.“ Man empfahl der Deputation, zur Selbsthilfe zu greifen und die Oeffentlichkeit zu gewinnen versuchen, sowie auch im Landtag dahin zu wirken, daß durch gesetzliche Bestimmungen die vorgebrachten Wünsche erfüllt werden. Nicht eigentlich mußte die Bemerkung eines der Herren berücksichtigen, daß die Mitglieder der Deputation ihm als sehr ruhige und sachlich diskutierende Männer erschienen seien. Verwundert meinten er, daß, wenn man auch den Arbeitgebern gegenüber so aufräte, man mit diesen doch auch auskommen könne. Man scheint in den Kreisen anzunehmen, daß die Arbeiter mit den Arbeitgebern gar nicht ruhig und sachlich diskutieren. Besonderes Gewicht legte man auf die abgeholte Belegschaftsversammlung, wo außer einigen Werkbeamten auch der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes anwesend war. Als aber Krause erklärte, daß er im Interesse des Friedens den Saal mit den Beamten verlassen habe, und daß selbst die anwesenden Bergarbeiter Knappen das Vorgehen der Arbeiterversetzer gutgeheben haben, da mußte auch die Regierung sich überzeugen, daß die Entlassenen im Interesse der gesamten Belegschaft gehandelt hatten. Nur Herr Pfeilsticker war es, der dem Willen der gesamten Belegschaft seinen eigenen entgegenseitig und die Entscheidung aussprach. Wie die Regierung über die Handlungswise und Pflichten des Grubendirektoren denkt, bewies einer der Herren, indem er auf die große Verantwortlichkeit ausmerksam machte, die ein solcher Mann trage, wenn Hunderte oder Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Der Herr sagte wörtlich: „Wenn das Jahr herum ist, fragen die Aktionäre, wo ist das, was wir tragen?“ Man bewußt also die Tätigkeit eines Grubendirektors nur nach der Höhe der Dividende, andre Pflichten schenken die Herren nicht zu kennen. Die Deputation, welche die Ehre hatte, stehen zu ihrer Verteidigung zu erscheinen, hat die Überzeugung bekommen, daß nach dieser Richtung von der Regierung nichts zu erwarten ist und daß die Bergarbeiter zur energetischen Selbsthilfe greifen müssen, wenn sich derartige nichtzuverläßige Maßregeln nicht noch öfters wiederholen sollen.

Wenige Minuten später erklärte, daß man versuchen wolle, vorbehaltlos einzutreten, um die Entlassung der Entlassenen herbeizuführen, so wird ein solcher Versuch kaum etwas nützen, denn die probilen Grubenbesitzer kennen die Schwäche der Regierung nur zu gut. Es wird sich noch Gelegenheit genug bieten, daß die Geboren dieser allmächtigen Grubendirektoren zu brandmarken. Auch die Regierung wird klipp und klar erklären müssen, ob sie bereit ist, für die strengste Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen von Seiten der Werkverwaltungen Sorge zu tragen, oder ob das Grubendirektorat auf alles das pflecken kann, in dem Sinn kommen wird, ihm wegen der Bergarbeiter zu nahe zu treten.

Streit um einen Elbbrückenübergang.

Ein bemerkenswerter Rechtsstreit des Staatsfiskus gegen die Stadtgemeinde Meißen wurde vor der Kreishauptmannschaft Dresden als Verwaltungsgericht zum Ausdruck gebracht. Als die Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Kompanie seiner Zeit den Bahnhof in Meißen-Töppl baute, hatte die Meißner Einwohnerchaft Wünsche auf eine bessere Verbindung der Stadt mit dem Bahnhof gehabt. Man verlangte entweder die Errichtung einer Haltestelle am andern Elbufer (Stadtseite) oder einen Brücke von 4000 Tafeln zur Verbreiterung der Bahnhofstraße oder aber die Schaffung eines Fußweges über die Eisenbahnbrücke. Die Kompanie entschloß sich zu letzterem als dem ihrer Ansicht nach am billigsten und geeigneten Wege, den Wünsche der Stadtgemeinde Meißner zu erfüllen, um so mehr, als die Brücke breit genug angelegt war, da sie bei Steigerung des Zugverkehrs später ein zweites Gleis aufnehmen sollte. Es wurde im November 1860 öffentlich bekannt gemacht, daß der Fußweg über die Eisenbahnbrücke ver sucht sei für den öffentlichen Verkehr freigegeben werde. Der fragliche Fußweg ist seitdem ständig und allgemein von jedermann ungehindert begangen worden; während die Kompanie und später als Rechtsnachfolgerin die Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen die Unterhaltung und Beleuchtung des Fußweges übernahm, wurde die Polizeigewalt von der Stadtgemeinde Meißen ausgelöst. Machtet sich eine Ausdehnung des Weges notwendig, so wurde die Brücke vom Stadtrat auf Antrag der Bahnverwaltung für die Dauer der Arbeiten gesperrt. So wurde der Fußweg über die Eisenbahnbrücke allgemein als ein öffentlicher Weg betrachtet. Das Erstaunen war deshalb nicht gering, als eines Tages die Generaldirektion den Fußweg einzeln wollte, weil der Platz für die Einlegung des zweiten Gleises gebraucht wird. Da sich die Stadtgemeinde das nicht gefallen ließ, kam es zum Prozeß. Die Stadt klagte auf Anerkennung der Oeffentlichkeit des Weges und stellte letztere nicht nur auf die Widmung, sondern auch auf die Errichtung. Ob nämlich ein Weg mit Einverständnis des Eigentümers — und ist es auch nur ein stillschweigend — mindestens 30 Jahre lang ununterbrochen und ungehindert von jedermann zu jeder Zeit benutzt worden, so hat er nach dem Gesetz die Eigenschaft eines öffentlichen erlangt. Die Stadt verweist darauf, daß die Kompanie eine dauernde und bequeme Verbindung zwischen Stadt und Bahnhof habe schaffen wollen, was auch dadurch zum Ausdruck gekommen sei, daß die hölzerne Gangstreppe zur Brücke durch eine steinerne ersetzt wurde. Das Wort „stillschweigend“ in der Bekanntmachung habe nur die Bedeutung gehabt, daß, falls der Fußweg die Wünsche der Meißner Einwohnerchaft nicht befriedigen sollte, die Kompanie sich eine andere Regelung der Sache vorbehalten wollte. Die Generaldirektion steht dagegen auf dem Standpunkt, daß der Fußweg nur verschwiegene zugelassen werden sollte, nämlich so lange, bis der Platz für das zweite Gleis gebraucht würde. Der Wille, ihn dauernd benutzen zu lassen, müßte ausdrücklich festgelegt oder doch stillschweigend zu erkennen gegeben werden. Sonderte es sich um einen öffentlichen Weg, hätte ihn auch die Stadtgemeinde unterhalten müssen. Lebzigens sei zwischen Ja auch in Meißen-Töppl eine Haltestelle errichtet worden.

Das Gericht entschied zugunsten der Stadtgemeinde, indem es den Weg als einen öffentlichen erklärte und dem Fiskus die Prozeßkosten auferlegte. In der Bekanntmachung wurde u. a. aufgeführt, daß Gericht habe nicht die Ausdehnung des Fiskus zu teilen vermögen. „Verfügungswise“ sei nicht gleichbedeutend mit „bis auf weiteres“ oder „bis auf Widerruf“. Eine Behörde müsse in der Wahl der Worte vorstellig sein und sei es zweifellos auch hier gewesen. Sie habe sich nur ein Eingreifen sichern wollen, wenn es die Verhältnisse erforderten. Dazu sei es aber nicht gekommen, und somit sei der vorläufige Zustand endgültig geworden. Wenn der Stadtrat von seinen Maßnahmen jedesmal die Bahnverwaltung in Kenntnis setzte, so sei dies nur ein Entgegenkommen gewesen, weiter nichts. Aber abgesehen von der Absicht, die damals bei der Freigabe des Fußweges bestanden haben mag, liege jetzt zweifellos eine Erstzung des Weges vor. Der Staatsfiskus ist da wieder einmal schön aufgeflogen!

Aussätzige Haushalter.

Die Wohnungsausordnung der Stadt Chemnitz liegt den dortigen Haushaltern schwer im Magen. Wo noch ihnen Gelegenheit blieb, verluden sie, dagegen Sturm zu laufen. Früher drückten die Behörden nicht nur ein, sondern beide Arzneien zu und ließen die Herren Haushalter ruhig gewähren, wenn sie Kammeren und andre Räume vermieteten, die nach der Bauordnung vom Jahre 1885 weder zu Wohn-, noch zu Schlafzwecken verwendet werden durften. Seit Einführung der Wohnungsausordnung kontrollieren die Wohnungspolizei, und nun müssen die Räume, die mißbräuchlich 25 Jahre benutzt wurden und gute Mieter abgeworfen haben, leergestellt werden. Da ist es wiederholt vorgekommen, daß Haushalter in der Hoffnung, daß eine Nachkontrolle nicht stattfinden würde, die Benutzung entzogenen Räumen wieder vermietet haben. Um solchen Übergriffen vorzubringen, hatte der Rat dem Stadtverordnetenkollegium eine Polizeiverordnung zur Begutachtung vorgelegt, nach der die Benutzung entzogenen Räume durch Schilder kennlich gemacht und so eine Kontrolle durch die Mieter herbeigeführt werden sollte. Da gingen die Herren aber in die Höhe! Sie hielten an, daß es ihnen nicht möglich sei, der Verordnung zu folgen, da unbeschreibbar sei; sonst nenne man sie die festesten Stützen von Thron und Altar und von den Behörden würden diese Stützen untergraben, die Behörden sagten selbst den Amt ab, worauf sie flossen. Der Vorsitzende des Haushaltervereins, Stadt. Matthes, beantragte eine Ausprache über die Polizeiverordnung. Das geschah denn auch mit Hilfe von Stadtverordneten, die Mieter sind und sich so vor den Karren des Haushalters spannen. Einen praktischen Wert hat dieses Abstimmungsergebnis nicht, der Rat wird nicht gehindert, die Verfügung anzuwenden.

Dresden. Rechtsanwalt Dr. Thiele erläutert folgende Bekanntmachung: Ueber Herrn Balltimmels Berger ist durch eine Anzahl Zeitungen die Nachricht verbreitet worden, daß der selbe Dresden verlassen habe und daß der Prozeß gegen die Dresdner Mundschau in Sache verlaufen werde. Im Hinblick hierauf gebe ich im Auftrage des Herrn Balltimmels Berger, den ich vertrete, bekannt, daß diese Nachricht vollständig aus der Luft gegriffen ist. — Dann wird ja also der Prozeß gegen die Mundschau gelingen, was an den gegen Berger erhobenen Beschuldigungen ist.

Bad Elster. Die Direktion des dem Staatsfiskus gehörigen Bades hat unter der Voraussetzung, daß der jetzt laufende Landtag seine Einwilligung erteilt, die in Mühlhausen gelegene Getreidemühle mit sämtlichen Grundstücken läufig erworben, und zwar zur Gewinnung der vorhandenen Wasserkraft, die zum elektrischen Betriebe der Badeanstalt zur Verwendung kommen soll. Der Preis soll 70 000 M. betragen.

Alte Nachrichten aus dem Lande. In der Abwesenheit der Eltern erlangten in Plauen die Kinder des Schlossers Kiehl in der Althe Strehölzer und spielten damit. Dabei fingen die Kleider des fünfjährigen Töchterchens Feuer. Den erschrockenen Brandwunden erlag das arme Geschöpf nach wenigen Stunden im Krankenhaus. — Ein erst 12-jähriger Schulknabe in Grimmaisch, der lärmlich in einem Schrebergarten mit mehreren Knaben einen Liebstahl ausführte, hat sich in der Nacht zum Dienstag eines neuen schweren Liebstahls schuldig gemacht. Er ließ sich in das Gesäß eines Bäckermeisters einschießen, gerangt dann nach Eindringen einer Feuersteinscheibe in die Wohnung und entwendete dort die Tagesfalle in Höhe von etwa 25 Pfund. Auf demselben Wege stellte der junge Einbrecher zurück und begab sich wieder in sein Versteck, wo er dann später schlafend aufgefunden und arretiert wurde. Das Geld hatte der Junge in den Handschuhen verstaut. — Eine schwere Verleugnung des Oberförsters erlitt im höchsten 1. Schacht des Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauvereins des Händlers Meinhard Kröber durch plötzliches Herausbrechen von Gesteinsmassen. — Der 82-Jahre-alte Turner der Mittweidaer Stadtlichter, der Weber Schedel, hat seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. — Ein in Löbau wohnender frischer Krankenkontrolleur suchte sich auf der Dorfstraße in Briesnitz mit Oxyd zu vergiften. Er wurde dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt. — In Zugau brachen die 10 und 11 Jahre alten Bergarbeiterjähne Weibel und Uhlig auf einem Teiche durchs Eis und ertranken.

Hus den Nachbargebieten.

Vom guten Major der Kirche.

Im Herzogtum Sachsen-Meiningen hat im letzten Jahre die Bewegung zugunsten des Austrittes aus der Landeskirche aufgenommen. Das ist der Geistlichkeit des Landes gewaltig in die Krone gefahren und sie beantragt beim Landtag jetzt zu dem Gesetz betreffend die Kirchengemeindelosung folgendes hinzuzufügen: „Der evangelische Teil einer gemischten Ehe ist mit der Hälfte des der Kirchlichen Besteuerung zugrunde liegenden Steuerlastes, zu dem der Chemnitz veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. Soweit die Chefrau zu Stadts-

steuern selbstständig veranlagt ist, ist der evangelische Teil nach Maßgabe seiner Veranlagung zur Kirchensteuer heranzuziehen.“ In der Begründung heißt es, daß eine Ehe auch als gemischt anzusehen ist, wenn der Mann aus der Landeskirche ausgetreten und Dissident ist. Bissher galt in Sachsen-Meiningen der Grundsatz, daß nach dem Einkommen die Kirchensteuer zu zahlen ist. Da nun in der Regel das Einkommen des Mannes in Betracht kam, ging die Kirche leer aus, wenn der Mann aus der Landeskirche austrat. Um nun der Kirche die Steuern zu retten, soll in Zukunft, wenn der Mann aus der Kirche ausgetreten ist, die Frau zur Hälfte des Einkommens des Mannes die Kirchensteuer bezahlen. Man will dadurch offensichtlich dem Austritt aus der Landeskirche entgegentreten. Nach der heutigen Zusammensetzung des Landtages ist allerdings nicht zu erwarten, daß die unerhörte Zustimmung der Geistlichkeit Gelehrt wird.

Aus Sachsen-Weimar. Der Führer des Bundes der Landwirte im Kreise Ilmenau-Krifts, ein treuer Schildknappe und Gefolgsmann des agrarisch-antisemitischen Abgeordneten Lehmann-Gronewald, der frühere weimarer Landtagsabgeordnete Rittergutsbesitzer Almer aus Wengenaua, neuerdings genannt „v. Abendroth“, predigt in einer Vertreternsversammlung des Bundes der Landwirte in Krifts die ungeheuren Vorfälle seiner (der konservativen) Partei und erklärte geschmackvoll: „Für alle übrigen Parteien habe er nichts mehr übrig als Messer und Strick!“ Da ist die Methode des Herrn v. Oldenburg, der mit einem Leutnant und zehn Männern den Reichstag nach Hause treiben möchte, ja noch harmlos gegenüber den Mitteln, die Held Almer v. Abendroth gegen die nichtkonservativen Parteien und Volksvertreter in Anwendung bringen will! Altmahr, auch Herr v. Abendroth zeigt sich der preußischen Gunter äußerst witzig.

jungen Leuten zu halten. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, ob er vielleicht von jemanden beeinflußt worden sei, was er aber verneint. — Auf den Gendarmen Schmidt und Wippra hat das Verhältnis Kazmarek den umgekehrten Eindruck gemacht. — Bergmann Wölfe aus Arnstadt, der beim letzten Prozeß als Zeuge wider Göller austrat, hat geschenkt, daß mit Sand, Steinen und Pferdemist geworfen wurde. — Der Zeuge Albert Thiele sollte vereidigt werden, als aber ein Zeuge erfuhr, Thiele habe mitgekreist,

wird von der Vereidigung abgesehen.

Zeuge kann nichts Wesentliches beklagen. — Polizei- und Wölfe aus Großröhrn schildert den Vorgang vom 21. Oktober. Er belastet den Angeklagten Regel erheblich. Wölfe habe gesagt, Regel sollte doch zurückbleiben, aber ihm (Wölfe) sei augenscheinlich worden: Du hast hier keine Rummel. Auch sei er von Regel vor der Brust gestoßen, getreten und schwer beleidigt worden; Faulenzer, Bagabund, Stromer sei er genannt worden. Auch beim Weitergehen sei er mehrmals getreten worden, und als er sich umdrehte, stand jedesmal Regel hinter ihm. — Wachtmeister Ernst aus Burgdörn bestätigt die Angaben Wölfers, wie Regel sich von Wölfer befreite, habe er gleichfalls geschenkt, auch einige Beleidigungen habe er mit angehört. — Angell Regel steht an Wölfer die Anfrage, warum der Strafantrag so spät gestellt worden sei. — Zeuge Ebdike hat Regel am 21. Oktober gesehen, wie er von dem Polizisten Wölfer II abgeschafft wurde und weiß genau, daß Wölfer den Regel gepackt hatte. — Zeuge Hermann Lisch: Regel habe ihm erzählt, daß der Polizist Wölfer ihm das Hemd zerissen hat. Der Zeuge wird nachträglich vereidigt und entlassen. — Wachtmeister Ernst tritt vor und wundert sich, daß der Zeuge Ebdike den Vorfall mit Wölfer genau beobachtet haben könnte; die Strafe sei 20 Meter breit. Auch Wölfer und Winkelmann treten vor, um das Zeugnis Ebdikes zu erschüttern. — Zeuge Palm sah, wie Wölfer dem Regel das Hemd zerriß. Er hat nicht gesehen, daß Regel den Wölfer gelöscht oder getreten hat, auch hat er nichts von Beleidigung gehört und nicht gesehen, daß Wölfer etwa 20 mal von hinten getreten worden sei. — Zeuge August Wölfer hat gesehen, daß Wölfer den Regel ins Genick gefaßt und herumgeschleudert hat. Er sei seitwärts hinter dem Polizisten gegangen, und hat nichts vom Treten gesehen. — Der Handelsmann Karl Sander befand sich am 21. Oktober unter den Streikenden. Er schildert den Vorfall mit Regel wie die beiden vorigen Zeugen. Auf Antrag des Staatsanwalts wird aber das Urteil gegen Sander verlesen, das am 20. November die Eisleber Strafammer gegen ihn stellte. Er verbüßt zurzeit die ihm aufgelegte Strafe von vier Monaten Gefängnis, weil er am 20. Oktober zum Widerstand gegen die Beamten aufgefordert haben soll. Der Zeuge wird nicht vereidigt, da er der Teilnahme dringend verdächtig ist. — Thomas war auch im Zuge der Arbeitswilligen. Ihm sei auf den Kopf geschlagen worden; er weiß aber nicht, wer es war. Er habe Bieler vor dem Reichstag gesehen, wie er neben dem Zuge ging und schimpfte. Der hat sei dem Zeugen weggenommen worden. — Zeuge Alsbame will mit einem Stein geworfen sein. — Franz Matthes ist mit seinem Sohne im Zuge der Arbeitswilligen gewesen. Er sei von Bieler getreten und auch mit der Faust geschlagen worden. Auch habe Bieler „Du verfluchter Polack, kannst Du nicht zu Hause bleiben“, gerufen. — Louis Schmidt ist mit Bieler vor Husarenreitherr Hause zusammengetroffen und hat gesagt: „Gott euch morgen nicht auf den Schach, sonst renne ich Euch das Messer in den Bauch.“ Zeuge ist zwei Tage nicht auf den Schach gegangen wegen der allgemeinen Aufruhr. — Zeuge Ebdike hat am 21. Oktober den angeklagten Brühlahn am Kaiserhof gesehen. Dieser kam vom Trottoir und der Zeuge befand einen Stoß, kann es aber nicht genau sagen, ob der Stoß von Brühlahn erfolgt ist. Zeuge Wilhelm Brunnen beschuldigt Brühlahn, in der Nähe von Giebelhausen von Brühlahn getötet worden zu sein. — Zeuge Wallhau wurde vereidigt, obwohl er auch Streikender war. Er soll gegen den Angeklagten Bieler ausgelöscht, weiß jedoch nichts davon, daß Bieler im Gasthaus von Höfer in Burgdörn sich als Haupt der Karabineraffäre bezeichnet habe.

Hiermit ist die Beweisannahme geschlossen, und der Vorsitzende erklärt, daß das Gericht beschlossen habe, die noch nicht vereidigten Zeugen nicht zu vereidigen wegen Verdachts der Teilnahme. Die Zeugen Schumacher, Radau, Erdmenger, sowie die Frauen Jahn, Burgau und Kaiser werden entlassen.

Der Vorsitzende verliest die Schlußfragen, die den Gezworenen noch schriftlich zugehen werden. Sie lauten: 1. Sind die Angeklagten schuldig, am 21. Oktober an einer öffentlichen Zusammenrottung von der Kupferhammerhütte bis nach Hettstädt hinein teilgenommen zu haben? 2. Im Bejahungsfalle, sind die Angeklagten schuldig, mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten begangen zu haben? 3. Sind mildernde Umstände vorhanden? Die Verleidiger stellen eine Reihe Hilfsfragen.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Mittwoch vor-

mittag 9½ Uhr fortgesetzt.



Ausklarstelle: Grimmischer Steinweg 11, 11. Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag (v. 10-12 Uhr) erteilt ehelichen und unehelichen Müttern Rat und gibt in geeigneten Fällen Unterstützung. [29321]

ff. Zigarren
Zigaretten und Tabake
preiswert bei (2808)
H. Richter, LI., Angerstr. 43.

Schuhwaren-Haus
und Reparaturwerkstätte
Rich. Rumler, L.-Lindenau, Josephstr. 43.

Die taktischen Differenzen
in der
Arbeiterbewegung

Bon dem bekannten Partei-schriftsteller Ant. Pannokosk 182 Seiten stark, gut brosch. Preis 50 Pf.

Leipziger Buchdruckerei
Utlengesellschaft
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 10/21 und deren Filialen.

Martin Andersen-Negöß
beliebte Erzählungen sind gebunden zu sehr billigen Preisen zu haben:

Bornholmer Novellen
statt 3 Mr. nur 1 Mr.
Sühne gebunden nur 75 Pf.
Leipziger Buchdruckerei
A. G.
Abteilung Buchhandlung.

Dritter Verhandlungstag.

Das Urteil.

Staatsanwaltshofrat A. Sieben hielt auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme die Anklage wegen qualifizierten Landfriedensbruchs gegen zehn Angeklagte und wegen einsachen Landfriedensbruchs gegen zwei Angeklagte in vollem Umfang aufrecht, beantragte aber für sämtliche Angeklagten die Abüßung mildernder Umstände. Er wies in der Begründung seiner Anträge darauf hin, daß die Angeklagten entweder gar nicht oder nur wenig vorbestraft seien, ferner aber darauf, daß es zu den schlimmsten Ausschreitungen noch nicht gekommen und daß Blut noch nicht geslossen sei.

Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg (Magdeburg) gab namens der Verteidigung gleichfalls seinem Bedauern über die deutstiedter Vor kommunistische Ausdruck, sprach aber auch sein Bedauern darüber aus, daß es zu dem Mansfelder Streik mangels jeden sozialen Gerechtigkeitsgefühls auf Seiten der Mansfelder Gewerkschaft überhaupt kommen konnte. Die Verteidiger A. L. Landsberg sowie R. A. Wolfgang Heine (Berlin) und R. A. Dr. Müller (Halle) leugneten die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs für die Vorgänge vom Gewerkschaftsbahnhof bis zum Markt in Hettstedt. Bei den Vorgängen auf dem Markt in Hettstedt selbst hätten sich die Angeklagten aber nicht strafbar gemacht.

Den Geschworenen lagen

fast hundert Schuldfragen

zur Beantwortung vor. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen bei den angeklagten Vergleuten Schneider, Schröder, Schüsse und Einzel, befahlen aber bei den anderen Angeklagten die gestellten Schuldfragen: als Gewalttäter am Landfriedensbruch sich beteiligt zu haben.

Das Gericht verurteilte daraufhin

wegen einsachen Landfriedensbruchs

unter Abüßung mildernder Umstände und wegen zahlreicher Nebenvergehen die Hauptangestellten Höhse zu einem Jahr Gefängnis und Regel zu einem Jahr einen Monat Gefängnis. Von den übrigen Angeklagten erhielten Bergmann, Maretzke neun Monate Gefängnis, Schäfer gleichfalls neun Monate Gefängnis, Häuer, Kaege, acht Monate Gefängnis, Bergmann, Bieler, zehn Monate Gefängnis, Bergmann, Brüggen, sieben Monate Gefängnis und Fabrikarbeiterin Frau Müller sechs Monate Gefängnis.

Die Vergleuten Schneider, Schröder, Schüsse und Einzel wurden freigesprochen. Die erlitte Unter suchungshaft wurde bei den Angeklagten voll in Anerkennung gebracht. Das Gericht folgte bei allen Angeklagten den Anträgen des Staatsanwalts. Bei der Aburteilung der Strafe berücksichtigte das Gericht, daß die Angeklagten sehr erkennt und gereizt waren, und daß sie nach Ansicht des Gerichtshofes die Verschärfungen waren! Sie waren „ausgehebelt“ gegen die Arbeitswilligen und müssen leider dagegen blühen, daß sie sich zu strafbaren Handlungen haben verleiten lassen. Die bestehenden Haftbefehle wurden aufgehoben.

Cheatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag, den 17. Februar: 4. Abonnement-Vorstellung (2. Serie, rot):

Zum ersten Male:

Strandkinder.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Regie: Oberregisseur Walmonica.

Der Komitor von Dr. Walter

Georg Bünteborn Dr. Walter

Heimering, Antuse Dr. Walter

John Dr. Walter

Gommer Dr. Walter

Oppermann Dr. Walter

mecklin Leute Dr. Walter

Antuse Dr. Walter

Walter Deobat Dr. Walter

Bürgel, Salzwedel Dr. Walter

todes Dr. Walter

Geppor, ein alter Arzt Dr. Walter

meide Dr. Walter

Leben Dr. Walter

Widet Dr. Walter

Strand Dr. Walter

Widet Dr. Walter

Groß Dr. Walter

Gottliebe Dr. Walter

Widet Dr. Walter

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Februar.

Geschichtsalender. 17. Februar 1827: Der Pädagog Johann Heinrich Pestalozzi in Brugg (Argau) gestorben (* 1746). 1858: Der Dichter Heinrich Heine in Paris gestorben (* 1797). 1875: Der Astronom Friedrich Wilhelm August Argelander in Bonn gestorben (* 1799). 1909: Dresden: Richter verhängen über Wahlrechtsdemonstranten hohe Gefängnisstrafen.

Sonnenausgang: 7,18, Sonnenuntergang: 5,18.
Monduntergang: 2,3 vorm., Mondaufgang: 10,30 vorm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Februar.
Südwestwinde, Zunahme der Bewölkung, Temperatur wenig geändert, noch vorwiegend trocken.

Kinderlesehallen.

Mitte der neunziger Jahre setzte eine lebhafte Bewegung ein, die sich die Gründung von Bücher- und Lesehallen zur Aufgabe gemacht hatte. Diese Bewegung hat noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht. Wohl sind in einer Reihe großer Städte, teils aus Gemeindemitteln, teils durch das selbständige Vorgehen von Arbeitervereinen, Bildungsvereinen oder Privaten leistungsfähige, mit Lesehallen verbundene Volksbildungseinrichtungen entstanden, dazu bestimmt, allen Bürgern ohne Unterschied des Standes und des Berufes zu dienen; aber viel bleibt noch zu tun übrig.

Mit den Volkslesehallen für Erwachsene sind ausgedehnte Erfahrungen gemacht. Gewiß ist es richtig, daß die Lektüre guter Bücher und Zeitschriften am besten und förderlichsten ist, wenn sie innerhalb der eignen vier Wände, am traulichen Familienscheine erfolgt. Aber den fiktionalen Imperativ: Lese daheim! zu erfüllen, ist bei dem bekannten Wohnungselend der minderbemittelten Bevölkerung, besonders in den Industriestädten, nur gar zu oft unmöglich. Darum sind die Lesehallen gegründet worden, die meist mit einer Fülle von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ausgestattet sind und die Lektüre in behaglichen Räumen und ruhiger Umgebung gestatten.

Sind solche öffentliche Lesehallen für die Schwachen der unbemittelten Volkskreise schon seit längeren Jahren als eine unbedingte Notwendigkeit der kommunalen Volkswohlfahrtspflege anerkannt worden, so hat man in Deutschland bisher noch fast gar nicht daran gedacht, auch für unsre Proletarierjugend ähnliche Einrichtungen zu schaffen, die für sie noch viel dringlicher sind als für die Erwachsenen. Gerade in dem gegenwärtig immer entschiedener werdenden Kampfe gegen die Schmutz- und Schundliteratur können diese Kinderlesehallen eine sehr villokmene Waffe werden. Denn damit, daß man die Eltern und die Kinder immer nur mit schönen Worten vor den Schundbüchern warnt, ist nichts getan. Wir müssen den Kindern bessere geistige Kraft zum Erholen und dazu können die Kinderlesehallen vortreffliche Dienste leisten. Bald wird man erfahren können, wie gern unsre Jugend in die gemütliche Kinderlesehalle kommt, um ihren Leidenschaften zu befriedigen. Denn zu Hause ist ja nur selten Gelegenheit zu ruhigem Genuss eines Buches. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in den Arbeiterfamilien bringen es mit sich, daß entweder an Licht gespart werden muß, oder daß eine große Anzahl lärmender Kleiner in einem engen, schlecht gelüfteten Raum zusammengepfercht wird. Wie gern aber gingen sie in die Kinderlesehallen mit ihren freundlichen hellen Räumen, wo ihnen wirklich gute Bücher zu behaglichem Genusse dargeboten werden, wo auch Proletarierkinder ihre für sie meist doppelt nötige Muhestunde gefahrlos feiern können.

In England und in Amerika hat man mit derartigen Einrichtungen bereits ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Bei uns in Deutschland aber sind nur in drei Städten solche Einrichtungen. Es sind die 1908 in Hamburg ins Leben gerufenen Kinderlesezimmer, die 1906 als erste in Deutschland eröffneten Kinderlesezimmer der Bernhard-Kahn-Lesehalle des Vereins für Volksbildung in Mannheim und die Kinderlesezimmer in Charlottenburg, wo in einzelnen Schulen verschiedener Stadtteile Klassenzimmer offen gehalten werden. Täglich finden sich z. B. in Mannheim 100 bis 180 Proletarierkinder im Alter von 10 bis 14 Jahren ein; ihre Zahl betrug im Jahre 1907 bereits 7746, sie stieg auf 10 075 im folgenden und auf 11 772 im letzten Jahre. Nach nur dreijährigem Bestehen hat sich denn auch bereits ein Erweiterungsbau nötig gemacht. Gönner der Unstalt haben, wie vorher schon, die Mittel zur Verfügung gestellt, und die Kommune wird voraussichtlich auch diesmal den Grund und Boden in Erbpacht abgeben. In Charlottenburg sind bestimmte Schulzimmer eingerichtet, wo den Kindern geeignete Bücher und Zeitschriften zur Verfügung stehen. Die Aufsicht wird von Lehrern der Gemeindebehörden gegen eine besondere Vergütung geführt. Der Besuch der Arbeitsstunden und Lesezimmer ist bisher sehr rege gewesen und hat sich als segensreich erwiesen. Die Potsdamer Regierung hat das Charlottenburger Verfahren den freien Städten zur Nachahmung empfohlen, aber geschehen ist nichts.

Es wäre nur zu wünschen, daß die wenigen Beispiele recht bald und recht oft Nachahmung in Deutschlands Städten finde, nicht zuletzt auch in Leipzig mit seiner großen Proletarierjugend. Selbstverständlich müssen wir fordern, daß von solchen Kinderlesehallen alle hurrapatriotischen und konfessionellen Tendenzen aufs strengste ferngehalten werden. Deswegen ist nach unsrer Ansicht auch stets die Kommune die berufene Trägerin sozialer Einrichtungen von der Art der Kinderlesehallen.

Eine neue — Krankenkasse.

Colonia nennt sich eine sogenannte Hilfskranenkasse, die vor kurzer Zeit in Köln gegründet wurde und in allen Städten Mitglieder wirbt. Es handelt sich hierbei zweifellos um ein Wiederaufleben der seinerzeit in Liquidation befindlichen Deutschen Kranken-Unterstützungskasse, die ihren Sitz in Kassel hatte.

Der Gründer der Colonia, ein Herr Guilleaume, war Bezirksleiter der D. A. U. K. und ist zugleich ein Vetter des bisherigen Direktors der D. A. U. K. Über die Geschäftsführung der unruhiglichst bekannt gewordenen D. A. U. K. sei noch mitgeteilt, daß die Bezirksdirektoren mit der Ablieferung der einkassierten Gelder an die Generaldirektion in Kassel sehr zurückhaltend sein sollen, so daß nicht nur die Krankenunterstützungen, sondern auch die Gehälter der seitherigen Kassenbeamten nicht oder doch nur zum Teil ausbezahlt werden könnten. Auch der Reservefonds ist seit längerer Zeit aufgezehrt. Herr Guilleaume, der den Rummel aus dem ff kennen dürfte, sucht nun für seine Colonia Mitglieder zu werben. In einem Prospekt wird folgendes ausgeführt:

Die meisten Menschen leben bekanntlich von ihrer Arbeit (es gibt aber auch solche, die von der Dummbheit anderer leben. D. A.) und erfreuen sich einer mehr oder minder behaglichen Existenz, solange ihre Arbeitskraft intakt ist. Es gibt jedoch unzählige Feinde der menschlichen Arbeitskraft. Wer im Erwerbsleben steht, ist täglich von Krankheiten und Unfällen bedroht. Ein solcher Unfall oder Krankheit kann den Betroffenen in kurzer Zeit aller Mittel berauben. Das Elend, welches mit der Arbeitsunfähigkeit des Ernährers in dessen Familie einzieht, bedarf keiner ausführlichen Schilderung.

Der Gewerbegehilfe, der Lohnarbeiter und der Kaufmännische Angestellte sind durch die staatliche Krankenversicherung gegen die Gefahr, durch Unfall oder Krankheit in die äußerste Not zu geraten, geschützt. Für den selbständigen Geschäftsmann, wie auch für die Angehörigen höherer Berufsstände — Ingenieure, Architekten, Techniker, Bureauangestellte — ist eine solche Vorsorge vom Staat nicht getroffen, und ist gerade seine Arbeitskraft überaus wertvoll und jede Beschränkung derselben trifft ihn am empfindlichsten.

Jeder Einschiffvoller versichert seine Habe gegen Feuer, Schaden, um so mehr soll er auch bedacht sein, sein größtes Gut, seine Arbeitskraft, gegen vorübergehenden Verlust zu versichern.

Das sind sehr viele schöne Worte. Aber trotzdem möchten wir raten, recht vorsichtig zu sein, wenn Agenten kommen, die auf den Mitgliedsbeitrag ausgehen. Ist doch als sicher anzunehmen, daß die meisten Bezirksdirektoren und Agenten der verkrachten D. A. U. K. bei der Colonia Unterkunft finden, weil sie den Betrieb bereits kennen.

Kette Brüder. Ehrenliman hat es erreicht. Anutendorf fällt ihm, weil er in ihm eine verwandte Seele gefunden, um den Hass und drückt ihm den Bruderluß auf seine reine Stirn. Hat sich doch Ehrenliman endlich durchgerungen und empfiehlt frank und fre—i die Prügelstrafe für die „verrotte Jugend“. Und triumphierend verkündet es Knutendries: Die Einsicht — beim Ehrenliman — marschiert!

Brachte da Ehrenliman in seiner letzten Nummer einen Beitrag, der sich mit der zunehmenden „Verrohung der Jugend“ beschäftigte. Anknüpfend an einige Fälle, in denen Kinder „aus Freude an der Quälerei“ Altersgenossen mißhandelten und das zu acht Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt wurden, bedauert er, daß der Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuchs nicht einmal eine Begründung dafür gebe, wedehalb von der Einführung der Prügelstrafe bei Rohheitsdelikten Abstand genommen wird. Wörtlich schreibt Ehrenliman:

Ist nun eine solche Strafe für derartige Verbrechen ausreichend? Wird die Freiheitsentziehung auf härtere oder längere Zeit junge Rohheitsverbrecher wirklich bestimmt und die übrigen, welche Neigung zur Nachahmung in sich verbergen, ehrig abschrecken können? Der Staatsanwalt steht mit seinem Bedauern, daß für solche Nebeltäter nicht Prügelstrafe verhängt werden könne, sicher nicht allein, und er gibt uns die Gewissheit, daß auch in rücksichtigen Kreisen von der Anwendung der Körperstrafe Rückzug in gewissen Fällen und zur richtigen Zeit ein größerer Erfolg erhofft werden kann, als von der Freiheitsstrafe. Unsre Zeit ist mährlich nicht arm an solchen und ähnlichen Beispielen, und es ist eine bekannte, auch bereits zugestandene Tatsache, daß unsre Jugend mehr und mehr verzerrt. Ebenso bekannt und aufgestanden ist es aber auch, daß wir mit unsern heutigen Strafmitteln nichts erreichen, daß die Rohheitsverbrecher die Strafhäuser ungebessert verlassen und bei erster bester Gelegenheit sich erneut an der Gesundheit ihrer Mitmenschen vergreissen. Wollen wir denn in unserer „fortschreitenden“ Zeit durchaus darauf bestehen, ein als unwirksam erkanntes Strafmittel trotz allem immer wieder anzuwenden? Wollen wir bewußtermaßen falsch und verkehrt bestrafen, nur um der sogenannten Humanität einen Gefallen zu tun, und zugesehen, daß die Rohheitsdelikte weiter und weiter wuchern, ohne sie mit wirklich zweckdienlichen Mitteln zu bekämpfen?

Freudig sieht Anutendorf diesen sadistischen Auslassungen hinzu:

Es gereicht uns zur Befriedigung, daß die mitgeteilten Ausführungen der L. A. K. vollkommen in der Richtlinie dessen liegen, was wir selbst an dieser Stelle oft und erst vor kurzem festgestellt haben. Die bessere Einsicht machen; und wir hoffen, daß sie zum Siege gelangen werde. Wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten schließlich bedauern, daß in dem Berichtswurf zum neuen deutschen Reichsstraflagebuch die Prügelstrafe überhaupt nicht erwähnt wird, während doch in der Begründung die unzweifelhaft Verrohung der Jugend zugegeben wird, so ist im mein mir diesem Bedauern durchaus bestrebt, nur um der sogenannten Humanität einen Gefallen zu tun, und zugesehen, daß die Rohheitsdelikte weiter und weiter wuchern, ohne sie mit wirklich zweckdienlichen Mitteln zu bekämpfen.

Diese Auslassungen beweisen, wie erschreckend weit die Rohheit in den Kreisen der Linken und Dexters um sich geprägt hat, denn die gebildete Welt ist sich darin einig, daß die Prügelstrafe eine Barbarei ist, die je schüller je lieber verschwinden muß. Wollte man den edlen verbrüdernden Seelen nach ihrem eigenen Rezept eine gehörige Portion ungebrannter Asche verabreichen, so würden sie wohl ihr Geschwätz von der „verzerrten Humanitätsäusselei“ beiseite lassen.

Er. Erfolgslose Petition. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer stellt folgenden Antrag an das Plenum: Die Kammer wolle beschließen, die Petition des normalen Werkstättenarbeiters Oswald Schwenker und Genossen in L.-Stötteritz, betreffend ihre plötzliche Entlassung in den Eisenbahnwerkstätten zu Leipzig-Engelsdorf, soweit dieselbe darauf gerichtet ist, auf ihre Behandlung hinzuwirken, für ungültig zu erklären, insoweit dieselbe als Beschwerde aufzufassen ist, auf sich zu richten zu lassen.

Entwicklung des Postdienstes in einem Jahre. Der Postdienstverkehr des Reichspostgebietes umfaßte zu Anfang des Monats Februar im ganzen 37 000 Konten. Am Laufe des Monats Januar waren 1204 Konten hinzugekommen. Vor einem Jahre, Anfang Februar 1909, hatte das Reichspostgebiet 10 210 Konten, so daß sich deren Zahl seitdem um mehr als 2000 vermehrt hat. Der Umsatz betrug im Januar 1910 an Postschriften 654 108 24 M., an Postkarten 610 342 22 M. Im Januar vorjähriges Jahres betrugen die gesamten Postschriften etwas über 80, die Postkarten etwas mehr als 62 Millionen. Der Umsatz hat sich also innerhalb des Jahres verzehnfacht. Das durchschnittliche Guthaben der Teilnehmer betrug im Januar 1910 79 Millionen, im vorjährigen Jahre nicht ganz 18 Millionen. Die Barzahlung überwiegt nach wie vor. Im Januar wurden fast 370, Millionen Mark mit Zahlkarten eingezahlt, nicht ganz 281 Millionen überwiesen. An Auszahlungen durch die Schiedämter fanden 180%, durch die Postanstalten 185, Millionen Mark statt. Übertragen wurden dagegen nur 273, Millionen. Von den einzelnen Schiedämtern hat jetzt Berlin 7248 Konten, Köln 7185, Leipzig 6005, Frankfurt 2006, Hamburg 3120, Dresden 2047, Karlsruhe 2043, Hannover 2538 und Danzig 1916.

Rückgang der Gesundheit Anfang Februar. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in den meisten deutschen Städten in der ersten Februarwoche verschlechtert. Die Sterblichkeit hat meist etwas zugenommen. Auf 1000 Einwohner und auf Jahr berechnet betrug sie von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar in Norden 16,4, Altona 11,0, Augsburg 18,2, Barmen 11,5, Berlin 14,7, Bremen 16,3, Bonn 15,3, Breslau 17,6, Braunschweig 13,4, Bremen 14,4, Breslau 21,7, Charlottenburg 10,4, Chemnitz 15,3, Danzig 18,0, Darmstadt 8,9, Dortmund 13,8, Dresden 14,1, Deutsch-Wilmersdorf 4,4, Duisburg 18,0, Düsseldorf 11,8, Elberfeld 8,7, Erfurt 11,3, Essen 10,7, Frankfurt a. M. 12,6, Freiburg i. Br. 10,9, Gelsenkirchen 18,4, Würzburg 15,8, Hagen 12,5, Halle a. S. 24,3, Hamm 17,3, Hamburg 16,1, Hannover 15,7, Karlsruhe 17,5, Kassel 11,4, Nürnberg 11,3, Köln 15,8, Königswinter 14,9, Krefeld 8,5, Leipzig 13,6, Linden 10,2, Lübeck 12,5, Ludwigshafen 7,6, Magdeburg 17,5, Mainz 10,4, Mannheim 11,7, Meißen 20,0, Mülhausen i. E. 16,1, Mülheim a. d. R. 14,6, München 15,7, Münster 13,6, Nürnberg 16,8, Offenbach 18,9, Plauen 13,4, Posen 18,5, Remscheid 5,2, Rixdorf 9,7, Saarbrücken 15,2, Schönberg 10,0, Spanien 17,8, Steglitz 15,8, Straßburg i. E. 18,1, Stuttgart 13,9, Wiesbaden 10,9, Würzburg 10,0, Zwickau 12,5, Zwickau 12,2.

Bewegung der Bevölkerung in den Großstädten. In Berlin starben in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar insgesamt 600 Personen, darunter 118 unter 1 Jahr, an Tuberkulose, 84, Krankheiten der Atmungsgänge 84, Magen- und Darmkatarrh 24, Diphtherie und Krupp 20, Scharlach 9, Kindbettfieber sowie Masern und Röteln je 5, gewaltsam 11, sonst 349; in Hamburg starben insgesamt 270, an Atmungs-krankheiten 47, Tuberkulose 20, Darmkatarrh 14, Diphtherie und Krupp 11, Keuchhusten 4, Masern und Röteln 8, Kindbettfieber 2, Scharlach 1, gewaltsam 17, sonst 151; in Dresden starben insgesamt 149, an Tuberkulose 18, Darmkatarrh 10, Atmungs-krankheiten 7, Diphtherie und Krupp 6, Kindbettfieber 1, gewaltsam 2, sonst 105; in Leipzig insgesamt 155, an Tuberkulose sowie Atmungs-krankheiten je 18, Darmkatarrh 13, Diphtherie und Krupp 3, Keuchhusten 1, gewaltsam 5, sonst 97; in Breslau insgesamt 212, an Tuberkulose 38, Atmungs-krankheiten 22, Darmkatarrh 9, Keuchhusten 4, Scharlach sowie Diphtherie und Krupp je 2, Kindbettfieber sowie Typhus je 1 gewaltsam 7, sonst 131; in Köln insgesamt 144, an Atmungs-krankheiten 20, Tuberkulose 18, Darmkatarrh 18, Keuchhusten 8, Masern und Röteln sowie Diphtherie und Krupp je 2, Scharlach 1, gewaltsam 3, sonst 78; in Frankfurt a. M. insgesamt 90, an Atmungs-krankheiten 14, Tuberkulose 8, Darmkatarrh 3, Keuchhusten 2, Masern und Röteln sowie Diphtherie und Krupp je 1, gewaltsam 4, sonst 57.

Im Bericht von der Parteiversammlung muß es im vorliegenden Absatz richtig heißen: Sowohl Schrörs als auch Lipinski bemerkten, daß das Agitationskomitee da holfend eingesetzt, wo es notwendig sei, daß aber bei der gegenwärtigen Situation die Unterstützung durch rednerische Kräfte ausreiche.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Heute vormittag ist im Großen Kettner in der Petersstraße ein Fensterputzer durch einen Stoß von einer Leiter tödlich verunglückt. Der Leichnam des verunglückten Mannes wurde in das Institut für gerichtliche Medizin übergeführt.

Auf dem Thüringer Bahnhof ist gestern abend ein 25 Jahre alter Bahnhofsschlosser bei dem Versuche, einen Hilszug zu bestiegen, abgestürzt, wobei er einen Unterschenkelbruch davongetragen hat. Mit einem Wagen der Rettungsgesellschaft wurde der Verunglückte in das Krankenhaus gefahren.

130 000 M. unterschlagen. Seit Mitte Januar ist der fröhliche Rendant einer Darlehenskasse in Frankfurt a. M., der am 18. März 1881 in Niedrich geboren Kaufmann Bernhard Stölz, höchst, nachdem er mindestens 180 000 Mark unterschlagen hatte. Auf seine Festnahme sind 1000 M. Belohnung ausgesetzt. Dieselbe Belohnung wird auch auf die Angabe der Spuren zugestellt, die zur Festnahme des Geflüchteten führen. Es liegt bei der hiesigen Kriminalpolizei eine Photographic des Geflüchteten aus.

Eine Einbrecher- und Halsbernde wurde von der Kriminalpolizei ermittelt und unschädlich gemacht. Die Verhafteten sind: ein 28 Jahre alter Arbeiter aus Löbnitz bei Bitterfeld, ein zu leicht wegen schweren Raubes und Diebstahls mit 7 Jahren Justizstrafe bestrafte 38 Jahre alter Kellner, ferner ein 32 Jahre alter Arbeiter von hier, der erst vor kurzem 5 Jahre Justizstrafe beendet hat, ein 37 Jahre alter Kellner aus Görlitz und ein 31 Jahre alter Bäcker aus Tautenburg. Die zwei Erstgenannten hatten kürzlich einen Einbruch in der Odermannstraße verübt und für 400 Mark Schmuckstücke erbeutet, von denen noch ein Teil vorgefunden worden ist. Die nächsten beiden Diebe sind bei einem Kellereiintrub in Czermak's Garten festgenommen worden. Die anderen kommen wegen Beihilfe und Halsberde als Mitbeteiligte in Frage. Ein kürzlich am Blücherplatz aufgeführter Kassettendiebstahl kommt, wie ein Rauchwarendiebstahl im Brühle, ebenfalls auf das Konto der Verhafteten.

Zeugen gefügt. In der Nacht zum 12. Februar, gegen 1 Uhr, brachten zwei unbekannte Herren einen verlegten jungen Menschen in die 3. Sanitätswache, wo sich ergab, daß der Verlegte, ein 18-jähriger Auszubildner, einen Messerstich in der rechten Seite des Rückens und außerdem Quetschwunden, die anscheinend von Schlägen herriethen, hatte. Diese Verlegungen sollen dem jungen Mann in einem öffentlichen Tanzlokal in der Dresdner Straße zugefügt worden sein. Einige Zeugen dieses Vorfalls wollten sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden.

Ein dreister Betrüger suchte sich in einem Geschäft der Zeiger Straße einen Gumminmantel aus und ließ diesen nach der Albertstraße, wo er zu wohnen behauptete, bringen. In

dem Hause hat er den Boten zur Hergabe des Mantels zu bewegen verstanden und ihn hinaus in den 2. Stock geschickt, wo der Bot den Betrag dafür von der Witwe des Besitzers erheben sollte. In diesem Stockwerke aber wohnte gar niemand. Dem dreisten Schwindler war es zwischen geblieben, mit dem Mantel zu entkommen. Der Betrüger hat sich Student Hofmann genannt.

Aus der Umgebung.

Mückenvertilgung.

Die Amtshauptmannschaft macht bekannt: In denjenigen Gemeinden, in denen die Vernichtung der überwinternden Mückenwelt laut Polizeiregulations den Haushaltungsämtern oder Haushaltungsvorständen obliegt, sind die Vernichtungsarbeiten in der Zeit vom 21. bis mit 28. Februar 1910 zu wiederholen. Die Art dieser Arbeiten ergibt sich aus dem Mückenmerkblatt, das den Haushaltungsvorständen ausgetragen worden ist. Die Ortspolizeibehörde hat die Ausführung der Bekämpfungsarbeiten zu beaufsichtigen und nachzuprüfen, den mit der Beaufsichtigung und Nachprüfung beauftragten Personen ist ungehindertes Zugriff zu allen Räumlichkeiten zu gestatten.

Haudegentümer oder Haushaltungsvorstände, welche die Bekämpfungsmaßregeln nicht oder nicht ordnungsgemäß ausführen, oder den beaufsichtigenden und nachprüfenden Beamten den Zutritt zu irgend welchen Räumlichkeiten verweigern, werden von der Gemeindebehörde mit Geldstrafe bis zu 50 M. bestraft.

Mölkau. Eine öffentliche Einwohnerversammlung beschäftigte sich mit den letzten Vorkommnissen im Gemeinderat. Die einzelnen Gemeinderatsmitglieder waren brieflich eingeladen, die meisten hatten es jedoch vorgezogen, lieber nicht zu erscheinen. Für sie ist die Oeffentlichkeit etwas unbekanntes. Erstehen waren nur der Gemeindvorstand und Herr Däberitz. Genosse Räther erläuterte die örtlichen Verhältnisse, besonders die Wohnungswirtschaft und bemerkte, die hohen Wohnungsbetriebe seien lediglich nur durch die hohen Bodenpreise in den Großstädten und angrenzenden Ortschaften bedingt. Sobald ging er auf die letzten, in der Volkszeitung vom 11. Februar schon gekennzeichneten Vorkommnisse im Gemeinderat ein. Nachdem das Gemeinderatsmitglied Däberitz dem Genossen Krieg in der Gemeinderatssitzung vom 21. Januar den Vorwurf des Vertrags von Amtsgemeinnützen gemacht hatte, hatte ihm Genosse Räther die Frage vorgelegt, wie es denn mit dem Postgeheimnis in Mölkau stehe und ihn dabei an das Wort erinnert: Wer im Gladhouse sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Herr Däberitz, der Postagent in Mölkau ist, hatte nur nichts eisliges zu tun, als an die Postdirektion zu gehen und Räther dort anzuhören. Am Mittwoch, den 9. Februar, erschien denn auch bei Räther ein Überpostinspektor, der ihm erklärte: Herr Räther, Sie haben in einer Gemeinderatssitzung Herrn Däberitz Verleumdung des Postgeheimnisses vorgeworfen, können Sie das beweisen? Wenn nicht, müssen wir Herrn Däberitz in Schutz nehmen. Sollten Sie aber Beweise liefern können, so kann ich Ihnen erklären, dass Herr Däberitz am längsten Postagent gewesen ist. Genosse Räther nannte darauf dem Vertreter der Post Zeugen über einen ihm bekannten Fall und bat ihn noch weiteres Material an. Am Donnerstag nachmittag wurden die Postlizenzen schon bei Herrn Däberitz ausgeräumt, die Post befindet sich vorläufig auf dem Gemeindewande. Der anderen Beweise scheint es also nicht bedürft zu haben. — Nach den Ausführungen Räthers entspann sich eine lebhafte Debatte. Herr Däberitz glaubte, der Versammlung eine Rechnung aufzumachen zu müssen über den von ihm verlaufenen Bauplatz, nicht etwa, wie er ausführte, um Nachbarschaft abzuzeigen, sondern nur, um einige „Richtigstellungen“ vorzunehmen. Er erklärte, die Behauptungen des Genossen Räther seien in leichterster Weise aufgestellt. Er habe höchstens 50 Proz. verbiert und nicht über 100 Proz., wie der Referent herausgerechnet habe. Sobald erklärte Herr Däberitz, dass die Post sofort, auf sein Verlangen, von ihm fortgenommen werden sei. Er sei nicht gewillt, sich von der Post den Mund verbieten zu lassen und sich seine freie Meinung nehmen zu lassen. Er habe das Postgeheimnis noch lange nicht verletzt, wenn er auch wirklich den Inhalt einer Postkarte belästigt gegeben hätte, wie ihm vorgeworfen worden sei. Er bestreite das aber heute noch. Die Genossen Töpfer und Rüttig, die sich an der Debatte beteiligten, traten den Herren Däberitz und Oppermann wegen der Vorwürfe in den letzten Gemeinderatssitzungen entgegen. Rüttig erklärte, sollte der Gemeinderat den wohlgemeinten Rat des Herrn Däberitz Folge leisten, und unsere Genossen ferner nicht mehr in die Kommissionen entsenden wollen, so würde die Einwohnerschaft noch ein Wörtchen zu sagen haben. Genosse Räther fand es nicht schwer, die Rechnung des Herrn Däberitz zu korrigieren. Er stellte Herrn Däberitz schließlich die Frage, ob ein Mann, dem Verleugnung eines Amtsgemeinnützen nachgewiesen worden sei, der Ehre würdig sei, Gemeinderatsvertreter zu sein. Herr Däberitz blieb die Antwort schuldig. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige, am 11. Februar 1910, im Hofhof Mölkau tagende öffentliche Einwohnerversammlung protestiert ganz entschieden gegen die unberechtigten Vorwürfe, die von unsäglichen Gemeinderatsmitgliedern gegen die Vertreter der Unanständigen erhoben worden sind. Die Verfaulmessen erfordern, dass die unanständigen Gemeinderatsmitglieder im Rechte waren. Der Vertrag des Amtsgemeinnützen im Falle des Gemeinderatssitzes ist durch die Versicherung des Referenten, dass er die Kenntnis von dem Verkaufspreis von seinem Kommissionsmitglied erhalten hat, klar gelegt. Die Versammlung hatte erwartet, dass die Vorwürfe heute zulässig geworden wären. Am wenigsten hatte Herr Däberitz Veranlassung, denartige Vorwürfe zu erheben. Die Versammlung fordert die unanständigen Gemeinderatsmitglieder auf, weiter für die Interessen der Gesellschaft einzutreten.

Leipzig. Verbesserung der Verkehrswägen. Um einen besseren Verkehr über die Leipziger berührenden Bahnhöfe und den Zugängen nach Leipzig herzustellen, sollen folgende Straßenüber- und -unterführungen, sowie Brücken- und Straßenbauten ausgeführt werden: Überführung der Andreas-Grabau-Straße über die Thüringer Bahn hinter dem Etablissement Waldhof; Fußwegunterführung der Bahnhofstraße am Ratsforstcafé Burgau; Überführung der Merseburger Straße über die Zeitzer Bahn; Errichtung von Brücken im Zuge der geplanten Alleestraße hinter dem Schlüchtern über das Elsterthalbündel; über die Luppe und Elster; Überführung der Schönauer Straße in Leipziger über die Zeitzer Bahn; Herstellung einer hochwasserfreien Straße nach Wahren. Zur Ausbringung der erforderlichen Kosten ist im Einverständnis mit dem Rat der Stadt Leipzig ein Ortsgebot geschlossen worden, nach dem für jedes Quadratmeter noch zu bebauendes Land 20 Pf. erhoben werden. Diese Bauabgabe ist fällig für alle Neub.-An- oder der Erneuerung gleich zu achtenden Neu- oder Ausbauten, sei es auf noch unbebauten Plätzen oder auf bereits bebauten und durch Abriss von Baulichkeiten frei werdenden Flächen.

Anauthain. Laden die Eide. Einige junge Burschen versuchten die Ladenkasse beim Bäckermeister Hennig zu leer. Sie wurden aber durch einen hinzukommenden Käufer gestört und ergingen die Flucht.

Anauthain. In der am 14. Februar abgehaltenen Gemeinderatssitzung wurde mitgeteilt, dass die Amtshauptmannschaft die Aufnahme einer Anleihe von 10.000 M. zum Einbau der Leipziger Straße in Anauthain genehmigt hat mit der Bedingung, dass die Schulden innerhalb 10 Jahren zu tilgen ist. Die Kostenanträge zur Fertigstellung der Straße sollen eingefordert werden; das Material hierzu liefert die Gemeinde selbst. Rerner wurde beschlossen, die Seumestraße teilweise auszubauen zu lassen. Die Arbeit wurde dem Stein-

seher Kluge übertragen. Der Firma Kunstmühle Rettner wurde die Benutzung des Gemeindeweges hinter dem Mühlweg zu industriellen Zwecken bis auf weiteres untersagt. Einstimmig abgelehnt wurde eine Beschwerde des Biegelerverwalters Schmidt, den Weg am Mühlweg als öffentlichen Weg gelten zu lassen. Von der Regelung des Nachlasses heißt es: „Von Kenntnis genommen und beschlossen, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Es ist ein Erlass von 133.15 M. ergeht worden, der der Armenklasse überwunden wurde. Genehmigt wurde der Neubau eines Doppelhauses in der Gleichmannstraße. Ein Gesuch um Erlass der Hundesteuer wurde abgelehnt. Das Standesamt wird vom Rittergut Anauthain nach der Schule Anauthain verlegt. Als erster Standesbeamter wurde Gemeindevorstand Harnisch, als zweiter Herr Jeske in Anauthain gewählt. Die Expeditionszeit ist im Winter auf nachmittags von 4 bis 5 Uhr und im Sommer von 9 bis 6 Uhr. Sonntags auf vormittags von 9 bis 10 Uhr festgesetzt. Dann wurde der Rechnungsabschluss der Sparfasse zu Anauthain-Knaufleberg für 1909 vorgelegt und genehmigt. Einem Ersuchen des Vorstandes, den Gemeindeexperten als Steuereinnehmer und Protokollanten verpflichten zu lassen, wurde zugestimmt. Ferner wurde mitgeteilt, dass der Schulvorstand der Freiwilligen Feuerwehr bis auf weiteres den Schulhof zu Übungszwecken unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Schleußig. Stadtverordnetenversammlung. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung tagten die Stadtverordneten am Montag und am Dienstag. Bürgermeister Schmidt erstattete den Verwaltungsbericht für das Jahr vom 1. April 1909 bis 31. März 1910. Der Magistrat hielt 35 und die Stadtverordneten 16 Sitzungen ab. Im Steuern wurden 195.487.46 M. aufgebracht. An Hundesteuern wurden für die Stadt 1520 M. für den Kreis 648.50 M. erhoben. Die Biersteuer brachte 2998.24 M., die Umfassungssteuer 5228.83 M., die Baugebühren 978.25 M., die Lustbarkeitssteuer 1576 M., die Bürgerrechtsabgabe 747 M. Stimmfähig gab es 576, die sich auf die drei Klassen wie folgt verteilten: 1. Abteilung 6 Bürger, 2. Abteilung 54 Bürger, 3. Abteilung 516 Bürger. Nachdem man Kenntnis vom Rasseurteilungsprotokoll genommen hatte, verlegte man gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die geheime Sitzung. Sektor Mittsch erfuhr um die Genehmigung eines Kinderfestes am 19. Juli, da an diesem Tag der 100. Todestag der Königin Luise ist. Genosse Müller ist für ein Kinderfest, nur protestiert er dagegen, dass man ein Fest der Kinder zu patriotischen Zwecken benutzen will. Das könnte zu Gegendemonstrationen der Arbeiter führen, die nicht gewillt seien, ihre Kinder zu solchen Zwecken benutzen zu lassen. Die Festsetzung des Tages, an dem das Kinderfest stattfinden soll, wurde der Schuldeputation überlassen. Die Salzungen für die Schulsparsäcke wurden genehmigt. Genosse Müller referierte über den Anschluss an den Verband sächsischer Arbeitsnachweise. Der Redner empfahl gleich dem Magistrat die Ablehnung der Vorlage, da dieser Nachweis nur der Leute, die gegen den Protest des Genossen Sämisch die drei nächsten Punkte: Beschlussfassung über Gewährung von Subventionen an die Privatschulen des Herrn Heuer und Fr. Barow sowie über eine Aktualzulage für den Sektor Mittsch. in die



Erscheint 3 mal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeitsaufschluss bei
Einkäufen zur Beobach-
tung empfohlen



Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27. I.

Aluminium u. Emaille

Max Richter & Co., Pl. Zschonh. Str., Ecke Fröbelstr.
Installat. f. Gas, Wasser u. Elektr.

Apfelweine

Obstweinschänke
Bayerische Str. 18, Nähe Bahnhof,
Eig. Kelterei Joh. Lochstapfer.
Aussehanc in Gläsern 10 Pf.

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11.
Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.
Ludwig Besser, Mittelstr. 16.
P. Britz, Gaußsch., Oetzschstr.
Oswin Fleke, Juliusstr. 27.
Rich. Gimpel, Lü. Gundorfer Str. 1.
Willy Hesse, Schi. Könneritzstr. 14.
Osw. Hänsel, Lout., Bernickerstr. 31.
O. Hempel, Paasd., Johannist. 13.
Paul Heuschkel, Wahr., Bahnhofstr. 9.
Oskar Horn, Stötteritzerstr. 17.
W. Kämtzsch, Böhl.-Ehr., Südstr. 34.
W. Kämtzsch, Lü. Guthsmutstr. 48.
Otto Kind, Schl., Könneritzstr. 30.
B. Klopzig, Schl., Könneritzstr. 37.
Alfred Knothe, Lü. Calvin-Str. 23.

Leipziger Brotfabrik

Gef. Jäbs, Pl. & Co.
Leipziger-Eutritsch
gar. reic. Roggenbrot
Vollgebackt! 1.4379.

Rich. Pönk, Lü. Henriettenstr. 12.

Max Bahning, Rdn., Gemindestr. 3.

Wilh. Rohrhardt, Lü. Lützen. Str. 83.

Max Kohne, Lü. Gund. u. Großstr.

Franz Rothig, Stünz.

Gust. Salomon, Eutritsch.

Döltzscher Str. 69.

liefer. garantiert reines Roggen-

brot im Vollgewicht. Tel. 8868.

Schmeck, Erst. Mö. Hallische Str. 54.

Fr. Schreiter, Oetzsch, Oststr. 3.

K. Schröter, Lü. E. Kuis. - u. Gießen.

A. Schwörer, Barnecker Str. 18.

H. Selle, Lü. Ecko-Lützen. str. 1.

Arno Seyfarth, Wahren, Bahnhofstr.

W. Steinkopf, H., Gemeindestr. 11.

E. Volkmann, Lü. Gundorfer Str. 39.

O. Wugner, Neurd., Cäcilienstr. 23.

H. Wuttke, Schönefeld, Südstr. 26.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

W. Fuchs, verw. Vo., Bogislawstr. 28.

Hugo Irmer, Schlossberg 64.

Ernst Koenze, Lindenauer Str. 3.

Zschochersche Str., Lü.

Gebr. Reiche, Ltz. St. 48, Könn. St. 36.

Otto Rühle, Lü. Marktstr. 8.

W. Stelingrüber, Go., Elnsach. Str. 34.

M. Verbeck, Kirchstr. 82.

Beleuchtungs-Artikel

W. Jahr, Kohlgartenstr. 42.

Als. Bedarfssortikel.

Bettfedern, Betten, Reinigung

Ad. Kirschberg, N. Reichstr. 39.

H. Oldig, Südstr. 12.

A. Petzold, Lü. Birkenstr. 12.

Pura, Wittenstr. 38.

J.C. Schwartz, Brühl 60, Gg. 1796.

O. Tröhl, reelles Gewicht, reine

Ware, Hospitalstr. 26.

Bilderrahmungen

Friedr. Frankel, Elisabethstr. 8.

Hennig & Nagel, Gerberstr. 55.

Worm. M. Jögl, Zeitzerstr. 35, Hof I.

Einrahmung z. Fabrik.

C. Kretzschmar, Zeitzerstr. 37.

Spez. Spiegel u. Bild.

Wilhelm Niedling, Kolonadenstr. 3.

R. Städler Nachf., Zeitzerstr. 1, Leipa.

biligr. Werkstatt.

Emil Vogel, Bayreuthstr. 26.

Brauerien, Bierhandig.

Brauerei Burghausen-Leipzig,

einger. Genossensch. m. b. H.

empfiehlt ihr vorzügl. Bier.

Brauerei C. W. Naumann

Tel. 2803 Leipzig-Plagw. Tel. 2803

Neumann & Co., Schönau, Leipzig.

Brauerei

Nickau & Co.,

Gohlis.

J. Pottkämper, Eutritsch empfiehlt

seine aus best. Maß. Hopfen geb. Biere.

C. Schubert, Port., u. Flachb. Sdp. 5.

F. A. Ulrich

Trinkt Biero

Gebr. Ulrich, Leipzig, Stötteritz.

vom Vereins-Bier-Brauerei

zu Leipzig.

Dampfbrauerei Zwenkau A. C.

Zwenkau.

Briketts, Kohlen

G. Behr Nachf., Oskar Schönfuß,

L.-Vo., Kirchstr. 100 (a. Viss.)

Br. Berger, Stöt., Hauptstr. 60.

Ernst Claus, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.

R. Freiberg, Kochstr. 13, Glückauf-

Brik., v. Bitter, 50 Ztr. 465 Pf.

Verd. Grabau, N. Tauchaer Str. 33.

Herrn. Haferkorn & Co., Plagwitz.

Eils. Allo 47

Rud. Heinrich Nachf., Pl. Gleisstr.

Ferd. Höpcke, Ida/Mariannenstr. 8.

R. Kretzschmar, Go., Möck. Str. 8.

L. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.

B. Blödeberger, Schönen, Südstr. 11.

Ernst Wolf, Schenkendorfstr. 60.

H. Schlichting, L.-Thonberg

II. Schlichting, Reitzsch. Str. 18.

A. Richter, Paasd.-Sommerf.

Bezugsquellen-Verzeichnis

A. Schwarze, Anger, Mölk. Str. 14.

L. Voigt Nachf., Go., Hall. Str. 31.

P. Wagner, Sell., Wurzn. Str. 142.

Buchhandlungen

J.A. Guizot, Kurprinzstr. 2.

Lotterie-Coll.

Butterhandlungen

Ernst Edler, St. Privatstr. 12.

"Götz's feinstes Schlossbutter".

L. Hartkopf, Connewitzerstr. 8.

P. Kiehnert, Stöt., Chr.-Weiß-Str. 11.

Melonen-Butter

Kluge Frauen Melonen-Butter

Kaufmen nur

Butterhandlungen

E. Koch, Markthalle-Ost, Stand 40.

Hugo Krüger, Schönen, Leipz. Str. 46

Butter-Kunze, Zeitstr. 51.

O. Marx, Zweinaudorfer Str. 6.

J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8 b.

Reinholz, Richard, Kreuzstr. 33.

F. Rückert, Lü., Aurelianstr. 40.

"Käuf Traubengbutter!"

D. G. Vogel, Go., Lindenthal. Str. 17.

Cacao, Schokol., Kaffee, u. Tee

Alb. Görner, Eisenbahnhstr. 128.

Schokoladen Hörtzsch

Deutsches Haus

Lindenau, Gundorfer Str. 2.

Gemuthstr. 10. Markt 2.

Franz Keilhold

Hospitalstraße 14

Taubchenweg 18.

Bekannt seit vielen Jahren

durch seine vorzügl. Kakao,

Schokoladen und Mischungen.

da Leonitz, Grätzsch, Hauptstr. 34.

E. A. Martin Nachf.

Altes Rathaus

Reichstrasse 13.

E. Reineke, Gießerstr. 70.

J. Schäfer, eu. cu. edel., Kirchstr. 95.

Paul Seeger, Eisenbahnhstr. 30.

Färbereien, Wäschereien

Franz Borelli

Lindenau, alle Stadtteile.

Paul Hilmer, Weissenfelser Str. 17.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Max Singer, Plauensche Str. 2.
H. Tyrlich, Pl. Weissenfelsstr. 30.

Fritz Wacker, Katharinenstr. 6.
Würling, Rd., Rathestr. 30, Gleichen.

Vernickelungs-Anstalten

O. Haussmann, Elisenstr. 45,
Spez. ff. Emailhersteller.

Sauerland, Blumenstr. 12, T. 10300.

P. Lüdecke, Verkufl. u. Messing.

Saxonia, O. Zanke, Mittelstr. 7.

Vereins-Artikel u. Spielwaren

L. Fließbach, H. Rademacher,

H. Lintzmeyer, Bayreische Str. 81.
Rich. Lipinski, Elsterstr. 14.

Warenhäuser

M. Abraham, Ghl. Aeuß. Hall. Str. 118.

Adlers Warenhaus, Go., Aeuß.

Halleche Str. 107.

Gebr. Joske, Windmühlen-

straße 4/12.

**M. Joske & Co.,
L.-Plagwitz.**

Kaufhaus Gust. Gärtner, Leutzsch.

Marg. Marr, Großschocher.

Wild und Geflügel

C. Barth, Eisenbahnstr. 63, Obst u. Gem.

Rob. Höppner, Merseburgerstr. 38a.

K. Lippmann, Auß. Hall. Str. 69.

Rich. Müller, Eisenbahnstr. 40,

L., Kuhturmstr. 6.

Zahnatellera, Zahnkünstler

Hugo Albrecht, Süd-

Platz 2.

Herm. Giebler, Promenadestr. 11.

Fanny Dilrich geb. Ludewig,

Eisenbahnstr. 33, Ecke Hedwigstr.

Otto Göbel, Windmühlenstr. 44b.

Hohenzollernstr. 16.

Dentist G. Lee, Reichenstr. 29/31.

Ludewigs Zahn-Atelier

Dresdnerstr. 24, Ecke Gerichtstr.

Rich. Ludewig, Kurprinzenstr. 15

früher Eisenbahnstr.

Königsg. 16, I.

neben Ury Brüder

I.-Neustadt, Bussestr. 3.

F. Mehnert,

Frau Aline Schering, Leipzig-Aue,

Breitestr. 32.

Rich. Vetterlein, Leipzig-Aue,

Breitestr. 32.

Olga Schmidt, Täubchenweg 32.

Ewald Seiffert, Karl-Heinestr. 301.

Schmerzloses Zahnsäubern.

M. Schumann, Burgstr. 18.

W. Surmann, Südpark 7.

A. Stolper, Stödt., Arnoldstr. 19.

Zahn-Atelier-Union

Bayreische Str. 38.

Rich. Vetterlein, Leipzig-Aue,

Breitestr. 32.

Otto Zinke, Dresdner Str. 63.

P. Zuckermann, Grimmaisch. Steinweg 20. Spz. schmerzloses Zahnsäubern.

Zool. Handlungen, Aquar. und Vogelfutter

R. Beckhoff, Sell-Wurzen Str. 70.

A. Fischer, Promenadenstr. 16.

Arthur Helmer, Täubchenweg 43 h.

E. Küsterstein, Neuschloß, Kirchstr. 77.

Arthur Mühlner, Nürnbergerstr. 24.

Berni. Pohle, Raudin, Kreuzstr. 37.

M. Schmalz, Eisenbahnstr. 14.

H. Weisch, Reitzenhainerstr. 19.

Mastochsen-Schlächterei

Fabrik feiner

Fleisch- und Wurstwaren

Wigandstrasse 2 L.-Kleinzschocher Wigandstrasse 2

empfiehlt jeden Abend

gekochten Schinken, gekochte Pökelißchen u. Schwarzfleisch

Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab

Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst

Spezialität: ff. russisch. Salat, la. Jagdwurst und Mortadella, ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zervelatwurst sowie alle ff. Aufschnittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu

1058*

Achtung! Meiner werten Kundenchaft von L.-Klein-

zschocher und Umgegend die ergebene

Mittelung, daß ich die Verkaufsstelle meiner [2780]*

Roßschlächterei

Filiale L.-Kleinzschocher, Schönauer Weg 8

wieder am 18. Februar eröffnet. Mein Bestreben wird sein,

täglich fr. Fleisch, Sauer- und Wiegebraten, alle

Sorten Wurst, verarbeitet mit Schweinefleisch, zu liefern.

Um geneigten Zuspruch bitte!

Louis Hummel, Roßschlächter

Gaußigef. Leutzsch, Barneweder Straße 27 und

Lindenau, Geraer Straße 19. — Telefon: 10456.

Roßschlächterei und Speisewirtschaft

L.-Voikmaradorf, Kirchstrasse 54

empfiehlt sich der geachten Einwohnerchaft von Leipzig-Ost.

Ausnahmepreis Kochfleisch à Pfund 35 Pfg.

sowie alle Sorten Wurstwaren.

Sauerbraten mit Klöschen warm zu jeder Tageszeit.

[2654]* Hochachtungsvoll Emilie Weltz.

Kleindölzig.

Jeden Freitag von nachm. 4 Uhr an, Sonnabend von vor-

mittag 10 Uhr an und Sonntag früh im Feldschlösschen:

Auspunden eines prima Bindes, à Pf. 65 und 70 d.

Jeden Freitag u. Sonnabend warme Knoblauchwurst, à Pf. 70 d.

Hausdörfchene Knad., Blut- und Leberwurst, à Pf. 80 d.

Leipziger Schweiß

— 30 Seeburgstr. 30 —

Gemütl. Außenhalt. [1* Ergebnis Rich. Tautenhahn.

— Geschlechts-, Haut-, —

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleib, Infuenza, Rheumat.

Psoriasis, Gicht, Wasserbrüche. —

Neul. Spezial-Gleichbehandl. von

Frauenleiden, befond. Weißfuß.

Langfähr. Erfahrt. vors. Erfolge.

Klostergasse 26, Fahrstühle in Haus.

Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elekt. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6.

Neugebauer

afad. geb. (nicht approb.) Dr. med. [fr. an Dr. W. Schwabes Polifl.], be-

hand. n. homöopath. u. Lichttherap.

Geschlechts-, Haut-, —

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleib, Infuenza, Rheumat.

Psoriasis, Gicht, Wasserbrüche. —

Neul. Spezial-Gleichbehandl. von

Frauenleiden, befond. Weißfuß.

Langfähr. Erfahrt. vors. Erfolge.

Klostergasse 26, Fahrstühle in Haus.

Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elekt. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Zentrum.

Al. Log. m. Gart. Pr. 250-800,- d. i.

Str. Leipz. ges. Off. u. M. 100 postl. li.

Verl. gold. D.-Uhr v. d. Metzsch-

straße b. Hahnemannstr. G. h. Bel.

abzug. v. d. Hahnemannstr. 26, II. R.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest

Von Frei 1/2 Uhr an Wellfleisch.

E. Votters Nachf., August-Nitsche

Täubchenweg 16. *

Frack- verleiht

Hainstr. 6, i. A. Dachs.

Frack- und Schrockanzug verleiht

Schneidermeister Müller

Emilienstr. 52, Ecke Windmistr.

Möbeltransporte auch mit Rollwagen.

Auswärtige Transporte

Lagerung Hans Eigner

Rosenthalstr. 54, Reichsstr. 4-6.

Kleine Möbel-Umzüge w. imm.

noch R. Grenzstr. 1, p. l. angenomm.

Strümpfe w. Laub. u. Bill. angefr.

Masch. Strümpf. Müller, Elizabet. Str. 59.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten.

Extraheften dieser Nummer:

Von der Firma Max Sachse,

L.-Lindenau, ein Prospekt für die Abonnenten in

Leipzig-West.

Von der Firma Otto Böhme,

L.-Plagwitz, ein Prospekt für die Abonnenten in

Leipzig-West. [2808/9]

Unterricht.

Damen-Frisier-Schule!

Gründl. Ausbildung zur Friseuse

Damen-Salon

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 89

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Vom Gehorsam der Kinder.

In unserer Zeit der Umwertung so vieler Werte gibt es eine ganze Anzahl von Worten, die fast nicht mehr ausgesprochen werden dürfen, ohne daß das Innerste eines freidenkenden Menschen sich dagegen aufzuhebt. Dazu gehört das Wort Gehorsam. Es ist wie ein abgegriffenes, beschrittenes oder gefälschtes Geldstück, das keinen Kurswert mehr hat. Der Gehorsam gehört zu den verdächtigen Tugenden; denn Pfaffenlügen und die Macht dieser, die um die Throne stehen, haben etwas hündisches daran gemacht und aus dem Wort eine Kette geschmiedet. Wir wollen nichts mehr vom Gehorsam hören, weil damit unzweckmäßig viel Unheil und Gemeinheit in der Welt ausgetüftelt wurde. Dasselbe wissen wir genau, daß die hinter dem Wort liegende Sache gleichbedeutend mit einer hohen sozialen Tugend ist; gleichbedeutend mit der freiwilligen, aus der Erfahrung entspringenden Unterordnung, ohne die nicht der kleinste Streit, nicht der kleinste Wahlkampf sich denken läßt. Die Abstimmungen hätten ohne die freiwillige Unterordnung der Minderheit gar keinen Sinn.

Alles das ist freiwillige Unterwerfung aus Einsicht zugunsten der Gesamtheit. Wir nennen es Solidarität.

Aber gibt es nicht etwas, wo wir um das Wort Gehorsam in der Bedeutung der unfreiwilligen Unterwerfung einfach nicht herumkommen? Sicherlich! Keine noch so berechtigte Abneigung gegen das Wort schafft diese Tatsache aus der Welt.

Ich meine bei der Kindererziehung. Manche Theoretiker der Kindererziehung, oder manche bürgerliche Vorführeerin des „Jahrschulter des Kindes“ à la Ellen Key werden hier schon aufspringen. Sie mögen ruhig führen bleiben. Wir haben uns gegen jede falsche Sentimentalität ebenso zu wehren, wie gegen brutale Verständnislosigkeit. Das Erwähnen des Gehorsams ist in den ersten Lebensjahren des Kindes ein unentbehrliches Mittel der Erziehung, besonders in den zwei ersten Jahren. Wohlverstanden nur ein Mittel und nur ein Weg. Das Ziel ist die Freiheit.

Dieser Weg ist unmöglich, weil wir in den ersten Kinderjahren auf die Einsicht des Kindes fast gar nicht wirken können. Einsicht des Kindes, well sie noch nicht da ist. Wir dürfen uns nicht verstellen — und wer je Kinder zu erziehen hatte und es sich dabei sauer werden ließ, weiß das — daß es sich bei der Erziehung z. B. des Kindes beim Übergang ins erste Lebensjahr, wo der Bewegungsdrang und die Lust, die Welt einer Umgebung zu entdecken, sehr groß sind, um nichts weniger als einen regelrechten Kampf zwischen Eltern und Kind handelt. Dabei kann man die Beweitung machen, daß je erster wir es in diesem Kampf nehmen und alle Mittel äußerer Übermacht versuchen, desto stärker nicht nur der Einfluß auf das Kind, sondern auch der ungewohnte Einfluß des Kindes auf uns ist. Bei dieser äußerst wichtigen Erziehungsarbeit des Kindes zum Gehorsam spielt die Intelligenz der Eltern eine viel geringere Rolle als der Charakter. Das dabei Verhältnisse, wie sie in Arbeiterschichten oft unvermeidlich sind, wie die aufgedrängte Abwesenheit von Vater, oft auch noch der Mutter, von zu Hause hinderrnd und lärmend im höchsten Grade wirken, das liegt auf der Hand. Deshalb ist auch die Kindererziehung nur ein großer ungeliebter wichtiger Teil der sozialen Frage überhaupt.

Aber es gilt, mit den derzeitigen Umständen zu rechnen, und da ist vor allem auf die große Gefahr hinzuweisen, die bei der Erziehung zum Gehorsam zu umgehen ist, nämlich einerseits das schwächliche Nachgeben der Eltern, weil es „doch noch so ein kleines Kind ist“, oder andererseits großes Entfachen und Auflösungen, weil es „doch so ein böses Kind ist“.

Die innere Arbeit bei der Erziehung des Kindes zum Gehorsam erfordert außerordentlich viel Hingabe und Charakterstärke. Kein einjähriges Kind weiß z. B., weshalb es eine gefüllte Kassefalle nicht angreifen soll, weshalb es nicht an seinem Kleidungsplay, die Kohlenküste, gehen soll usw. Der bekannte theoretische Blat, alle Gegenstände zu entfernen, die das Kind nicht berühren soll, scheitert an der Praxis des häuslichen Lebens. Es gibt nur eines: dem Kind klar zu machen, daß es dieses und jenes eben nicht tun darf und zwar unter keinen Umständen tun darf. Das „warum“ kann ihm unmöglich erklärt werden. Es ist in dieser Beziehung noch gänzlich unzugänglich, obwohl es Mütter genug gibt, die eine direkt unsinnige Meinung von der Einsicht ihres Sprößlings haben, und auf alle Erklärungen in dieser Richtung mit Ohren antworten. Am allerbesten ist die Erwähnung des Gehorsams durch einen bestimmten, ruhigen Jurus. Kinder sind außerordentlich empfänglich für Säureunterschiede der Stimme und Modulation der Sprache. Das schnelldende energische Wort „Nein“, immer im richtigen Moment ausgesprochen, kann Wunder wirken. Es handelt sich dabei nur darum, daß die Eltern konsequent sind. Verhängnisvoll ist es, wenn man in diesem Alter von einem Jahr, wo das Kind das Ja und Nein des Lebens zu lernen hat, morgens verbietet, was man ihm nachmittags erlaubt. Man verwirrt so den kleinen Menschen und untergräßt selbst seinen Einfluß. Rügt Zuruf oder energetisches Wegstoßen nicht, dann gibt es nur noch einen Ausweg: die Hand. Aber vorher sollte man alle nur mögliche Geduld aufwenden. Je seltener der Schlag, desto tiefergehender wirkt er. Das blöde Wort: „Wir sind auch gehauen worden und sind etwas geworden“, das man überall hört, in Arbeiterkreisen wie in der Bourgeoisie, ist eine namenlos rohe Entschuldigung für mangelnde Geduld.

Bei der Erziehung des Kindes zum Gehorsam ist der natürliche Schutz der Wille der Eltern, die das Beste ihrer Kinder suchen, und an diesem Willen muß es erkannt lernen, bis es aus Einsicht selbst sein Bestes suchen kann. Dabei darf aber niemals der Wille des Kindes gebrochen werden, wie es in der „guten alten Zeit“ hieß. Im Gegenteil, er soll so stark als möglich werden. Das kann er nur — um modern zu reden —, in Angliederung an eine Macht und an eine Organisation. Das ist die Familie.

Und so stellt sich die Gehorsamsfrage bei der Erziehung auch als eine andre Art von Solidarität dar, für die im Kinde langsam das Verständnis zu wecken ist. So sehr man des Kindes freie Persönlichkeit zu achten hat, und so sehr der Gedanke zu verworfen ist, Kinder seien „Eigentum“ der Eltern, so sehr müssen wir von dem kleinen Weltbürgers in seinem eigensten Interesse verlangen, daß er die Ordnung der Familie respektieren lernt, in die er hineingeboren ist. Dazu bei allem das Kind nicht durch fortwährendes Verbieten und Abregeln Schaden leidet, sondern auch im Gehorsam seine Bewegungsfreiheit hat, das ist das schwerste Stich der Selbsterziehung der Eltern, die immer mit aller Kindererziehung Schritt für Schritt einhergehen müssen.

Aus der Geschichte der Sterblichkeitsmessung.

Nachdruck verboten.

Die Ergebnisse der neuen Sterbetafeln, die vor kurzem in dem Bande 200 der Statistik des Deutschen Reichs erschienen sind, wurden gestern näherer Besprechung unterzogen. Sie stellen außerordentlich wichtiges Material zur deutschen Volkskunde dar und sind für die Beurteilung unserer gesellschaftlichen Zustände von größerem Wert als die meisten Statistiken, die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland erschienen sind. Ein Teil des Werks beruht auf dem hohen Grade der wissenschaftlichen Ausbildung, die die zur Berechnung verwandten Methoden erlangt haben. Von Ihnen Ihnen wir wohl sagen, daß sie eine praktisch absolut richtige und nicht zu überstreichende Gestalt gewonnen haben.

Man darf nicht denken, daß das schon immer der Fall war. Auch Fehler hat man Sterbetafel berechnet; aber wenn man diese mit den heutigen vergleichen wollte, dann würde man einen schweren Fehler begehen. Dennoch war es ein Fortschritt, als man überhaupt einschätzen konnte, daß man sich nicht mit den vielfach heute noch üblichen Sterberaten-Zahlen begnügen könne, sondern daß man die Zahlen aufbereiten müsse, um sie zu Maßen der Sterblichkeitsverhältnisse machen zu können.

Im Jahre 1802 erschien in England ein Buch, das den Titel

lieferte: „Statistische und politische Beobachtungen über die Ge- sene der Sterblichkeit“. Verfasser war ein Londoner Kaufmann Graunt. Dieser baute auf eigenen Beobachtungen über die Sterbtafeln Schätzungen über die Zahl der Gestorbenen auf und kam zu dem Schluss, daß von 100 Neugeborenen 38 starben, bevor sie das 8. Altersjahr erreicht hatten. Des Weiteren sollten von diesen im 18. Lebensjahr nur noch 10, im 26. nur 25, im 35. gar bloß noch 8 am Leben sein. Es ist keine Frage, daß Graunts Beobachtungen völlig schlecht gewesen sein müssen, denn aus einer Sterbetafel aus jener Zeit für London geht hervor, daß von den 100 betrachteten Personen im 35. Lebensjahr durchschnittlich noch über 37 Personen am Leben gewesen sind. Graunts Schätzungen lagen eben ausschließlich auf den Todestafeln, und da die Bevölkerung Londons nicht jahraus-jahrein gleich blieb, sondern infolge der Einwanderung stark zunahm, so stimmen seine Zahlen nicht. Aber auch die Un- genauigkeit der Alterberechnung bewirkte, daß die Zahlen so falsch werden. Wichtig und verdienstlich war daher nur an Graunts Werk, zuerst auf die Regelmäßigkeiten aufmerksam gemacht zu haben, die die Bevölkerungsentwicklung beherrschten. Dazu trug auch bei, daß er noch mancherlei andre gesetzähnliche Ordnung in dem scheinbaren Chaos der Bevölkerungsverhältnisse fand. Er erkannte als erster, daß etwas mehr Knaben geboren würden als Mädchen, daß aber der Unterschied nur so gering sei, daß die ungenaue zahlennahme gleicherheit der Geschlechter gewahrt bleibt. Graunt selbst gewann auf Grund seiner Erkenntnisse die leise Überzeugung von der Allgemeingültigkeit seiner Zahlen, so daß er Londons Wachstum mit demjenigen des Landes durchweg verglich und schließlich eine Vorhersage über die Bevölkerungsentwicklung Englands machte, indem er behauptete, daß sich die Gesamtbevölkerung innerhalb 280 Jahren verdoppelt haben werde.

Graunt machte mit seinen Berechnungen sehr schnell Schule. Sein Freund, der Arzt Sir William Petty, bemächtigte sich der Sache, und ihm mußte alles mögliche und unmögliche erhalten, um seine Berechnungen anzuwenden. Seinen Bevölkerungsstatistischen Berechnungen legte er die willkürlichen Annahmen zugrunde, so daß es kein Wunder ist, wenn er zu den abenteuerlichsten Zahlen gelangte. Nicht bloß die Grundlagen waren falsch, auch die Berechnungsweise; denn wenn er z. B. unter gewissen Annahmen über die jährliche Sterberate und die Geburtenhäufigkeit einen gewissen Geburtenüberschuß errechnete und daraus eine Verdopplungsperiode ableitete (diejenige Zeit, innerhalb welcher sich die vorhandene Bevölkerung gerade verdoppelt), so vergaß er, daß eben jedes Jahr doch die Bevölkerung anwächst, daß also die Verdopplung schneller erfolgen muß. Naturgemäß ist das sehr erheblich; denn wenn er z. B. eine Verdopplungsperiode von 120 Jahren herausrechnete, so beträgt sie in Wirklichkeit richtig berechnet nur 88 Jahre.

Wie falsch Petrys Berechnungen waren, geht schon aus einem Beispiel hervor, das die Stadt London betrifft. Für sie hatte er eine Bevölkerungsverdopplung für alle 40 Jahre vorhergesagt. 1800 hätte London danach etwa 5 Millionen Einwohner zählen müssen. In Wirklichkeit betrug damals die Bevölkerung nur 1 Million. Erst nach 1800 ist die schnelle Entwicklung eingetreten, die auch in andern Großstädten sich zeigte.

Was alles in den Kreis der Berechnungen geogen wurde, ist kaum glaublich. Petty berechnete z. B. die Bevölkerungsannahme seit Noah und legte für das erste Jahrhundert nach der Sintflut eine zehnjährige Verdopplungsperiode zugrunde. Nachher sollte sich diese vergrößern. Zur Zeit Moses hatte nach Petrys Berechnungen die Erde 16 Millionen Bewohner, im 17. Jahrhundert sollte sie 320 Millionen Bewohner haben.

Es ist selbstverständlich durchaus upwissenschaftlich, derartige Berechnungen anzustellen, weil sie alles mögliche und unmögliche außer Betracht lassen, was wir nicht wissen und nicht wissen können. Während der halben Million Jahre, innerhalb der Schöpfungsweise Menschen auf der Erde wandeln mögen, ist die Bevölkerung der Erde auf rund 1500 Millionen angewachsen. Wir sollten da innerhalb der paar Tausend Jahre, die nach der biblischen Sage seit Noah verflossen sind, die Menschen schon zu vielen Hundert Millionen angewachsen sein!

Petty berechnete auch die Bevölkerung Londons auf Grund mehrerer Annahmen. Er legte die Zahlen der Feuerstellen und der Häuser in Dublin zugrunde und schloß auf die Verhältnisse in London. Dublin besaß 20 325 Feuerstellen in 8400 Häusern, in gleichem Verhältnis müßte London nach Petrys (übrigens falscher) Berechnung 87 000 Häuser besessen haben. Nun lagen ihm aber auch die Zahlen für Bristol vor, und aus diesen berechnete er für London 123 000 Häuser. Nun nun beides miteinander zu vereinen, nahm er einfach das arithmetische Mittel, also $87\ 000 + 123\ 000 = 210\ 000$ dividiert durch 2 = 105 000. Da nun nach den Angaben des hearth office (hearth = Herd, Feuerstätte) London 105 315 Häuser besaß, so stimmten beide Zahlen vorzüglich überein — natürlich nur ganz zufällig — und stützten auf diese Weise leider die bedenklichen Zahlenoperationen Petrys. Petty nahm übrigens weiter an, daß jede Familie durchschnittlich sechs Personen besitzt, und berechnete die Bevölkerung Londons auf 895 000 Personen.

Andre seiner Berechnungsweisen gehen von der Annahme aus, daß die Pest ein Künstler der Bevölkerung hinrätte. Bei 98 000 Pestodesfällen im Jahre 1805 hätte die Bevölkerung in London sonst 490 000 Personen betragen, woraus er auf Grund anderer Annahmen für 1806 eine Volkszahl von 653 000 Personen berechnet.

Man erkennt, daß Petrys Berechnungen eine ziemliche Phantasie benötigten, daß ihnen aber deutscher Wert zufiel. Das war kein Wunder; denn bei ihm war der Wunsch der Vater des Gedankens; er zog die manifasten Angaben über Schiffahrt und Handel usw. hauptsächlich deshalb zu seinen Berechnungen heran, um England größer und mächtiger darzustellen als Frankreich.

Aber nicht bloß in England fand Graunt Nachahmer. Reisenstuhl in Wien bemühte sich nachzuweisen, daß Wien bald größer sein würde als Babylon und Rom je gewesen sei. Die Grundlage zu seinen „Berechnungen“ gab der — Umfang der Stadt! — Auf diese und ähnliche Weise berechnete man alles mögliche, z. B. den Einfluß des Austrages des Bodens, Einwohnerverhältnisse, Geburtenraten usw., indem man trülllos auf den von Graunt und Petty berechneten Wegen weiter wanderte.

Erst mit Halley's statistischen Berechnungen kam ein wissenschaftlicher Zug in die Zahlenoperationen hinein. Dieser Halley ist derselbe, nach dem der Komet heißt, dessen Sichtbarkeit mit freiem Auge wir erwarten. Er war Astronom und ist eben besonders durch den nach ihm benannten Kometen berühmt geworden. Er wandte die Newtonschen Berechnungsmethoden auf die Kometenbahnen an und konnte die Bahnen einer ganzen Reihe von Kometen berechnen. Die Umlaufzeitmessung der Bahnelemente der Kometen von 1531, 1607 und 1682 brachte ihn zu der Überzeugung, daß diese Kometen ein und derselbe seien, so daß er das Wiedererscheinen auf das Jahr 1758 vorausgesagt, eine Prognose, die auch wirklich eintraf. So bekam der Komet den Namen Halley.

Halley hatte die Ergebnisse der Breslauer Sterblichkeitsstatistik bearbeitet und daraus eine Sterbetafel berechnet, die erste brauchbare. Allerdings mußte auch Halley für seine Arbeit Annahmen machen, die nicht zutrafen, die aber doch immerhin nicht ohne jeden Grund gemacht wurden. Er nahm an, daß die Bevölkerung der Stadt gleich bleibe, da die Überzahl, welche durch die Todesfälle überschreitende Geburtenzahl entstünde, durch allerlei Umstände wieder ausgeglichen würden, z. B. durch Rückzüge zum Militärdienst usw. Unter Zugrundelegung dieser (übriens nicht zutreffenden) Annahme konnte er die Sterbetafel allein auf Grund der Sterbfälle aufstellen, und er benutzte die für den Zeitraum 1687/88 vorliegenden 6103 Geburten und 5800 Sterbefälle. Er zog sodann noch seine Erfahrungen heran, die er durch seine Untersuchungen über die Sterblichkeitsverhältnisse im Londoner Christ-Church-Hospital gewonnen hatte, und stellte so seine Sterbetafel auf, die mit den Erfahrungen der Neuzeit sich einigermaßen deckt.

Das Vorgehen Hallleys war jedenfalls sehr wichtig, denn er führte die wissenschaftliche Methode ein. Zudem kam zu damaliger Zeit in England gerade das Lebensversicherungswesen in Blüte. Die Lebensversicherungen benutzten allerdings Hallleys Tafel nicht, sondern taten erst 50 Jahre später auf sie zurück, nachdem sie immer mit ungünstigeren Sätzen gerechnet hatten, d. h. praktisch dem Publikum viel zu hohe Jahresprämien abgenommen hatten. Erst die 1705 gegründete Equitable benützte Hallleys Tafeln, und arbeitete auch auf dieser Grundlage mit gütigem Erfolg.

Nachdem erst einmal der Grund gelegt war, wurden dann die mathematischen Berechnungen zur Lebensversicherung bald besser ausgebaut,namlich durch die Leistungen des französischen Mathematikers Moivre. Durch den Holländer Kersdoorn nahm auch die Sterblichkeitsstatistik einen Aufschwung. Auch der französische Deparcieux erward sich Verdienste darum. Er benützte als Material teils die Eltern über die Angehörigen von Eltern, teils die Ergebnisse der Lebensversicherung (Toutin), obwohl er sich durchaus dessen bewußt war, daß es sich dabei um aufgedrehte Personenziffern handle. Für Schweden und besonders Stockholm berechnete Margolin Tafeln, wobei er Hallleys Methode falsch ansetzte.

In Deutschland berechnete der durch sein Werk „Die öffentliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung des selben erwiesen“ bekannte Theologe und Statistiker Süssmilch (1741) eine Sterbtafel, bei der er aber ein marktwürdiges Ungeheuer entwidete. Für exakte Zahlenverhältnisse und scharfe mathematische Denkmöglichkeit hatte er kein Verständnis. Viel besser fanden sich wieder die Engländer Price und Hesphant mit der Aufgabe ab, obwohl Price's Tafel durch schierlose Annahmen falsch wurde. Sie gewannen aber trotzdem viele Anhänger, hauptsächlich allerdings aus dem Grunde, weil die Versicherungsgesellschaften, die sie zur Grundlage ihrer Prämienberechnungen nahmen, sehr gute Geschäfte damit machen. Die Equitable-Gesellschaft hatte z. B. ein Drittel weniger Todesfälle, also nach der zugrunde gelegten Tafel zu erwarten waren.

Doch sich wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiete so schwer durchsetzen konnte, kommt daher, daß es den meisten der Sterbtafelbearbeiter an genügendem mathematischem Verständnis fehlte, und daß man wegen des Mangels genauerer Angaben über die Wirkung gewisser Verhältnisse und Umstände gar keine Erfahrungen bezog. Die Struktur der Gesellschaft war nicht zahlenmäßig und einwandfrei erfassbar, die Lebensverhältnisse großer und breiterer Volkskreise waren zu wenig bekannt, als daß man es besser verlangen könnte. So entwickelten selbst Mathematiker mitunter sehr besondere Glück mit ihren Arbeiten in der Sterblichkeitsstatistik. Charakteristisch dafür sind z. B. die Anschaubungen Süssmilchs. Ihm kam es ja weniger auf die Wissenschaft und die Zwecke an, denen sie für die Menschheit dienen kann, als vielmehr darauf, die Regelmäßigkeiten als göttlichen Ursprung zu erwiesen. Das dabei die Mathematik zu kurz kommt, ist nicht verwunderlich. Er sagt z. B. von den Krautwurzen: „Alle diese Feinde des menschlichen Lebens haben ihre abgesteckten Grenzen, und stehen unter der Lenkung der unsichtbaren Hand des Unendlichen, vermöge welcher sie ihre geheime Angabe zu dem in jedem Alter geordneten Maß des Todes absolvieren müssen.“ Das Prinzip der Entwicklung kommt dabei auch zu kurz, denn er meinte, daß wie vor 2000 Jahren und im Orient die Menschen gestorben seien, sie auch noch zu seiner Zeit in allen Ländern sterben. Wir wissen z. B. aus der neuesten Sterbtafel, daß das nicht antrifft, daß wir vielmehr erhebliche Besserung in den Sterblichkeitsverhältnissen zu konstatieren haben, die groß, daß sie jedenfalls die ganze Süssmilch'sche „Örtliche Weltordnung“ über den Haufen wirft.

An der Ausbildung der Sterblichkeitsmessung sind in der folgenden Zeit noch eine ganze Reihe von Männern beteiligt, unter ihnen tragen Knes und vor allen Dingen der berühmte Mathematiker und Astronom Laplace hervor. Aber auch Fourier und Quetelet haben große Verdienste. Laplace und Fourier verdankt vornehmlich die mathematische Seite der Sache hervorragend. Quetelet verfiel in einen Fehler, der gerade aus seiner mathematischen Denkmöglichkeit stammt. Überall suchte er nur nach dem Typischen und vergaß ganz, daß doch auch die Abweichungen ein großes Maß von Beachtung verdienten. Er

suchte überall nach den „normalen Menschen“, und in der Sterblichkeitsstatistik suchte er immer nach den feststehenden mathematischen Gesetzen, die das Ganze beherrschten sollten, die Entwicklung und Veränderung der Verhältnisse dabei gar nicht beachtend.

Noch schlimmer aber war die Wirksamkeit vieler Mediziner in der Sterblichkeitsstatistik; von ihnen wurde viel wertloses Material in die Diskussion geworfen, wie es auch heute noch geschieht. Vertreter haben dagegen Farr, Jeuner, Knapp, Lexis und Becker geleistet, welch letzterer als erster Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amts in Berlin ja die erste allgemeine deutsche Sterblichkeitsstatistik berechnet hatte. Auch von einigen Versicherungsmathematikern sind wertvolle Beiträge für den weiteren Ausbau geliefert worden. Die neueste Tafel hat der französische Astronom Professor Nahts, seit einigen Jahren Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amts, berechnet. Sie ist schon wegen der Vergleichbarkeit mit der früheren Tafel nach Beckers übrigens von Nahts verbesserte Methode bearbeitet worden.

F. L.

Ausföhrung.

Hermann Helberg, der einst vielgekannte und vielgelesene Romantiker, ist in seiner Vaterstadt Schleswig, wo er 1849 geboren wurde, gestorben. Er kam spät in die Literatur. Er hatte das Geschäftsebenen gründlich kennen gelernt, war Buchhändler, Geschäftsführer von Zeitungen und Direktionsteilnehmer einer Bank gewesen, als er 1881 als Schriftsteller hervortrat. Sein weltmännisches Wesen, die Vertrautheit mit laufmännischen Dingen, die Frische des Tons, die dem aus dem praktischen Leben kommenden Dichter eigen war, die Fülle von Einzelbeobachtungen, die sich ihm bei seinen Schriftstellergenerationen wert, die um die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hervortrat, und so kam es, dass er als ein Vertreter des realistischen Gegenwartskomödien neben Kreyer auf den Schild gehoben wurde. Aber es zeigte sich schon nach wenigen Jahren, dass der hochbegabte Mann nicht die künstlerische Selbstzucht besaß, die ihm eine solcherartige Auswärtsentwicklung gesichert hätte. Etwa um Jahr 1885, als er den, in manchem an Maabe erinnernden, in der Tendenz die späteren frauenschreiterischen Anklageliteratur vorbereitenden Kleinstadtroman Apotheker Heinrich veröffentlichte, der auch heute noch gelesen zu werden verdient, erreichte er den Höhepunkt seines Schaffens, auf selben Zeit also, als die sogenannte Literaturrevolution laut und energisch einsetzte. Daum gewann rasch der Geschäftsmann in Helberg wieder die Oberhand und drängte den Künstler beiseite; er produzierte mit sieberhafter Hast und geriet ins Fahrwasser der Unterhaltungsliteratur. Welch man in den letzten Jahren einen Roman Helbergs in die Hand — literarisch wurde er kaum noch gewürdig —, so könnte es schwer fallen, noch Spuren von dem flotten, frischen Erzähler zu entdecken, der 1881 mit den Plauderelen mit der Herzogin von Seeland debütierte, und wenn nicht der Name Helberg gewesen wäre, hätte man sich kaum dessen erinnert, dass dieser Erzähler einst in der Nähe der ungebärdigen Realisten- und Naturalistencharakter der achtziger Jahre als Mittelpunkt, ja Vorläufer gestanden hatte. An seinem Grabe aber wollen wir dankbar seiner literarischen Erstlinge gedenken, die einen lebhaftfrischen, humorvollen, wertvollen und vielseitig gebildeten Mann zeigten, von dem wertvolle Anregungen ausgingen.

gm.

Winterkonzert des Leipziger Lehrergesangvereins. Das Programm brachte zwei Chorwerke mit Orchester nach Goethescher Dichtung, Schuberts Gesang der Geister über den Wassern und Arnold Mendelssohn Pandora, die leichtere für Leipzig im Erstaufführung. Die Zusammenstellung wirkte auch abgesehen von der Einheit des Dichters stilvoll, da wohl keines bedeutenderen Zeitgenossen Musik der Schubertischen in ihrer innerlichen Gefundheit und Frische so nahesteht, wie gerade die Arnold Mendelssohns. — Schuberts Gesang der Geister ist nach mehr als einer Niedigung interessant. In einem achtfachigen Männerchor tritt ein Orchester, das aus je zweifach geteilten Bratschen und Celli und einem Fundament von Kontrabässen besteht. Es ist unbedingt bewusst angestrebte Symbolik, dass dieses Orchester weder in der Tonhöhe noch im dunklen Klangcharakter sich so merklich über den Volkskörper erhebt. Dafür ist alle äußerliche Illustration, alles Stimmungsmachen im romanischen Sinne, das dem Komponisten seiner Natur nach feindlich gewesen wäre, vermieden, das heißt: der spezifisch Goethesche Ton der Dichtung mit genialer Unfehlbarkeit getroffen; der Gesamteinindruck bei aller Eingänglichkeit der Melodie und aller Ausdrücklichkeit der Möglichkeiten Klangkreises herb und groß gehalten. Die formale Anlage könnte vielleicht etwas straffer sein; doch liegt das rhapsodische Aneinanderrelaten von Einzelsätzen im Aufbau des Gedichts begründet. Eine rein musikalische Gruppierung ist insofern wenigstens angegedeutet, als die Erfüllte und der in der Chorbehandlung wuchtig realistische Mittelsay: Nagen Alippen dem Sturz entgegen ... stark hervortreten.

Wie Schubert scheinbar simpel, in Wahrheit aber durchaus nicht ohne weiteres zu fassen, ist auch das Mendelssohn'sche Werk. Wenn es einen einheitlichen Gesamteinindruck nicht auslösst, neben ganz außerordentlichen Schönheiten unangemessener schwache Partien aufweist, Momente, gegen die man starke Bedenken nicht unterdrücken kann, so geht das in der Hauptsache auf die Wahl des dichterischen Vorwurfs und ihre Folgen zurück. Das Goethesche Festspiel Pandora ist Torsos. Der vorhandene erste Akt stellt das mythische Bildpaar Epimetheus und Prometheus als Repräsentanten poetischer Träume und Schaffens einerseits, nutzbarer Wirkens im Dienste des Alltags andererseits einander gegenüber. Epimetheus, der Künstler, steht als „Aribiduum“ im Rückgedanken an die entchwundene Pandora allein; um Prometheus scharen sich die Schmiede, Hirten, Krieger usw. als tätige Gruppen. Zwischen beiden erleben Philebos, der Sohn des Prometheus, und Epimeteia, die Tochter des Epimetheus, die Tragik ihres Liebesgeschicks, seiner Partei zugehörig, in ihrer Leidenschaft einem für alle gleichmäßig gütlichen menschlichen Gefüge unterworfen. — Das geschilderte Geschehen drängt unbedingt über sich hinaus; die Nüchternheit des zum Weltentode verurteilten Philebos ins Leben, die Arende des Eos an Prometheus deutet auf eine schleichliche Wiederherstellung der Lieben den, eine Synthese der Gegenseite, die Goethe, wie aus einem erhaltenen Planke hervorgeht, wohl wesentlich im Zusammenhang mit der Wiederkehr Pandoras hat herbeiführen wollen; zu einer unzuwendbaren Vorstellung des vollendeten Werks fehlt trotz der Reichhaltigkeit der Paralipomena noch recht viel. Nicht unmöglich, dass Hindernis der Vollendung zum guten Teil die Zürcht war, sich mit der konsequenten Durchgestaltung des Stoffs von der Anschauung der Wirklichkeit zu weit zu entfernen, in allzu abstrakten Symbolismus hinzugezogen. Sicher ist jedenfalls, dass, wer das Pandorafragment einer Komposition zugrunde legt, auf bestreitbare Abrundung seiner Arbeit verzicht leisten muss. Wenn trotzdem der Musiker der Versuchung nicht widerstehen kann — vor Mendelssohn hat Eduard Lassen sich mit dem Fragment beschäftigt —, so liegt das in erster Linie an den für Gesang gedachten ganz herrlichen Stücken des Epimetheus und Philebos und den Chören der Prometheusgruppe, deren Rhythmus zum Teil erst durch Musik erfüllt wird. Für Mendelssohn, den Komponisten des Paros, lag ein besonderer Reiz außerdem in dem weltanschaulichen Hintergrunde der Dichtung; zu dem, wenn man durch die Bekleidung hindurchsieht, im Grunde romantisch-christlich bestimmten Paros ließ sich hier eine Art klassischen Gegenstücks schaffen; die Vornahme des zweiten Werks gab Gelegenheit zu einer willkommenen Aus-

weitung des Horizonts. — Natürlich musste verloren werden, der Dichtung das typische an Zusammensetzung abzuringen. Mendelssohn fügte den zur Verlängerung auffordernden Originalstücken einen Schlusschor hinzu, der die angebundene Synthese in einer textlich leider recht ungünstlichen Formulierung wieder gibt, der infolgedessen bei der vom Werke des dichterischen Vorwurfs aussfällig abhängigen musikalischen Anlage des Komponisten nicht bedeutsam ausgefallen ist. Daher ist es, dass der Schluss des Werks nicht aufspaltet, für mein Empfinden sogar absfällt; ebenso wie die zu zwei Dritteln aus motivischen Material des Schlusschors bestehende Ouvertüre keinen überzeugenden Auslauf aufs ganze nimmt. Die Überleitung von Nummer zu Nummer, die Erklärung der Handlung sollte ursprünglich ein nach Möglichkeit noch Goethesches verwendende Declamation liefern; der Versuch stellte sich bei der Uraufführung eher als störend, denn fördernd heraus. Mendelssohn entschloss sich daraufhin zu einem immerhin einiges besseren Verfahren, das einen Verlustlosen Einfall aus dem Prolog zu Romeo und Julia ausgreift; zwischen die Einzelstücke wurden teils vom Chor, teils von den Solostimmen gefundene A-capella-Rezitative — an einer Stelle ergänzt ein kurzes Orchesterstück — eingeschoben. Unglücklicherweise sind auch diese Rezitative im Detail und textlich stark ansetzbar, mit denselben Folgen für den musikalischen Ausdruck, wie sie beim Schlusschor zu beobachten waren. — Es ist damit von vornherein das hervorgehoben, was den Mangel des Werks als ganzen ausmacht: man muss den Anspruch auf Geschlossenheit und Gleichmäßigkeit des Eindrucks aufzugeben haben, um zum Genuss dessen zu kommen, was die Musik im Übrigen zu bieten hat; und das ist genau, um hören zu dürfen, dass sie sich trotz der bezeichneten Schwächen im Konzertsaal einbürgert und hält. Vor allem die Komposition der von Goethe selbst für Musik bestimmten Stücke ist aufs schönste gelungen. Hier sind in einem Stil, der speziell moderner Ausdrucksmitte bewegt umgeht, entsprechend dem Wesen des Vorwurfs ausgedroschen klassischisch erschein, von epigonhafter Blutlosigkeit jedoch weit entfernt. Tonbilder entworen, die außergewöhnliche Klangliche und melodische Schönheit mit tiefschreitender Charakteristik verbinden. Ganz besonderes bedeuten die Gefänge des Epimetheus, vor allem der erste und dritte; der erste (Mähend versenkts angstlich den Sinn ...) ist insofern etwas ganz Neues, als bisher wohl kaum unternommen wurde, den Vorgang klassischer Konzeption derart musikalisch nachzuhilfen. Unmittelbar neben ihm stellt sich das Traumgespräch zwischen Epimetheus und Epope, das mit den primitivsten, darum vielleicht um so rassisterter wirtschaftlichen Mitteln — gedämpftem Streichorchester und Solostimme — und einer eigenartlich schwankenden Declamation, verschleiertem Weisung die Süßigkeit halbwilden Hindamimerschilbert. Im Gegensatz zu dem verfeinerten Kulturempfinden, das aus der Gestaltung dieser Stütze spricht, steht die gefundne Kraft, mit der die Höre, vor allem der rhythmisch fortziehende „Hammerchorlaut“ und der Orientgesang hingestellt sind. Daneben die Wahnsinnsszene des Philebos und die gehaltene, doch tief leidenschaftliche Szene der Epimeleia: — es ist unmöglich, hier auf jeden Einzelwert einzugehen.

Die Aufführung des Schubertischen Werkes war gut. Der Pandora schien man nicht ganz beigekommen zu sein. Von Nichtverständnis zeigten vor allem die allzu lebhaften Tempi des Dirigenten, Professor Sitt: in der Überleitung ging eine Menge verloren. Es ist ja allerdings bezeichnisch, dass man sich im gegenwärtigen Musikbetrieb in ruhiges, abgelärmtes Empfinden erst langsam hineinfinden muss. Der Chor sang (auch im falschen Zeitmaß) sehr graziös und flüssig voll. Das Orchester hätte vieles besser machen müssen; bei der fast ein wenig zu puristischen Vorliebe Mendelssohns für Streichquintettstrukturen traten die Mängel des Windensemble wieder einmal bedenklich klar auf. Von den vier Solisten verdiente Alfred Lasse, der den Epimetheus sang, das höchste Lob; seine Verkörperung der Rolle war, so weit sie sich unbehindert entfalten konnte, begeistert und begeistert angleich. Frau Alois Schleifer (Mezenotran), die Herren Richard Fischer (Tenor) und Otto Birn (Bass) fanden sich mit ihren Aufgaben ab; ob gut, es eben ging: Positives leisteten sie nicht. hr.

* Das Beste wäre wohl, man hätte den Mut, offen ein Fragment zu geben, alles wegzulassen, was nicht direkt Goethesche Textunterlage hat!

Neues Theater. Freitag, 1/8 Uhr: Elektra. Sonnabend: Die Wildenste. Sonntag, 1/7 Uhr: Carmen. Montag: Sappho (neu einstudiert). — Altes Theater. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Tanzkunst. Sonntag, nachmittags 1/8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Wildenste), abends 1/8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Montag:

Die Erstaufführung des Militärschwantes Der Feldherrnhügel ist von der Direktion auf den 28. März festgesetzt worden.

Am Montag wird im Neuen Theater Grillparzers Trauerspiel Sappho in neuer Einstudierung wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Inszenierung leitet Regisseur Wünsch, die Besetzung des Stücks ist folgende: Sappho: Fr. Wohlensd., Militia: Fr. Fuchs, Euchens: Fr. Schippang, Phao: Herr Hildebrandt, Phanned: Herr Hellmuth Bram. Das Werk ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr gegeben worden.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 18 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus.

Freitag, 7 Uhr: Hamlet (Gastspiel Ferdinand Bonns). Sonnabend, nachmittags 1/8 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam, abends 1/8 Uhr: Simson (Gastspiel Ferdinand Bonns).

Sonntag, 1/8 Uhr: Simson (Gastspiel Ferdinand Bonns). Dienstag, 1/8 Uhr: Hamlet (Gastspiel Ferdinand Bonns).

— Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasring). Freitag: Miss Dudelsack. Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 1/8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Miss Dudelsack), abends 1/8 Uhr: Miss Dudelsack.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts anderes angegeben, 1/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Freitag: Hélène Nibeks Ehe. Sonnabend: Die Sünderbänk.

Notizen.

Pariser Ueberschwemmungen seit 250 Jahren. Es ist jetzt mit Sicherheit festgestellt worden, dass Paris eine ähnliche Ueberschwemmung wie jetzt seit 1640 nicht erlebt hat. Nur die Fluthöhe vom Februar 1658 mit 880 Zentimetern übertrifft die heutige von 850 Zentimetern. Bei den andern Ueberschwemmungen stieg das Wasser nicht über 800 Zentimeter. Auffallend ist, dass Hochfluten in früherer Zeit verhältnismäßig kurz aufeinander gefolgt sind. So gab es in dem Jahrzehnt von 1640 an dreimal Hochwasser, in dem ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zweimal, während dann ein volles Jahrhundert bis zur Wiederholung einer derartigen Katastrophe verging. Die Ueberschwemmungen sind übrigens nicht so augenscheinlich wie ihre Wirkungen, und selbst ein Geograph, der nicht darüber Kenntnisse der Verhältnisse besitzt, mag sich mit Recht darüber wundern. Vor allen Dingen fehlt es im Quellgebiet

der Seine und ihrer Zuflüsse ganz an hohen Gebirgen, die etwa gar von ewigem Schnee bedeckt wären und ein Reservoir für Feuchtigkeitsmassen bildeten, die durch den plötzlichen Eintritt von warmem Wetter gefährlich werden müssten. Die Erklärung ist vielmehr allein in der Tatsache zu erblicken, dass der Boden innerhalb weiter Gebiete des Seine-Betriebs sehr durchlässig ist und dass daher fast das gesamte Regenwasser, namentlich nach heftigen Regenfällen, dem Fluß auströmt. Dazu kommt freilich, dass auf den Plateaus von Morvan, die gleichfalls mit undurchlässigen Bodenarten bedeckt sind, im Winter stets Schnee liegt, dessen Schmelzen unter Umständen mächtig mitwirkt. Die beiden großen Flüsse, die sich mit der oberen Seine zur eigentlichen Seine vereinigen, die Yonne und die Marne, haben gleichfalls bedeutsame Eigenschaften, obgleich die Yonne eigentlich der einzige unter diesen Strömen ist, der zuweilen den Charakter des Bergwassers annimmt kann, also mit reichender Schnelligkeit steigt und ebenso rasch wieder fällt. Die Flutwasser der Yonne erreichen nach einem schweren Regenfall die Stelle des Zusammenflusses zuerst, und zwar schon nach drei oder vier Tagen, während die Wasser der oberen Seine und Marne erst vier oder fünf Tage später ankommen. Hält das Unwetter nicht lange an, so genügt dieser zeitliche Zwischenraum, eine Häufung der Gewässer aus allen drei Quellflüssen zu verhindern. Bei langer Dauer oder einer schnellen Wiederholung des Regenwetters aber kann die Wirkung einer einzigen Fortgesetzten Flut von großer Höhe entstehen. Möglicherweise ist bei dem allen der Umstand, dass das Eintreffen einer Flut für Paris eine Reihe von Tagen vorausgesagt werden kann, und zwar auch ihrer mutmaßlichen Höhe nach. Besonders bemerkenswert ist noch der Umstand, dass die Seine jetzt in Paris etwa um das Doppelte höher gestanden hat, als die Schwelling in jedem der Quellflüsse für sich allein gewesen ist.

Arsenikhaltiges Eisen. Man hat das Eisen mit den verschiedensten Stoffen gemischt, um ihm und der höheren Form des Stahls neue und wertvolle Eigenschaften zu erteilen. Vor der Amerikanischen Elektrochemischen Gesellschaft sind jetzt neue Verbindungen mitgeteilt worden, die sich auf den Einfluss von Arsenit und Wismut auf elektrolytisches reinestes Eisen beziehen. In dem Zweck wurde schwedisches Eisen elektrolytisch gezeigt, bis es nur 0,012 v. h. Arsenitstoff, 0,004 Phosphor, 0,012 Kieseläsure und gar kein Mangan oder Schwefel enthielt. Dieses Eisen wurde in Tiegel mit den andern Elementen geschmolzen. Es stellte sich heraus, dass das Eisen bis zu 4 v. h. Arsenit aufnehmen konnte. Diese Legierung ließ sich schmelzen, aber dies Gesetz scheint nicht ohne Gefahr zu sein, da ein Geruch von Arsenit dabei zu bemerken war. Seine Glastötigkeit war größer als die von reinem Eisen, ebenso die magnetischen Eigenschaften. Die Verwendung von Wismut stiegerte dies Verhalten noch erheblich. Eine Legierung mit 2 v. h. Wismut ergab die höchste magnetische Dichte, die bisher überhaupt bei reinem Eisen erzielt worden ist.

Der Gassenhauer. Der Joachimstaler Pfarrer Johann Matthesius sagt in seinen Predigten über Straße (I 52) vom Jahre 1550: „Wer aber mit leichtfertigen Buben und gassenhauer wären, welche nichts als den abends auf der gassen schreien und plötzlich können, umgehetzen, der muss hinauf dem Blittel zum Tempel (Gesangsal) folgen.“ Sind das Gassenhauer in unserm Sinne, ihrem Kunstwerk nach zumeist tiefschlagende Lieder? Nein, sie sind überhaupt keine Lieder, sondern junge leichtsinnige Leute, die auf den Gassen hauen, d. h. — in einer der älteren Bedeutungen des Wortes — umherlaufen. Das ist die Grundbedeutung des Ausdrucks. In einer zweiten Bedeutung begegnet uns sodann der Gassenhauer als Lied, und zwar, wie es scheint, als Liebeslied, insbesondere als Ständchen, bei dem der Ort der Handlung ebenfalls die Gasse ist. Sie ist und bleibt das Wesentliche im Worte. Allein so niedrig wie heutzutage stand der Begriff in älterer Zeit nicht. Als Hans Sachs im Jahre 1567 den Vorfall seiner Lieder nachschaut, sandt er auch Psalme und andere Kirchengläser, auch verdeckt geistliche Lieder, auch gassenhauer hin und wider.

Nichts Verächtliches liegt in dem Worte, das hier lediglich das weltliche Lied im Gegensatz zum geistlichen zu bezeichnen scheint. Ja, noch Bürger schreibt im Deutschen Museum (1778): „Mein Ohr hat öfters in der Abenddämmerung dem Zaubertheater der Balladen und Gassenhauer unter den Linden der Dörfer, auf der Bleiche und in den Spinnstuben gelauscht.“ Damit sind auch nicht Gassenhauer in unserem Sinne gemeint, wohl aber wahrscheinlich weltlich-lippige Lieder, wie sie besonders in den Spinnstuben beliebt waren. Dieselbe Bedeutung hat das Wort in den mancherlei alten Sammlungen von „Gassenhauern und Neuterliedern“. Zu dritt erscheint das Wort in der dem Siebnahe verwandten Bedeutung Tanz, der nach altertümlicher Sitte ebenfalls häufig auf der Straße (Gasse) stattfand. So wird im Simplifikamus (1009) ein „trotslicher Gassenhauer aufgemacht“. Allein auch in dieser Bedeutung liegt von Haus aus noch nicht der verächtliche Sinn, den das Wort heute hat, sonst würde Pamphlet in das Herzogtum Julius Drama von „Duhler und Duhlerin“ bei dem seiner Geliebten zu bringen. Sündchen (II, 1) den Spieltennen nicht zuzusehen: „O gut Ge-sellen, seid lustig und macht einen hübschen Gassenhauer!“ Das es auch besondere Arien von Gassenhauern gab, beluden Christian Neuters Schlemifsky (1806), der sich von den Spieltennen den „Leipziger Gassenhauer aufstellen“ lässt. In der Folgezeit überwog das Niedrig-Verächtliche immer mehr in dem Worte; es war trotz Bürger bereits allgemein hergehend, als Wieland in seinem A-hahn (10,7) schrieb: „Während die politischen Müßiggänger sich darüber zaubern werden — — —, wird der Pöbel ein falsche zwischen den Jähnen murmeln, seine Gassenhauer anzustimmen und — bezahlen.“ Söhns.

Über die Festlegung des Österfestes berichtet Dr. John Meissner in der Februarnummer der Dokumente des Fortschritts (Berlin, Verlag von Georg Reimer). Am Juni dieses Jahres findet in London der vierte internationale Kongress der Handelskammern statt, der sich auch mit der schon seit Jahren erörterten Frage der Festlegung des Österfestes auf einen bestimmten Termin beschäftigt wird. Ein von G. S. de Clerk ausgearbeiteter Kalender, der den Gregorianischen und Julianischen Kalender ergeben soll, wird dem Kongress zur Annahme vorgelegt werden. Ob dieser Kalender angenommen werden wird, erscheint indes sehr fraglich. Dagegen dürfte die Festlegung des Österfestes, an der der gesamte Handels- und Geschäftswelt außerordentlich viel gelegen ist, der Verwirklichung erheblich nähergeführ werden. Man neigt gegenwärtig auch in kirchlichen Kreisen allgemein dem von deutscher Seite ausgehenden Vorschlag zu, der dahin geht, dass der erste Sonntag nach dem 4. April für das Österfest bestimmt werde. Bisher schwierigte die Angelegenheit hauptsächlich an dem Widerstande Aulands. Da die Schwankungen des Österfesttermins innerhalb eines Zeitraums von vier Wochen nicht nur im Geschäftsbetrieb, sondern auf zahlreichen andern Gebieten menschlicher Betätigung, wie im Schulwesen, im Theater- und Kunstmuseum usw. zu großen Unzuträglichkeiten führen, mag sich immer mehr fühlbar, und so ist zu hoffen, dass es gelingen wird, auf internationaler Grundlage eine Einigung in der vielfach unterschiedenen Frage zu erzielen.